3,00 Euro
(Ausland: 4,00 Euro)

Lotta

antifaschistische zeitung aus nrw

#30
Frühjahr 2008
www.free.de/lotta

Schwerpunkt

Rechtspopulismus
Spiel mit der Angst

Außerdem in dieser Ausgabe:

Neonazismus im Raum Leverkusen

Die »Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik«

Film unter'm Hakenkreuz

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Unter dem Label *pro NRW* will eine neue Rechtsaußen-Formation bei den nächsten Kommunalwahlen in NRW im Herbst 2009 und wahrscheinlich auch ein Jahr später bei den Landtagswahlen an den Start gehen.

Im Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe sollen sowohl deren Struktur und Aktionsradius als auch europäische Verflechtungen beleuchtet werden. Zudem wird aufgezeigt, wie die Themen der Rechten zu Themen der Mitte gemacht werden. Abschließend wird ein Beispiel für mögliche lokale Gegenaktivitäten benannt.

Wie immer möchten wir uns bei allen bedanken, die etwas zum Entstehen dieser Ausgabe beigetragen haben, seien es Artikel, Interviews, Informationen, Einschätzungen, Archiv- und Layoutmaterial, Hilfe beim Korrekturlesen, Schokolade, Kuchen oder was auch immer.

In eigener Sache möchten wir anlässlich unserer 30. Ausgabe noch auf unsere Party hinweisen, die wir zusammen mit den KollegInnen vom *Antifa-Infoblatt* am 12. April 2008 im *Kulturausbesserungswerk* in Leverkusen-Opladen durchführen werden, und herzlich dazu einladen (siehe auch Rückseite dieser Ausgabe).

Bitte beachtet auch den Hinweis (siehe Rückseite) auf das Antifa-Camp im Rheinland vom 25. bis 29. Juni 2008. Nähere Informationen zu diesem unseres Erachtens sehr unterstützenswerten Projekt finden sich laut Veranstalter ab demnächst auf der Homepage *www.antifa-camp.de*.

Seit der vorliegenden #30 verfügen wir endlich auch über eine ISSN (International Standard Serial Number, siehe Impressum auf Seite 59), die in Deutschland von der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main vergeben wird. Mit dieser ISSN kann LOTTA nun auch über den Buchhandel bestellt werden.

Wir wünschen einen schönen und möglichst nazifreien Frühling!

*Eure **Lotta**-Redaktion*

Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der 4. Februar 2008 (Kurzberichte und Splitter: 14. Februar). Aktuellere Entwicklungen konnten nur in einzelnen Beiträgen berücksichtigt werden. Erscheinungsdatum ist der 25. Februar 2008.

Hohlnazi

„Dummheit ist nicht heilbar!", sagt der Volksmund. Und er hat Recht. Wäre dem nicht so, wäre die Auswertung extrem rechter Ergüsse auch sehr trist. So aber können wir an dieser Stelle regelmäßig einige Beispiele aus der schier unbegrenzten Palette extrem rechten Schwachsinns präsentieren.

Achselbrot

Hohlnazi-Superstar Achim Wolfrum, ehemaliger Admin der NPD Mettmann:

„Geheimdienster arbeiten am liebsten mit ultrastarken Betäubungmitteln ..., die wirken auch schon, wenn man nur einen Gegenstand anfaßt, auf dem sie draufgesprüht wurden. ... Wenn ich unterwegs war und etwas aß, nahm ich in den Pausen zwischen zwei Bissen mein Brötchen unter die Achsel. Biss ich hinein, dann passte ich höllisch auf, dass niemand in der Nähe war, der etwas draufspritzen konnte. ... Und ich bin gegen dieses Betäubungsmittel resistent. ... Ich bin eine genetische Besonderheit. Ansonsten hast du als normaler Mensch gegen die Brüder keine Chance."

Nüchtern ins 4. Reich

Die neonazistische "AG Tierrecht" in einer "Aufklärung über den Begriff 'Straight Edge'":

"Straight Edge kann der Bewegung nur Vorteile bringen, da sich hierdurch immer einige Nüchterne finden lassen"

Undeutsche Arbeitsplätze raus!

Dennis Dormuth, NPD-Vorsitzender in Münster, zur Schließung des Nokia-Werkes:

„Ich wette das ein Großteil der ‚Nokianer' einen Migrationshintergrund hat. Fragt sich wieviele ‚deutsche' Arbeitsplätze wirklich vernichtet werden."

Gesellschaft

Muslime unerwünscht . . . . . Seite 4
Studien zu Islamfeindlichkeit in Deutschland

Schwerpunkt

Mit pro auf contra-Kurs . . . . . Seite 5
Einleitung in den Schwerpunkt

Antiislamischer Populismus . . . . . Seite 6
Minarettstreit als rechte Symbolpolitik

Pro -Strukturen in NRW . . . . . Seite 9
Eine Übersicht

Verkleidet . . . . . Seite 10
Die »Bürgerbewegung« und die alten Fraktionen der extremen Rechten

Charakter eines Kaffeekränzchens . . . . . Seite 11
Die Jugendarbeit von pro Köln und pro NRW

Vom Rand zur Mitte – und umgekehrt . . . . Seite 13
Themen, Thesen und Parolen

Hilfe aus dem Ausland . . . . . Seite 16
Internationale Bündnisse gegen »Islamisierung«

Inhaltliche Auseinandersetzung nötig . . . . Seite 18
Der Umgang mit pro in den Kommunen

»Genauer hinschauen« . . . . . Seite 18
Interview mit Ercan Telli, Geschäftsführer des Migrationsrates Oberhausen

Extreme Rechte

»Geistige Wiedergeburt« . . . . . Seite 20
Neonazikader unter der Lupe: Martin Laus

Neonazismus im Raum Leverkusen im Vormarsch? . . . . . Seite 23
Eine Chronologie

Neonazismus im Saarland . . . . . Seite 26
Die organisierte Naziszene in Deutschlands kleinstem Bundesland

Aufbau eines »Reiches Europa« . . . . . Seite 30
Die Zeitschrift Hagal und der Regin-Verlag

Hochglanz-Faschismus . . . . . Seite 32
Iut de Asken - Black-Metal-Fanzine in neuem Gewand

***Schwerpunkt:* Rechtspopulismus**

Es werden sowohl die Struktur als auch der Aktionsradius der Rechtsaußen-Formation *pro NRW* beleuchtet. Darüber hinaus werden deren europäischen Verbindungen und Ambitionen unter die Lupe genommen sowie ein Beispiel für lokale Gegenaktivitäten benannt. *...ab Seite 5*

Rechts und trendy . . . . . Seite 33
Die Modemarke Thor Steinar

Selbstbestimmter Grundkonsens gegen Rassismus . . . . . Seite 35
Interview mit aktiven Fußball-Fans aus Köln

Aufmarsch-Splitter . . . . . Seite 36

RechtsRock-Splitter . . . . . Seite 37

Pro -Splitter . . . . . Seite 38

NPD-Splitter . . . . . Seite 39

Kurzberichte . . . . . Seite 40

Braunzone

PR-Arbeit für Militär und Krieg . . . . . Seite 45
Die »(Deutsche) Gesellschaft für (Wehr- und) Sicherheitspolitik«

Geschichte

Das EL-DE-Haus in Köln . . . . . Seite 48
Gedenkstätten in NRW – Teil 3

Die braune Traumfabrik . . . . . Seite 51
Film unter'm Hakenkreuz

(Anti)Rassismus

Kampf um Legalisierung . . . . . Seite 54
Interview mit Barbara Laubenthal

Rezension

Rezensionen . . . . . Seite 56

Von Lars H. Schmidt

Muslime unerwünscht

Studien zu Islamfeindlichkeit in Deutschland

Welches Ausmaß die Ablehnung von Muslimen in Deutschland erreicht hat, zeigen die Ergebnisse empirischer Untersuchungen.

Die vom Bundesinnenministerium veröffentlichte Studie „Muslime in Deutschland" gilt in der öffentlichen Diskussion – durchaus zurecht – als Beleg für erhebliche Defizite in der Integration von Zugewanderten muslimischen Glaubens, wobei der Fokus besonders auf Jugendliche gerichtet wird. Meist unberücksichtigt bleiben jedoch Ergebnisse der Studie, die zugleich erhebliche Ablehnungs- und Anfeindungshaltungen seitens der deutschen "angestammten" Bevölkerung verdeutlichen. Bei der Befragung von Schülerinnen und Schülern weist die Studie bei 15 % bis 20 % der befragten "angestammten" deutschen Jugendlichen eine extrem ausländerfeindliche Haltung auf. 19,5 % dieser Befragtengruppe stimmt gar der Rechtsaußenparole „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!" zu. Ethnozentrische Abwertungen finden sich bei 18,3 %, pauschale Aufwertung und Überlegenheitsbekundungen bei 15,3 %. Zugleich werden Ausländer von 33,5 % dieser Befragtengruppe als Schuldige für Arbeitsmarktprobleme gesehen, und über 40 % sind gar der Ansicht, dass – entgegen kriminalstatistischer Belege – die meisten Kriminellen „Ausländer" seien. Muslimen begegnen 17,1 % der einheimischen deutschen Jugendlichen mit Intoleranz und Gewalttätigkeit „in ausgeprägter Form". Laut Studie korreliert „Ausländerfeindlichkeit" bei deutschen Nichtmuslimen „in hohem Maße" mit Muslimfeindlichkeit. Auf der anderen Seite beschreiben laut Studie 26,8 % der befragten jungen Muslime schwere oder sehr schwere Diskriminierungserlebnisse aus den letzten zwölf Monaten, während die Quote bei jungen Nicht-Muslimen mit Migrationshintergrund zu diesen Erfahrungen bei 20 % liegt. Diese Ergebnisse belegen eindeutig eine pauschale Muslimfeindlichkeit.

Der Sozialwissenschaftler **Wilhelm Heitmeyer** und sein Team von der Uni Bielefeld untersuchen seit 2002 Erscheinungsweisen und Verbreitung „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit". Darunter verstehen die ForscherInnen neben Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Sexismus, der Abwertung von Obdachlosen, Homosexuellen und Behinderten auch die „Islamophobie" genannte Islamfeindlichkeit. Die Ergebnisse aus 2005 lassen auf eine weite Verbreitung islamfeindlicher Einstellungen schließen. 20,9 % der Befragten stimmen der Aussage „Es sollte besser gar keine Muslime in Deutschland geben" eher oder voll zu. 14,8 % der Deutschen wollen Muslimen jede Form der Religionsausübung in Deutschland untersagen. Dass Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden soll, wird 2007 von 16,6 % eher und 12,4 % der Befragten voll befürwortet. 39 % der Befragten fühlen sich wegen der vermeintlich vielen Muslime „manchmal wie ein Fremder im eigenen Land". Erwartungsgemäß erreichen weniger radikal formulierte Aussagen eine größere Zustimmung. Dass islamistische Terroristen einen „starken Rückhalt bei den Muslimen" finden, glaubte 2005 die Hälfte der Bundesbürger (50,2 %). Die Ablehnung gegenüber Muslimen korreliert mit einer kaum vorhanden Differenzierungskompetenz: Für 80,7 % der Befragten sind die „islamischen Glaubensrichtungen kaum zu unterscheiden"

Der Aussage „Ich werde nur solche Parteien wählen, die gegen den weiteren Zuzug von Moslems sind." stimmen 9,7 % eher und 11,6 % voll und ganz zu. Die islamophob genannte Gruppe umfasst laut der der diesjährigen Studie (*Deutsche Zustände*, Folge 6) aber 27,2 % der Befragten. Die Gruppe der Islamophoben wird im Vergleich zu den anderen Gruppen als am ältesten (Schnitt 48,7 Jahre), nach politischer Selbstbezeichnung am weitesten rechts stehend und im Durchschnitt am wenigsten gebildet beschrieben. Ein Vergleich mit den Resultaten zur Fremdenfeindlichkeit hat eine große Übereinstimmung ergeben: Wer islamfeindlich ist, ist laut Studie mit großer Wahrscheinlichkeit auch ansonsten fremdenfeindlich.

Bundesministerium des Inneren
Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt

Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.)
Deutsche Zustände
Folgen 2, 4 und 6
Suhrkamp Verlag, Frankfurt

Mit pro auf contra-Kurs

Einleitung in den Schwerpunkt

Unter dem Label *pro* will eine neue Formation der extremen Rechten bei den nächsten Kommunalwahlen in NRW im Herbst 2009 punkten. Ausgangspunkt und Leitzentrale der Aktivitäten ist die Stadt Köln, wo der extrem rechten Gruppierung *pro Köln* 2004 mit Fraktionsstärke der Einzug in den Stadtrat gelang. Mit dem pro-Netzwerk (*pro NRW*, *pro Deutschland*) wird versucht, das Modell *pro Köln* landes- und bundesweit exportfähig zu machen. Die Bezeichnung "pro" suggeriert Bürgernähe und dient offensichtlich der Inszenierung der Rechtsaußen-Truppe als „Bürgerbewegung", die sich angeblich FÜR kommunale Belange einsetzt – ein geschickt gewählter Markenname, den die Rechten aus Köln auf andere Kommunen ausbreiten wollen.

Meist herrscht örtlich Unkenntnis über die Strategie der Rechten, sich mit Unterschriftenlisten gegen vermeintlichen Islamismus im Stadtteil in Szene zu setzen. *Pro NRW* bezeichnet sich selbst offenherzig als „rechtspopulistisch" und ist bestrebt, die Etikettierung „rechtsextrem" abzustreifen – Klagen von *pro Köln* gegen das Land NRW wegen Erwähnung im Verfassungsschutzbericht waren bislang aber erfolglos. Bei genauer Betrachtung der *pro*-Funktionäre und der *pro*-Inhalte ist festzustellen: Das Personal ist sowohl inhaltlich wie auch personell dem extrem rechten Lager zuzuordnen, die Inhalte sind geprägt von teils verklausuliertem, teils offen artikuliertem Rassismus. Die Form der Propaganda zeichnet sich durch eine rechtspopulistische Methodik aus. Zentrales Merkmal ist dabei die Ethnisierung und Kulturalisierung sozialer Problemlagen anhand von Kampagnen gegen Moscheebau, den Islam im Allgemeinen und Zuwanderung.

LOTTA hat in der Vergangenheit wiederholt über die Aktivitäten des *pro*-Netzwerkes berichtet (u.a. in *LOTTA* #25, #26 und #28 sowie regelmäßig unter Kurzberichte).

In diesem Schwerpunkt sollen sowohl die Struktur und der Aktionsradius dieser neuen Formation der extremen Rechten als auch die europäischen Verflechtungen beleuchtet werden. Zudem wird aufgezeigt, wie die Themen der Rechten zu Themen der Mitte gemacht werden. Abschließend wird ein Beispiel für mögliche lokale Gegenaktivitäten benannt.

Zur weiteren Information über die Aktivitäten der Rechtsaußen-Partei *pro NRW* sei auf die Neuveröffentlichung der Untersuchung der *Arbeitsstelle Neonazismus* der FH Düsseldorf hingewiesen, die von der *Landesarbeitsgemeinschaft der Migrantenvertretungen in NRW* (LAGA NRW) herausgegeben wurde. Sie ist mit einem ausführlichen Dokumentenanhang versehen und online zugänglich unter *www.laga-nrw.de* und *www.arbeitsstelle-neonazismus.de*.

Alexander Häusler erörtert, warum die extreme Rechte sich gerade des Islams/Islamismus' als Kampagnenthema bedient und welche inhaltlichen und auch organisatorischen Facetten dies beinhaltet. . . . . ***Seite 6***

Jan Spreuk zeigt in komprimierter Form auf, wie es um den Personalstand der *pro*-Bewegung steht und welche Aufstellungen dieses Netzwerk in NRW hat. . . . . ***Seite 9***

Tomas Sager analysiert das von Konkurrenz geprägte Verhältnis zwischen der *pro*- Bewegung und den anderen Parteien der extremen Rechten. . . ***Seite 10***

Johannes Lohmann widmet sich in seinem Beitrag der „Jugendpolitik" des *pro*-Netzwerkes und beleuchtet Aktivitäten und Inhalte deren „Jugendoffensive" . . . . . ***Seite 11***

Rainer Brahms zeigt anhand von Beispielen aus dem politischen Alltag auf, wie die Themen der Rechtspopulisten hoffähig gemacht werden. . . . . ***Seite 13***

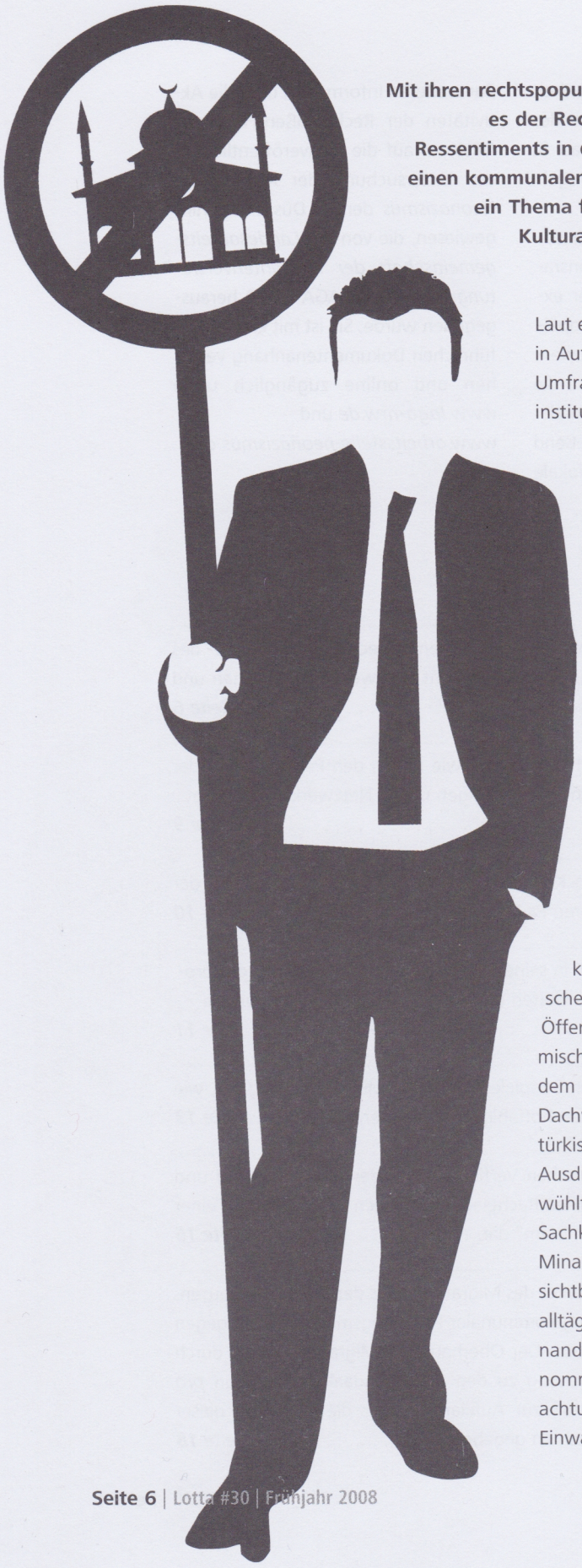
Jörg Kronauer stellt die europäischen Verflechtungen der *pro*-Bewegung und die Bestrebungen der europäischen Rechtsaußen-Parteien zur Formierung einer „europäischen Front gegen den Islam" dar. . . . . ***Seite 16***

Ein Interview mit dem Geschäftsführer des Migrationsrates der Stadt Oberhausen, **Ercan Telli**, dient der Erörterung kommunaler Handlungsmöglichkeiten gegen diese Form von Rechtspopulismus. Der Oberhausener Migrationsrat hat durch die Herausgabe einer Untersuchung zu den Propagandaaktivitäten von *pro Oberhausen* einen ersten Anstoß zur Aufklärung über die Methodik dieser Neuformation der extremen Rechten gegeben. . . . . ***Seite 18***

Von Alexander Häusler

Antiislamischer Populismus

Minarettstreit als rechte Symbolpolitik



Mit ihren rechtspopulistischen Kampagnen gegen den Moscheebau in Köln-Ehrenfeld ist es der Rechtsaußen-Gruppierung pro Köln gelungen, vorhandene Ängste und Ressentiments in der Bürgerschaft in rassistischer Stoßrichtung zu kanalisieren und in einen kommunalen Wahlerfolg umzumünzen. Die extremen Rechten haben erfolgreich ein Thema für Wahlkampfzwecke instrumentalisiert, das symbolträchtig für die Kulturalisierung sozialer und politischer Problemlagen steht – den Bau von Moscheen in Deutschland.

Laut einer vom *Kölner Stadt-Anzeiger* in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Omniquest* lehnt die Mehrheit der Kölner Bürgerschaft den Moschee-Neubau in Ehrenfeld in der geplanten Größe ab. 35,6 Prozent sind uneingeschränkte Befürworter des Bauvorhabens, 31,4 Prozent lehnen den Neubau vollständig ab, 27 Prozent wenden sich gegen die Größe des Entwurfs.

Diese Umfrageergebnisse sind als ein Ergebnis der zugespitzten öffentlichen Debatte sowie der rechtspopulistischen Panikmache der extremen Rechten zu deuten. Zugleich kommen hierbei die sträfliche Vernachlässigung kommunaler integrationspolitischer Aufgaben sowie eine defizitäre Öffentlichkeitsarbeit auch der muslimischen Verbände – hier der DITIB, dem vom türkischen Staat gelenkten Dachverband hiesiger Moscheevereine türkischstämmiger Gläubiger – zum Ausdruck. In den emotional aufgewühlten und zumeist von fehlender Sachkenntnis geprägten Debatten um Minarette im Stadtbild wird plötzlich sichtbar, was in der Vergangenheit im alltäglichen multikulturellen Nebeneinander eher folkloristisch wahrgenommen wurde oder gar keine Beachtung fand: die Realitäten einer Einwanderungsgesellschaft. Von den über drei Millionen als Muslime definierten Gläubigen, zu denen landläufig auch die zirka 700.000 Aleviten gezählt werden, hat der allergrößte Teil einen Migrationshintergrund. Schon lange, seit den ersten Anwerbungsschüben „ausländischer Arbeitskräfte" in die BRD, haben sich die Zugewanderten muslimischen Glaubens in Gebetsräumen getroffen. Der heutige *Verband der islamischen Kulturzentren* (VIKZ) war der erster islamische Verband hierzulande, der unter streng hierarchischer Struktur islamisches Vereinsleben mit deutlichen Abschottungstendenzen betrieb. Die zirka 2.600 Moscheen in Deutschland sind zum allergrößten Teil unscheinbar in Hinterhöfen errichtet und nicht als Moscheen erkennbar. Aktuell sind gerade einmal um die 150 Moscheen durch Kuppeln und Minarette äußerlich sofort identifizierbar. Betreut werden diese Gebetsräume durch die hier ansässig gewordenen Moscheevereine, die zum Großteil den muslimischen Verbänden angehören, die den heutigen *Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland* bilden: die DITIB, der *Islamrat*, der *Zentralrat* und der VIKZ.

Nun gibt es durchaus berechtigte Gründe zur Kritik an der Öffentlichkeitsarbeit und der Verbandspolitik hiesiger muslimischer Vereinigungen. Denn alle diese Verbände haben sich in der Vergangenheit wie auch aktuell nicht gerade durch interkulturelle Öffnung und fortschrittliche integrations-

politische Maßnahmen ausgezeichnet. Auch ist die Infragestellung mancher der dort vermittelten Gesellschaftsbilder und Wertekanons aus feministischem, atheistischem und demokratischem Blickwinkel durchaus angebracht. Doch sie nun zum Sündenbock für verfehlte Integration verantwortlich zu machen, hieße Ursache und Wirkung zu vertauschen. Zugespitzt ausgedrückt, fungierten die muslimischen Verbände und Moscheevereine hierzulande als Ersatz für eine verfehlte bzw. nicht existente staatliche Integrationspolitik. Sie waren die soziale Anlaufstelle für Zugewanderte muslimischen Glaubens, die hier als „ausländische Arbeitskräfte" ein weitgehend entrechtetes, sozial deklassiertes und gesellschaftlich ausgeschlossenes Dasein führten in einer Gesellschaft mit einem Blut-und-Boden-Staatsbürgerschaftsverständnis, die bis in die 90er Jahre leugnete, überhaupt eine Einwanderungsgesellschaft zu sein. Man kann mit gutem Grund über Religion geteilter Ansicht sein, allerdings gibt es schwerlich rationale Gründe dagegen einzuwenden, warum nicht Hinterhofgebetsräume zu sichtbaren Moscheen umgestaltet werden. Dies ist nicht nur aus Gründen der gesetzlich verbrieften Religionsfreiheit zu akzeptieren, sondern auch aus Akzeptanz und Anerkennung der Bedürfnislage gegenüber einem bisher in seinen Entfaltungsmöglichkeiten eindeutig benachteiligten Bevölkerungsteil. Das ist deutlich zu trennen von notwendigen Auseinandersetzungen mit einem religiös ummantelten politischen, fundamentalistischen Extremismus unterschiedlicher Spielart. Doch genau hier liegt das Problem: Islam = Fundamentalismus = Einwanderer = Untergang des Abendlandes, so die landläufig kolportierte und medial effekthascherisch aufgerüstete islamfeindliche Hysterie. Seit „Nine/Eleven", dem Irakkrieg und dem Mord im Jahr 2004 an dem niederländischen Filmemacher **Theo van Gogh** sind Kampagnen gegen den Islam mehrheitsfähige Themen – eine Einladung zu politischen Instrumentalisierungen. Es herrscht allgemein eine unsachgemäße Verknüpfung der Themenfelder Islam und politischem Extremismus vor, aus der – nicht nur – die extreme Rechte politisch Kapital schlägt und deshalb die Stimmungen rassistisch zu verschärfen versucht.

Laut einer repräsentativen Umfrage des *Allensbacher Instituts für Demoskopie* aus dem Jahr 2006 wähnen sich 56 Prozent der Befragten in einem „Kampf der Kulturen zwischen Christentum und Islam". Gar 58 Prozent glauben, dass es „hier zu Spannungen mit der muslimischen Bevölkerung kommt". Hier kommt ein Wahlpotenzial zum Ausdruck, dessen sich die extreme Rechte in Europa zu bedienen weiß.

Kampfthema des Rechtspopulismus: Islam

In ganz Europa sind rechtspopulistische Kampagnen gegen Moscheebauten gestartet worden. Forderungen nach Minarettverboten gelten als gesellschaftlich deutlich mehrheitsfähig und bieten daher eine ideale Projektionsfolie zur Schürung von Ressentiments und so genannten Überfremdungsängsten.

Die rechtspopulistische *Schweizerische Volkspartei* (SVP) hat jüngst mit einem offen rassistischen Wahlkampf die meisten Stimmen bei den Wahlen zur Bundesversammlung in der Schweiz erhalten. Dabei ging es auch um das Thema Moscheebau: Im Mai letzten Jahres startete die SVP eine populistische „Eidgenössische Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten", mit dem Ziel der Aufnahme eines Minarettverbots in die helvetische Verfassung. Auch die Vorsitzende der *Dänischen Volkspartei*, **Pia Kjaersgaard**, errang bei den letzten Parlamentswahlen mit Hetzparolen gegen den Islam als „Pest über Europa" einen Stimmenanteil von 14 Prozent. Als antiislamischer Märtyrer des Rechtspopulismus gilt der im niederländischen Wahlkampf 2002 ermordete **Pim Fortuyn**, dessen Tod seiner Liste einen fulminanten Wahlerfolg ermöglichte und die Niederlande in einen Kulturkampf mit rassistischen Untertönen führte.

Pro NRW verweist in ihrer Propaganda gegen Islam und Moscheebau regelmäßig auf ihre internationalen Kontakte zu extrem rechten Parteien wie dem *Vlaams Belang* in Belgien oder der FPÖ aus Österreich, die ebenfalls Anti-Islam-Kampagnen betreiben. Der *Vlaams Belang* hingegen versucht sich aktuell in Allianz mit der FPÖ und *pro NRW* an einer „europäischen Städtepartnerschaft gegen Islamisierung". In Deutschland ringen die unterschiedlichen Flügel der extremen Rechten um die propagandistische Vorherrschaft über das Thema Islam. *Pro NRW* will programmatisch als „die antiislamische Partei" des rechten Lagers wirken. Die Partei bezeichnet sich selbst offen als „rechtspopulistisch".

Inhaltlich überschneiden sich Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Der Unterschied ist oftmals propagandistischer Natur: Rechtspopulistische Strömungen ordnen sich selbst dem rechtskonservativen Spektrum zu und inszenieren sich aktionsorientiert als „Anwälte des Volkes". Geradezu prototypisch für den Rechtspopulismus in Westeuropa stehen **Jörg Haider** und seine frühere FPÖ (heute BZÖ), deren Wahlerfolge primär darauf beruhten, dass sie über einen längeren Zeitraum hinweg neben sozialen Aufsteigern und Befürwortern eines Modernisierungskurses auch sozial Benachteiligte und zutiefst verunsicherte Mittelständler gewinnen konnten.

In der Diskussion um den Rechtspopulismus wird weitestgehend aus-

geklammert, dass dessen zentrale propagandistische Bausteine – Nationalismus, Rassismus, Sozialneid und Autoritarismus gepaart mit einer sich volkstümlich inszenierenden Protestbewegung gegen das „Establishment" – zugleich Eingang gefunden haben in den Diskurs der so genannten politischen Mitte. Ein populistischer Politikstil ist in allen politischen Lagern zu finden und prägt auch wiederkehrend in Wahlkämpfen das politische Geschehen. Die populistische Verknüpfung der sozialen mit der nationalen Frage durch die Anrufung von „nationaler Identität" und „deutscher Leitkultur" erweist sich als Einfallstor für die extreme Rechte. Laut der Politikwissenschaftlerin **Karin Priester** beruht der zeitgenössische Populismus auf der „Gleichsetzung von ‚Volk' mit dem selbstständigen Mittelstand oder den ‚kleinen Leuten'". Mit dieser Verknüpfung weist der Populismus eine inhaltliche Verortung in der rechten Denktradition auf – egal, welche Partei sich dieser Verknüpfung bedient.

Von Rechts zur Mitte

Pro Köln gelang es, mit ihrer Kampagne weit über 20.000 Unterschriften gegen den geplanten Moscheebau präsentieren zu können. Dies ist nicht allein durch das perfide Tarnen der *pro*-Bewegung als „Bürgerbewegung" zu erklären. *Pro Köln* hat in diesem Prozess lediglich auf vorhandene Ressentiments im Alltag aufgebaut und einen zugleich in der etablierten Politik existenten Populismus nach Rechtsaußen gelenkt. In der Kampagne gegen den Moscheebau in Köln-Ehrenfeld ergriff laut *Kölner Stadt-Anzeiger* der CDU-Ortsverband Ehrenfeld sogar offen Partei für die „Anwohnerinitiative" gegen den Moscheebau und für *pro Köln*.

Das Beispiel Köln zeigt, was aus einer nicht eindeutigen Abgrenzung gegenüber rechtspopulistischer Rhetorik und Organisierung in Debatten um Moscheebauvorhaben folgen kann. Zudem herrscht in den Kommunen meist die irrige Annahme vor, bei frühzeitiger Thematisierung derartiger rechtspopulistischer Machenschaften die Rechtsaußen-Truppen nur unnötig stark zu machen. Hier ist ein Umdenken angesagt, denn der Erfolg von *pro NRW* steht und fällt schließlich mit der Möglichkeit, sich lokal als angebliche Interessenvertretung anzubiedern und an vermeintliche oder reale Problemfelder und Konfliktthemen anzudocken.

Allein der moralisierende Fingerzeig auf die Rechtspopulisten lässt jedoch den Entstehungskontext von rassistisch motivierter Islamfeindlichkeit außer Acht. Weit über die Rechtsaußen-Truppe hinaus existieren propagandistische „Brückenköpfe" zwischen Rechtsaußen und der politischen Mitte in antiislamischem Tenor mit rassistischen Untertönen. Ein populistisches „Islam-bashing" betreibt beispielsweise der Internet-Blog *Politically Incorrect* (PI). Auf der von einem Grundschullehrer im Jahr 2004 an den Start gebrachten Website mit bisher fast sechs Millionen Besuchern finden sich nicht nur rassistische Äußerungen gegen Moslems. „Heute wird es Zeit, endlich einmal der Frau zu danken, die immer vorangegangen ist", hieß es dort im Juni 2007 über die *pro-Köln*-Aktivistin **Marylin Adernegg**. „Wenn die CDU sich nicht endlich besinnt und die Sorgen ihrer Wähler ernst nimmt, statt sich zum Untertan der Islamvertreter zu machen, muß halt eine neue, wirklich konservative Partei – wie zum Beispiel Ulfkottes 2008 geplante ‚Pax Europa' – Druck ausüben. Dabei sollte dann mit aller Klarheit vermittelt werden, dass nicht wir Deutschen es sind, die sich in die islamischen Geflogenheiten integrieren müssen", so PI-Betreiber **Stefan Herre** in der „neurechten" Wochenzeitung *Junge Freiheit* (Nr. 30/2007). Jener von ihm hofierte **Udo Ulfkotte** wiederum, ehemaliger Auslandskorrespondent der FAZ, tingelt als „Islamexperte" durch die BRD und warnt in populistischer Manier vor dem Untergang des Abendlandes. Ulfkotte, der der rechtspopulistischen Wählervereinigung *Bürger in Wut* beigetreten ist, suchte auch bereits mehrfach Kontakt zum *Vlaams Belang*.

Und auch fundamentalistische Klerikale ziehen in ähnlichem Tenor gegen den Islam zu Felde. *Deus Vult* heißt eine dieser Kreuzritter-Truppen, gegründet anlässlich des achtzigsten Geburtstages von **Papst Benedikt XVI** und benannt nach einem Aufruf eines seiner Vorgänger an die ersten Kreuzritter im Jahr 1099. In München tritt diese obskure Truppe zusammen mit *pro München* gegen Moscheebau in Erscheinung.

Doch es sind nicht alleine solche schrägen Vögel und kruden Vereinigungen, die sich des „Kulturkampfes" unter dem Banner des Kreuzrittertums verschrieben haben. Auch kirchliche Schriften wie die EKD-Handreichung „Klarheit und gute Nachbarschaft" beinhalten bedenkliche Töne gegenüber Islam und Muslimen. Mit einer Verfestigung eines rechtspopulistischen „Kulturkampfes" im politischen Alltagsgeschehen ist zu rechnen.

Von Jan Spreuk

Pro-Strukturen in NRW

Eine Übersicht

Noch ist es eine Übertreibung, wenn pro NRW tönt, die „Bürgerbewegung" zeige „mittlerweile fast überall in Nordrhein-Westfalen Flagge". Allerdings: In einigen Regionen, vor allem im Rheinland und im westlichen Ruhrgebiet, ist pro NRW beim Aufbau von Strukturen schon vorangekommen.

Geleitet wird *pro NRW* von dem beim Gründungsparteitag am 9. September 2007 in Bonn gewählten Vorstand um den Vorsitzenden **Markus Beisicht**. Als Stellvertreter fungieren **Kevin Gareth Hauer** (Gelsenkirchen), **Daniel Schöppe** (Dormagen), **Manfred Rouhs** (Köln) und **Dieter Danielzick** (Troisdorf). **Markus Wiener**, Angestellter der *pro Köln*-Fraktion, wurde Generalsekretär. Führungspositionen sind überwiegend mit erfahrenen Kölner Mitgliedern besetzt: neben Beisicht, Rouhs und Wiener die *pro Köln*-Fraktionsvorsitzende **Judith Wolter** als Schatzmeisterin, Ratsmitglied **Bernd Schöppe** als Landesgeschäftsführer und **Volker Jung**, Bezirksvertreter in Mülheim, als Präsident des Schiedsgerichts. Erst der Rest des Vorstands bildet ein breiteres regionales Spektrum ab: Neben Schriftführer **Jörg Frischauf** (Leverkusen) wurden als Beisitzer **Andre Picker** (Dortmund), **Stefanie Wohlfahrt** (Gelsenkirchen), **Armin Weyrich** und **Udo Schäfer** (Radevormwald), **Jennifer Pasenow** (Gummersbach), **Thomas Bendt** (Viersen), der *pro Köln*-Fraktionsvorsitzende in der Bezirksvertretung Chorweiler, **Martin Schöppe**, **Torsten Uhlenbrock** (Köln) und **Henryk Dykier** (Essen) gewählt. Der Duisburger **Andreas Akwara** ist inzwischen wieder aus dem Vorstand ausgeschieden, nachdem er Kritiker bedroht hatte.

Keimzelle von *pro NRW* ist die *Bürgerbewegung pro Köln*. Beisicht ist dort ebenfalls Vorsitzender, Wolter stellvertretende geschäftsführende Vorsitzende, Wiener zweiter stellvertretender Vorsitzender, Rouhs Schatzmeister und Jung Schriftführer.

Erste lokale Dependance von *pro NRW* außerhalb Kölns war Gelsenkirchen. Vorsitzender der Ende Januar 2007 gegründeten *Bürgerbewegung pro Gelsenkirchen* wurde das im Streit mit der Parteiführung bei den REPs ausgeschiedene Ratsmitglied Kevin Gareth Hauer. Mitte Februar folgte die *Bürgerbewegung pro Bottrop*. An ihrer Spitze steht mit **Josef Scholand** ebenfalls ein ehemaliger REP. Im Münsterland startete im Frühjahr 2007 eine *Bürgerbewegung pro Warendorf* rund um **Timo Humpert**, die aber rasch ins Stocken geriet.

Am 20. August wurde die Gründung von Kreisverbänden in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis eingeleitet. „Beauftragte" dafür wurden **Markus Rodrian** und Dieter Danielzick (zuvor Generalsekretär von *Ab jetzt... Bündnis für Deutschland*). Am 21. August beschlossen *pro*-Anhänger im Rhein-Erft-Kreis, einen Kreisverband zu gründen. In Hürth sollte **Peter Normann** als Ansprechpartner fungieren, in Pulheim Prof. Dr. **Günther Dietz**. Zwei Tage später ging *pro NRW* in Leverkusen an den Start. Kreisvorsitzender ist Jörg Frischauf. Ende August wurden Armin Weyrich, **Klaus Oehme** und Udo Schäfer als Koordinatoren für den Aufbau von *pro* im Oberbergischen Kreis vorgestellt.

Anfang September wurde Andreas Akwara (*Bürger Bewegung Duisburg*) *pro NRW*-Beauftragter für Duisburg. Obwohl sich die Wege von *pro* und Akwara offiziell wieder getrennt haben, erklärte er noch Anfang Februar: „In NRW fördern wir derweil die Partei *Pro NRW*."

Im Kreis Viersen bildete sich im September *pro Nettetal*. Ihr Sprecher: **Walter Rütten**. Ebenfalls im September startete *pro* in Dormagen mit öffentlichen Aktivitäten. Koordinator dort: der stellvertretende Landesvorsitzende Daniel Schöppe, der zugleich *pro NRW*-Beauftragter für Düsseldorf ist. Als Beauftragter für Essen wurde im Herbst Henryk Dykier vorgestellt. Mitte Dezember wurde **Mario Schröder** (ehemals *Familien-Partei Deutschlands*) zum Kreisbeauftragten für Remscheid ernannt. Weitere Kreisbeauftragte sind im Kreis Lippe **Fabian Thies**, Manfred Rouhs für Aachen und **Uwe Berger** aus Heiligenhaus für den niederbergischen Raum sowie Herne. Berger ist zudem für die „Bezirke" Sauerland und Märkischer Kreis zuständig.

Für Februar war die Bildung eines Bezirksverbands Ruhr geplant. Im Frühjahr sollen zudem Kreisparteitage in Münster, im Rhein-Kreis Neuss und im Rheinisch-Bergischen Kreis stattfinden. Darüber hinaus kündigt *pro NRW* „massive" Aktivitäten in Castrop Rauxel und ein „Interessententreffen" im März im Märkischen Kreis an.

Um den Aufbau einer *Jugend pro NRW* bemüht sich **Marilyn Anderegg**; bei *pro Köln* hat Martin Schöppe diese Aufgabe übernommen. Ein frauen- und familienpolitischer Arbeitskreis wird von **Stefanie Uhlenbrock** geleitet. An der Spitze des *Mittelstandes pro NRW* steht der Kölner Rechtsanwalt **Jürgen Clouth**.

Von Tomas Sager

Verkleidet

Die »Bürgerbewegung« und die alten Fraktionen der extremen Rechten

Manfred Rouhs und **Markus Beisicht** kennen sich aus in der extremen Rechten Westdeutschlands. Seit Mitte der 80er Jahre tummeln sie sich in diesem Umfeld. Lange genug, um zu wissen, dass mit den „alten" Fraktionen der extremen Rechten und ihrem Personal in NRW derzeit keine Chance besteht, zu einer politisch – und das heißt für Rouhs und Beisicht stets: parlamentarisch – wirksamen Kraft zu werden. *Pro Deutschland*-Chef Rouhs hat das auf seinen früheren Stationen bei den *Jungen Nationaldemokraten*, den *Republikanern* und der *Deutschen Liga für Volk und Heimat* (DLVH) erfahren, *pro NRW*-Chef Beisicht bei *Republikanern* und DLVH. Und auch als Verteidiger von Neonazis dürfte Beisicht erkannt haben, dass dieses Personal nicht viel taugt. Seine Stellvertreterin **Judith Wolter** weiß: „Die so genannten ‚traditionellen' Rechtsparteien sind gerade in Nordrhein-Westfalen durch eine jahrzehntelange Serie von Wahlniederlagen sowie durch personelle Querelen verschlissen."

Wer auf dem NRW-Wählermarkt reüssieren will, muss die Verkrustungen der „alten" Rechten überwinden und vor allem demokratisch „sauber" erscheinen. Dazu gehört die Absage an den „ghettoisierten und besonders radikalisierten" Landesverband der NPD. Zum Rechtspopulismus bekennt sich die „Bürgerbewegung" offen, mit Rechtsextremismus will sie aber vorgeblich nichts zu tun haben. Dazu gehört auch die Empörung über jeden, der anderes behauptet, seien es kritische Bürger, Journalisten, Wissenschaftler, Verfassungsschützer oder Richter, die an eine demokratische Läuterung der Rechtspopulisten nicht glauben mögen. *Pro NRW*: Das ist – so soll es erscheinen - die verfolgte Unschuld.

Und hat man denn nicht genug getan, um demokratische Sauberkeit zu beweisen? Da sind die Bekenntnisse zum Grundgesetz: „Pro Köln ist eine zutiefst demokratische, betont bürgerliche und absolut seriöse Oppositionsgruppierung. Wir bekennen uns eindeutig zu den Grundwerten unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung", beteuert Beisicht ein ums andere Mal. Da hat man es geschafft, Stiefel- und „autonome" Neonazis sowie NPDler von einer Demo fernzuhalten. Da hat man dem Vorstandsmitglied **Andreas Akwara** den Stuhl vor die Tür gesetzt, als der die guten *pro*-Manieren vergaß und einem Kritiker drohte: „Wer weiss, vielleicht bringt das Schicksal uns auf diesem Wege einmal zueinander. Dann aber, baumeln Sie am Strick!" Und geradezu dankbar nimmt man zur Kenntnis, wenn umgekehrt andere Fraktionen der extremen Rechten sich von *pro NRW* absetzen. Wenn NPD-Landesvize **Timo Pradel** meint, *pro Köln* sei nur „pseudorechts". Oder wenn NPD-Landesschatzmeister **Detlev Hebbel** seine Kameraden ermuntert, eigene Vereine mit dem Namen „Bürgerbewegung pro..." zu gründen, um Beisicht & Co. das Leben schwer zu machen. Oder wenn NPDler eine Internetseite unter dem Namen „pro Münster" anmelden. Eine „Bürgerbewegung", die so – offen oder verdeckt – von Demokratiefeinden attackiert wird, kann doch ihrerseits nicht demokratiefeindlich sein.

Aber: Noch geht die Rechnung nicht auf. Da macht es *pro*-Spitzenkräften nichts aus, sich mit **Udo Voigt** und **Holger Apfel** von der NPD oder DVU-Chef **Gerhard Frey** an einen Tisch zu setzen, um über die Bildung einer europäischen Rechten nachzudenken. Da buhlt man um die Gunst europäischer Rechtsaußen-Parteien, deren Repräsentanten ganz offen und ungeschminkt rassistisch agieren. Da geben Beisicht und Wolter dem NPD-Blatt *Deutsche Stimme* und Freys *Nationalzeitung* Interviews. Da holt man als Referenten den *Nation & Europa*-Mitherausgeber **Harald Neubauer**. Da nimmt man – in der Hoffnung auf klingelnde Kassen – den Solinger Bauunternehmer und Holocaustleugner **Günther Kissel** als Mitglied der *Mittelstandsvereinigung pro NRW* auf. Da ist schließlich die Programmatik einer „Bürgerbewegung", die ihren extrem rechten Kern nicht leugnen kann.

Die *pro*-Gruppen bleiben ein Teil der extremen Rechten - in Konkurrenz zu anderen, insbesondere neonazistischen Teilen dieses Spektrums. Sie wollen das Schmuddelimage der erfolglosen Rechten loswerden. Raus aus den Hinterzimmern, rein in den Rathaussaal. Gewaschen, gekämmt, in einen Anzug gesteckt. Dass diese Anzüge manchmal nur wie eine schlecht sitzende, billige Verkleidung wirken, ist wahrscheinlich nicht zufällig.

Screenshot von der pro Deutschland-Homepage: Manfred Rouhs stellt ein Plakat vor

Von Johannes Lohmann

Charakter eines Kaffeekränzchens

Die Jugendarbeit von pro Köln und pro NRW

Als im Sommer 2006 die „Jugendoffensive" von pro Köln mit der Installierung eines Arbeitskreises „Jugend pro Köln", einem Jugendbeauftragten und einer Schülerzeitung an den Start ging, war die Aufregung über die „braunen Rattenfänger" groß. Doch wie erfolgreich ist die Jugendarbeit der Rechtspopulisten?

Bereits in den 1990er Jahren hatte **Manfred Rouhs** versucht, mit der Beteiligung an Produktion und Vertrieb von RechtsRock die rechte Skinhead-Szene anzusprechen. Aufgrund mangelnder Szene-Authentizität und eines rein instrumentellen Zugangs zu jugendlichen Erlebniswelten, war diesem Ansatz kein Erfolg beschieden. Heute will *pro Köln* Jugendliche vor allem mit der Schülerzeitung *Objektiv* erreichen. Das Vierfarbblatt im A5-Format gibt sich betont seriös und ohne jedwede subkulturelle Ausrichtung. Stattdessen finden sich in dem Heft neben Freizeittipps, die sich wie Werbung der örtlichen Touristeninformation ausnehmen („Sea Life Aquarium in Königswinter: Spannende Unterhaltung für die ganze Familie"), Buch- und Filmvorstellungen, Anzeigen für die extrem rechte Monatszeitung *Nation & Europa* und politische Artikel. Das Themenspektrum orientiert sich an der Themenwahl von *pro Köln*: Moscheebau, Kriminalität, Ausländer, Patriotismus.

Objektiv rassistisch und völkisch

Obwohl man sich dabei zumeist um sprachliche Mäßigung bzw. Verklausulierung bemüht, sind die Beiträge allesamt geprägt von rassistischen Stereotypen. Ali, Hauptschüler und Kickboxer, tritt in einer „fiktiven Szene aus dem Großstadtleben" (1. Ausgabe) als minderbemitteltes Baggermonster auf und belästigt die blonde Gymnasiastin Jessica. Unter dem Titel „Die letzten Deutschen" entwerfen die Autoren in der dritten Ausgabe ein apokalyptisches Szenario, das die Deutschen als leidende Minderheit im eigenen Land stilisiert. „Wenn man im Frühjahr mit wachem Auge durch die Straßen von Kölner Problemvierteln mit besonders hohem Migrantenanteil geht, könnte man fast meinen, dass diese Glosse irgendwann einmal Wahrheit wird", heißt es in der Einleitung der „politisch unkorrekten Glosse". Flankiert wird damit die parteipolitische Arbeit im Rat der Stadt Köln, wo die Fraktion *pro Köln* anfragen lässt, ob die Verwaltung bestrebt sei, den Zeitpunkt bis zum Minderheitenstatus der Deutschstämmigen zu verlangsamen.

Auch die Bildsprache der nach Eigenangaben in einer Auflage von 3.000 Stück produzierten *Objektiv* bezieht sich in assoziativer Weise auf alltagsrassistische Klischees, mit denen soziale Probleme ethnisiert und biologistisch auf die „Wesensart von Ausländern" zurückgeführt werden. Der Ursprung von Gewalt liege darin, dass „Menschen grundsätzlich [...] nur äußerst ungern ihr Wertesystem an das des Gastgeberlandes anpassen", heißt es auch auf der Website der *pro Köln Jugend*. Dort werden neben ein paar wenigen Beiträgen, die der offiziellen *pro Köln*-Homepage entlehnt sind, die bislang vier Ausgaben der Postille als „Unsere Publikationen" zum Download angeboten. Dies hindert **Martin Schöppe**, den Herausgeber und presserechtlich Verantwortlichen sowie Jugendbeauftragten von *pro Köln* und Bezirksvertreter in Chorweiler, nicht daran zu behaupten, *Objektiv* sei eine ganz normale Schüler- und Jugendzeitung und kein Parteiorgan.

Mit der im Dezember 2007 erstellten vierten Ausgabe orientiert man sich nach außen deutlicher an der Partei. Die Logos der *Jugend pro Köln* und der parallel zur Ausdehnung von *pro Köln* auf NRW ins Leben gerufenen *Jugend pro NRW* prangen auf dem Cover. Die Zeitung soll nun in einer Auflage von 10.000 Stück landesweit verteilt werden. In der inhaltlichen Ausrichtung bezieht man sich nun deutlicher auf die (völkisch besetzte) Gemeinschaft, die für die extremen Rechten konstitutiv ist. Die „Droge Liberalismus" sei bestrebt, die Gemeinsamkeiten eines Volkes, das verbindende „Erbe auszulöschen",

Pro-NRW-Jugendbeauftragte Marylin Anderegg

mahnt die Studentin **Lydia Herzog**, die als Angehörige einer angeblich „jungen Redaktionsmannschaft aus ganz Nordrhein-Westfalen" präsentiert wird. Ob solche Themen in einer bieder und wenig attraktiv wirkenden Zeitung bei Jugendlichen ankommen, erscheint auf den ersten Blick fraglich. Dennoch berichten Schüler von etlichen Klassenkameraden, die Interesse an den Berichten zum Islam und zur (oftmals direkt in Verbindung damit gebrachtens) „Kriminalität ausländischer Jugendlicher" zeigen. Sie sehen darin ihre eigenen Alltags- und Erfahrungswelten widergespiegelt und sind empfänglich für Pauschalisierungen und Emotionalisierungen. Dennoch: Bislang gelingt es *pro Köln* nicht, dieses Potenzial abzuschöpfen. Dafür können mehrere Gründe angeführt werden.

Probleme bei der Anbindung von Jugendlichen

Pro Köln hat noch immer zu wenig jugendspezifische Themen auf der politischen Agenda. Mit der Thematisierung von „kriminellen ausländischen Jugendlichen" kann zwar Zuspruch gewonnen, jedoch keine langfristige Bindung erreicht werden. Die Versuche, Forderungen nach „Einführung von nach Deutschkenntnissen getrennte Schulklassen" oder nach einer „kopftuchfreien Schule" kampagnenfähig aufzubereiten, kamen bislang nicht über erste Ansätze hinaus. Die Jugend"organisationen" konnten sich zudem nicht mit eigenen Themen gegenüber der Mutterpartei profilieren.

Pro Köln bietet Jugendlichen bislang kaum Partizipationsmöglichkeiten. Außer dem Angebot, sich auf Unterschriftenlisten gegen die „Großmoschee" einzutragen, oder der Aufforderung, ganz allgemein gegen „Kriminalität, Überfremdung, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau oder Umweltzerstörung" anzukämpfen, gibt es keine niedrigschwelligen Einstiegsmöglichkeiten. Veranstaltungen, wie die Beteiligung der *pro NRW Jugend* und *pro Köln Jugend* am „Tag der rechtseuropäischen Jugend" am 4. Mai 2008 in Antwerpen, sind entweder für den inner circle gedacht oder können - wie die traditionelle Rheinschifffahrt - bestenfalls den Event-Charakter eines Kaffeekränzchens entfalten.

Es mangelt an brauchbarem Personal, das als kontinuierlicher Ansprechpartner dienen könnte. Der erste Jugendbeauftragte, **Harald Schmidt- Lonhardt**, Sohn des extrem rechten Kölner Anwaltes **Rainer Schmidt- Lonhardt**, hatte noch versucht, mit „Deutsch ist geil" für den „Arbeitskreis Jugend" von *pro Köln* zu werben. Nachdem AntifaschistInnen auf sein Treiben aufmerksam gemacht hatten, warf er das Handtuch. Glücklos war auch sein Nachfolger **René Emmrich**, dem öffentliche Auftritte versagt blieben und der schließlich von Martin Schöppe ersetzt wurde. Auch der *pro NRW*- Jugendbeauftragte **Jan Weber** aus der Eifel wurde nach nur wenigen Wochen von **Marylin Anderegg** beerbt, die sich bislang aber nicht durch jugendpolitische Aktivitäten profiliert hat.

Es fehlen Identifikationsfiguren. Personen wie Manfred Rouhs, die sich persönlich zum Verteilen der Zeitung auf die Kölner Schulhöfe stellen, haben - nicht nur aufgrund ihres Alters - eine zu große Distanz zu Jugendlichen. Die Veranstaltungen und Aktionen von *pro Köln* werden vornehmlich von älteren Funktionären besucht. So gibt es keine Jugendlichen bei *pro Köln*, mit denen ein Gemeinschaftsgefühl erlebt werden könnte.

Stil und Auftreten sind nicht von einer dynamisch wirkenden Ästhetik geprägt. So sind - im Gegensatz zu den Schulhof-CDs der NPD - die Jugend-Flyer, die in einigen NRW- Städten verteilt werden, weder vom Inhalt noch von der Form her attraktiv.

Durch gezielte Aufklärung im Unterricht und die Auseinandersetzung mit *pro Köln* im Schulalltag wurde die Verbreitung rechtspopulistischer Propaganda in Köln erschwert. Daher konzentriert sich die „Bürgerbewegung" inzwischen auf ungefähr zehn Kölner Schulen - hauptsächlich Gymnasien -, von denen sie annimmt, dort wenig Gegenwehr zu erfahren.

Die Strategie, mit dem Abdrucken von nicht in Auftrag gegebenen Werbeanzeigen des *Deutschen Roten Kreuzes*, der Polizei oder *Demokratie e.V.* den Eindruck zu erwecken, honorige Organisationen würden ein seriöses Blatt unterstützen, scheint bei der neuen *Objektiv* eher zu Problemen zu führen. *Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club*, dessen Freianzeige auf der Rückseite der Zeitung abgedruckt werden sollte, hat eine Unterlassungsaufforderung gestellt. Die Ausgabe darf so nicht verteilt werden und ist auch vorerst aus dem Internet verschwunden.

Keine jugendkulturelle Ausstrahlung

Bislang mangelt es sowohl *pro Köln* als auch *pro NRW* an einem überzeugenden Profil und Konzept für die Jugendarbeit. Darin ähneln sie anderen extrem rechten Organisationen wie den *Republikanern*, die ihre Abgrenzung zu Neonazis mit einem bieder-konservativen Image auszudrücken versuchen. Ihr rechtspopulistischer Stil geht auf Kosten jugendkultureller Ausstrahlung. Ändern kann sich dies erst, wenn es *pro Köln* gelingen sollte, mit jugendlichem Personal neue Ideen, Kampagnen und Aktivitäten zu entwickeln, die Jugendliche ansprechen und auf einer kontinuierlichen Basis umgesetzt werden.

Von Rainer Brahms

Vom Rand zur Mitte – und umgekehrt

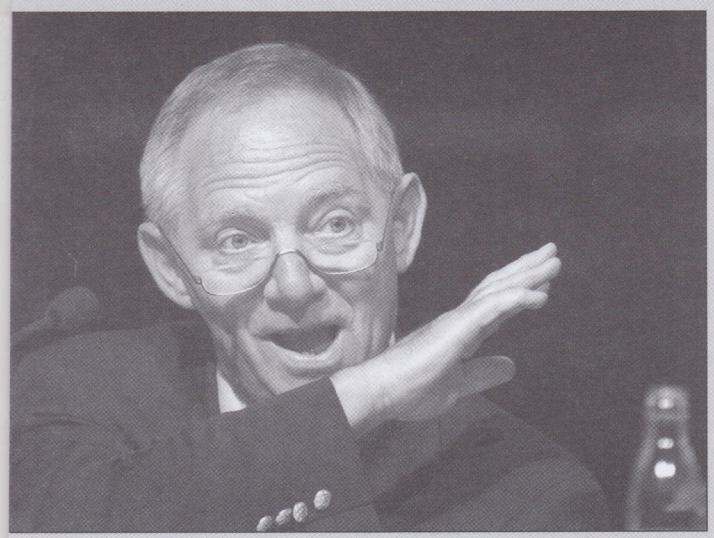
Themen, Thesen und Parolen

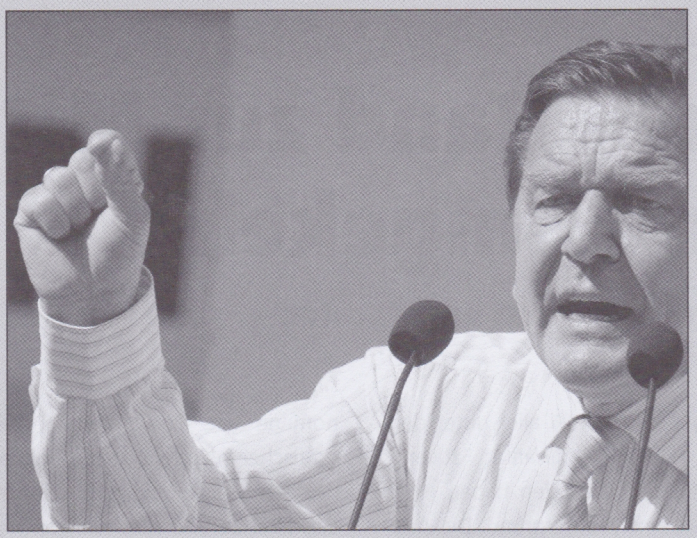
„Weniger als 0,34 % aller unter dem Begriff Gewaltkriminalität zusammengefassten Straftaten haben einen rechtsextremen Hintergrund. Die Ausländerkriminalität liegt bei Gewaltdelikten bei einem Anteil von über 24 % und damit mehr als 70 % höher als die rechte Gewalt. Haben Sie schon einmal mitbekommen, nachdem ein Deutscher Opfer einer Gewalttat eines Ausländers wurde, dass die Medien ähnlich groß wie in Mügeln oder Sebnitz berichtet haben?", so der CDU-Ratsfraktionschef **Axel Oehm** im westfälischen Meinerzhagen in einer Rede am 3. Oktober 2007. „Ja", möchte man nach den wochenlangen Diskussionen um Jugendkriminalität und dem hessischen Wahlkampf sagen. Die öffentliche Debatte nach den Videobildern aus der Münchener U-Bahn und die Ausschlachtung des Themas Jugendkriminalität im hessischen Wahlkampf sind die jüngsten Beispiele für eine Entwicklung, in der die politische Mitte insbesondere im Kampf um Wählerstimmen zunehmend Problemstellungen aufgreift, die zuvor von Protagonisten der extremen Rechten formuliert wurden.

Zentrale Elemente rechtspopulistischer Argumentation wie Rassismus, Nationalismus, Autoritarismus und Wohlfahrtschauvinismus haben so in den letzten Jahren verstärkt Eingang in den politischen Diskurs der so genannten Mitte gefunden. Es ist nicht allein die politische Rechte, die sich eines populistischen Politikstils bedient, wie **Oskar Lafontaine** 2005 mit seiner Rede von „Fremdarbeitern" bewies. Quer durch alle politischen Lager ist eine Tendenz zu erkennen, komplexe politische und soziale Phänomene wie Einwanderung, demografischer Wandel oder Globalisierung in plakative Feindbilder zu übersetzen. Existierende und teils weit verbreitete Vorurteile und Ängste werden benutzt, um Unterstützung für eine identitäre und exklusorische Politik zu gewinnen. Zum einen finden in diesem Rahmen Versatzstücke extrem rechter Ideologie Eingang in die Politik des Mainstreams, zum anderen erfahren die populistischen Thesen extrem rechter Akteure so eine Legitimierung. Zudem richtet sich der Blick rechtspopulistischer Akteure auf den Zeitgeist. Aktuelle Themen und Vorurteile der gesellschaftlichen „Mitte" werden aufgegriffen, um sich selbst als Sprachrohr des „kleinen Mannes" darzustellen. Extrem rechte Organisationen wie *pro Köln* und deren Wirkungsmöglichkeiten können daher nicht vom politischen Diskurs der gesellschaftlichen Mitte getrennt werden. Ein Blick auf die zentralen Punkte im Programm von *pro NRW* zeigt, dass man starke Anleihen im öffentlichen Diskurs macht. Ob „Innere Sicherheit gewährleisten", „Ausbildung statt Zuwanderung" oder Kritik an „Korruption und Parteibuchwirtschaft" - auch die gerade einmal sieben Programmpunkte von *pro NRW* sind in den gleichen Themenfeldern zu verorten, auf denen die extreme Rechte europaweit mit populistischer Agitation zu punkten versucht: zuvorderst die Kombination von Zuwanderung, Islam und nationaler Identität, des Weiteren Kriminalität und Innere Sicherheit sowie massive Kritik am politischen Establishment. Man konzentriert sich damit auf Politikfelder, die sich besonders für eine effiziente mediale Ausschlachtung eignen. Die extreme Rechte geriert sich als uneigennützige Alternative, ihr politischer Gegenentwurf basiert im Wesentlichen auf einer Identitätspolitik, die den Nationalstaat ethnisch definiert und traditionelle Werte überhöht, autoritaristischer Orientierung an Law & Order sowie oftmals einer verqueren und opportunistischen Verknüpfung von neoliberalen Wirtschaftskonzepten mit einem als Wohlfahrtschauvinismus daher kommenden Sozialprotektionismus. Während supranationale Ebenen wie die Europäische Union an Bedeutung gewinnen, stellt die extreme Rechte den Nationalstaat in den Mittelpunkt und kann hierbei auf Ängsten vor einem Verlust nationaler Souveränität aufbauen.

Identitätspolitik

Ideologischer Kern rechtspopulistischer Agitation ist die Überhöhung traditioneller Werte und der Bedeutung des Nationalstaats, die sich insbesondere an den Punkten Migration und Identität festmachen lässt. Der zunehmenden Auflösung traditioneller Bindungen im Rahmen gesellschaftlicher Modernisierung wird ein identitätspolitisches „Gegengift" gegenübergestellt, das im Wesentlichen in der radikalen Abgrenzung eines als nationale Abstammungsgemeinschaft verstandenen, majoritären „Volk" gegenüber Minderheiten besteht, wobei Letztere zumeist als Sündenbock im Sinne einfacher Lösungen komplexer Sachverhalte präsentiert werden. Die Ideologie von *pro NRW* ist dementsprechend durch eine ethnozentristische Ausgrenzung von MigrantInnen und anderen Minderheiten gekenn-





zeichnet. Gefordert wird beispielsweise eine Bewahrung des „abendländischen Charakters Deutschlands". Zuwanderung wird direkt mit „Asylmissbrauch, Überfremdung und Islamisierung" verbunden. Dabei kann die extreme Rechte an von der „Mitte" angestoßene Diskurse wie um die aus der CDU erhobene Forderung einer „deutschen Leitkultur" oder die aus dem Bekenntnis des Ex-CDU-Generalsekretärs **Laurenz Meyer**, er sei „stolz, ein Deutscher zu sein", entstandene Debatte über „Nationalstolz", anknüpfen.

Zuwanderung

Eng gekoppelt an das Thema Identität ist jenes der Zuwanderung. In NRW war es 2000 **Jürgen Rüttgers** (CDU), der durch seinen „Kinder statt Inder"-Wahlkampf politisches Kapital aus der Diskussion um die Zuwanderung Hochqualifizierter zu schlagen versuchte. Die REP übernahmen dann seine Parole für ihren Wahlkampf. 1994 waren es die REP gewesen, die im Bundestagswahlkampf Plakate mit dem Titel „Das Boot ist voll" verbreiteten - einem Motto, das 1990 bereits von der CDU verwendet worden war. Wenn es jetzt bei *pro NRW* heißt, „nicht integrationswillige Ausländer haben darüber hinaus die Bundesrepublik umgehend zu verlassen", so ist dies kaum zu trennen von entsprechenden Äußerungen aus der politischen „Mitte": 2006 war es Innenminister **Wolfgang Schäuble**, der im Falle von Nicht-Integration Sanktionen bis hin zur Ausweisung als richtigen Weg bezeichnete.

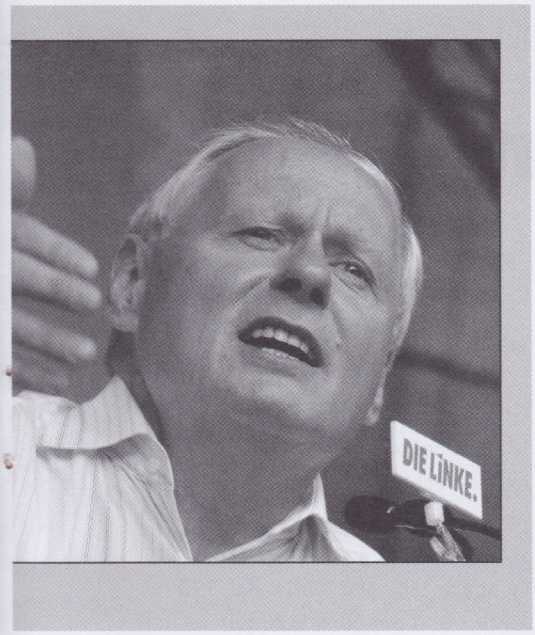
Dass sich nicht nur UnionspolitikerInnen rassistischer Stimmungsmache bedienen, zeigte nicht zuletzt Ex-Bundeskanzler **Gerhard Schröder**, der pöbelte: „Wer unser Gastrecht missbraucht, für den gibt es nur eines: Raus, und zwar schnell!" In diesem Fall war es zunächst die DVU, die sich Schröders Spruch in einem Wahlwerbespot zunutze machte. Zuletzt bediente sich **Roland Koch** zur Begeisterung seines Publikums bei Wahlkampfauftritten dieses Zitats. Im Programm von *pro Deutschland* heißt es ganz ähnlich: „Ausländische Straftäter, die das deutsche Gastrecht missachten, gehören nach Verbüßung ihrer Strafe unverzüglich abgeschoben." Wenn hier ebenso gefordert wird, Deutschland dürfe „kein Einwanderungsland werden", so unterscheidet sich dies de facto nicht von manchen Stimmen aus dem konservativen Parteienspektrum, die bis heute bestreiten, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist.

Islam

Aktuell ist es vor allem das Feindbild „Islam", das Rechtspopulisten europaweit als zentrales Agitationsfeld dient. Auch *pro NRW* konzentriert sich darauf, mit einem extremen Antiislamismus auf Stimmenfang zu gehen. Zu bereits zuvor verbreiteten Vorurteilen gegenüber Muslimen ist nach den Attentaten des 9/11 und dem Mord an **Theo van Gogh** ein neues hinzugekommen, wird doch Islam häufig mit Islamismus gleichgesetzt und so eine Nähe zum Terrorismus hergestellt. Die Forderung der Innenminister mehrerer unionsgeführter Bundesländer nach einer „Gewaltverzichtserklärung" deutscher Muslime unterstellt diesen beispielsweise pauschal eine Bereitschaft zur Gewalt und macht auf diese Weise die rassistische Stimmungsmache extrem rechter Akteure hoffähig.

Kriminalität

Der hessische Wahlkampf hat es gezeigt: Insbesondere im Fall aufsehenerregender Straftaten sind von VertreterInnen etablierter Parteien häufig Forderungen zu vernehmen, die sonst eher von ganz Rechtsaußen kommen. Wahlweise wird die Verschärfung von Gesetzen oder deren härtere Anwendung vorgeschlagen, so wie Kochs Forderung, das Jugendstrafrecht künftig auch für Straftäter anzuwenden, die noch keine 14 Jahre alt sind. Die populistische Forderung nach Law & Order wird häufig nicht nur verbunden mit einer Kritik an der angeblich zu liberalen Rechtssprechung. Spezifische Formen der Krimi-



nalität werden mit ethnischen Gruppen in Verbindung gebracht und mit Sprüchen wie "Wir haben zu viele junge kriminelle Ausländer!" - so Koch in *Bild* - mehr oder weniger direkt Ressentiments gegenüber MigrantInnen geschürt. Reale Probleme wie Kriminalität oder Terrorismus werden so mehr oder weniger direkt mit gesellschaftlichen Prozessen wie Migration und Integration in Verbindung gesetzt beziehungsweise eine enge Beziehung suggeriert. Durch derartige Äußerungen erscheinen Parolen wie die von *pro NRW*, man müsse Abstand nehmen von „windelweichen Alt-68er-‚Resozialisierungs'-Phrasen" ebenso legitimiert wie durch die von *pro* begeistert aufgegriffene Forderung nach einer Einführung von Aufenthaltsverboten für Bettler und Junkies per Landesgesetz durch den Düsseldorfer Oberbürgermeister **Joachim Erwin**.

»Volk« vs. »Elite«

Basis populistischer „Argumentation" ist die antagonistische Gegenüberstellung eines als homogene Einheit verstandenen „Volkes" einerseits und einer von den Interessen des gemeinen Bürgers entkoppelten und korrupten Elite andererseits. Das „Volk" wird mit moralisch aufgeladenen Begriffen wie dem der „schweigenden Mehrheit" belegt, als deren einzig wahre Interessenvertreter sich die extrem rechten Akteure inszenieren. Als Elite gelten in erster Linie die etablierten Regierungs- wie Oppositionsparteien und die staatliche Verwaltung, aber auch die Führungsebene von Großkonzernen und den Medien, denen vorgeworfen wird, nicht den Willen des Volkes zu repräsentieren. Forderungen wie die von *pro NRW* nach einer „Besinnung auf Werte in der Kulturpolitik!" oder Hetze gegen die Presse sind das Ergebnis eines Gesellschaftsverständnisses, in dem die Elite ihre Partikularinteressen sowie die ihrer vermeintlichen Günstlinge (in der Kulturpolitik „avantgardistische Projekte", die für den „Normalbürger nicht von Interesse" seien) über das Gemeinwohl (in diesem Fall Kulturangebote, „die Rückhalt in der Bevölkerung haben") stellt. Die Eliten gelten nicht nur als korrupt, sie werden zudem auch für die tatsächlichen oder vermeintlichen negativen Folgen gesellschaftlicher Prozesse wie Globalisierung und Migration verantwortlich gemacht. Da sowohl Regierung als auch Opposition als Teile dieses Establishments gleichermaßen abgelehnt werden, spricht man beispielsweise bei *pro Köln* von einer „ebenso gierigen wie schamlosen Politkaste", die zurzeit die Rathäuser besetze, und stilisiert sich selbst zur Fundamentalopposition.

Entsprechend dem Selbstverständnis, als einziger Akteur den Willen der „schweigenden Mehrheit" zu äußern, sind rechtspopulistische Gruppen bestrebt, zunächst nicht als Partei aufzutreten. Sie versuchen, den vermeintlichen Basisbezug durch ein Auftreten als Bürgerinitiative oder – wie im Fall von *pro NRW* – als „Bürgerbewegung" zu betonen. Der dadurch behauptete basisdemokratische Charakter wird in der Regel konterkariert durch die tatsächliche Organisationswirklichkeit, die – wie bei *pro Köln* bzw. *pro NRW* offensichtlich – von wenigen Führungspersönlichkeiten und einer straffen, zentralistischen und von geringer innerparteilicher Demokratie geprägten Struktur gekennzeichnet ist.

Fazit

Ethnisierende Zuschreibungen von gesellschaftlichem Konfliktpotenzial, völkischer Nationalismus und rassistische Stereotype finden sich in zahlreichen gesellschaftlichen Diskursen, insbesondere zu beobachten in den öffentlichen Debatten über Zuwanderung, Integration und nationales Selbstverständnis. Rechtspopulistische und extrem rechte Akteure verstehen sich als Sprachrohr der so genannten schweigenden Mehrheit. Zuverlässig können sie sich in ihrer Propaganda gegen Zuwanderung und eine weltoffene Gesellschaft auf rechtspopulistische und im Kern rassistische und nationalistische Positionen der etablierten Politik stützen.

Zum einen werden Themen der Rechtspopulisten so einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich, zum anderen werden die rassistischen Töne aus der politischen Mitte genutzt, um die eigenen Positionen als moderat zu klassifizieren und die eigene demokratische Legitimität zu unterstreichen. Dementsprechend stark war die Zustimmung, die Koch von Rechtsaußen erfuhr. "Sollte Herr Koch auch nach den Wahlen zu seinen Äußerungen stehen, dann wird die hessische CDU ein möglicher Koalitionspartner für die NPD", verkündete der NPD-Bundesvorsitzende **Udo Voigt** großspurig, und die *Republikaner* verteilten Postkarten mit einer Zeichnung des CDU-Politikers im Supermannkostüm mit REP- Logo auf der Brust und einem Schild in der Hand: "Kriminelle Ausländer raus". Nicht zu Unrecht erklärten die REP in NRW: „Koch-Kampagne: Republikaner sind das Original". Rechtspopulistische Mobilisierung und das Agieren der politische „Mitte" sind demnach nicht als Gegensatz zu verstehen, sondern unterliegen einem dynamischen Verhältnis, indem populistische Diskurse ebenso nicht losgelöst von jenen des Mainstreams zu verstehen sind wie umgekehrt.

Von Jörg Kronauer

Hilfe aus dem Ausland

Internationale Bündnisse gegen »Islamisierung«

Die Euro-Rechte ist im Gründungsfieber - und pro Köln fiebert mit. Im Windschatten von Vlaams Belang und FPÖ beteiligen sich die Domstadt-Provinzler um Manfred Rouhs, Judith Wolter und Markus Beisicht an internationalen Bündnissen. Islamophobie ist das Thema, mit dem sie stark werden wollen.

"Städte gegen Islamisierung" heißt ihr jüngster Streich. "Am 17. Januar", berichtet die *Junge Freiheit*, wie üblich bestens informiert über die Interna der extremen Rechten, "wurde in Antwerpen unter der Federführung des *Vlaams Belang* (*zum VB siehe auch LOTTA #28, S. 33*) sowie der FPÖ ... ein europaweites 'Städte-Bündnis gegen Islamisierung' gegründet". Beteiligt waren Organisationen aus sieben europäischen Ländern, darunter Belgien, Österreich und Deutschland. Letzteres war durch **Uschi Winkelsett** (REP) und *pro Köln* angemessen vertreten, wenn auch mit etwas einseitiger Schwerpunktsetzung in NRW. Darauf ist wohl die kuriose Sprache zurückzuführen, in der die deutsche Version der Bündnis-Gründungscharta verfasst ist. Vermutlich handelt es sich um Sülzer Slang oder um Ehrenfelder Platt. Die an "Städte gegen Islamisierung" beteiligten Gruppen verpflichten sich mit Unterzeichnung des Dokuments jedenfalls, "ihre künftigen Initiative (!) im Kampf gegen die Islamisierung aufeinander abzustimmen, gemeinsam Aktione (!) zu unternehmen und gegenseitig Information auszuwechseln (!), mit dem Zeil (!), auf eine besser koordinierte und besser informierte Weise die Islamisierung der westeuropäischen Städte bekämpfen zu können". Nun ja - sich besser zu informieren und vielleicht doch korrektes Deutsch zu benutzen, das hat noch niemandem geschadet.

Vorbild und Vorreiter: Der Vlaams Belang

Treibende Kraft im Bündnis "Städte gegen Islamisierung" ist der *Vlaams Belang*, eine Partei, die für *pro Köln* eine besondere Rolle spielt - als Bündnispartner, aber auch als Vorbild. Der 1978 gegründete *Vlaams Blok*, der sich nach seinem De-facto-Verbot im November 2004 in *Vlaams Belang* umbenannte, hatte jahrelang die für viele extrem rechte Organisationen üblichen Wahlergebnisse von knapp über einem Prozent erzielt, bis ihm 1991 der entscheidende Durchbruch gelang: Mit mehr als zehn Prozent in Flandern, dem nördlichen, niederländischsprachigen Landesteil, zog die Partei in das Parlament Belgiens ein. Seitdem geht es für sie fast ununterbrochen bergauf. Die Agitation, mit der es ihr gelingt, recht breite Wählerschichten zu mobilisieren, hat sie seit Ende der 1980er Jahre systematisch erprobt: rassistische Hetze gegen vorwiegend Arabisch sprechende Migrantinnen und Migranten, verbunden mit Stimmungsmache gegen den Islam. Parteichef **Frank Vanhecke** spricht von einer "Invasion des Islam", **Filip Dewinter**, Frakionsvorsitzender im flämischen Parlament, ließ einst demonstrativ Kamele durch die Parteihochburg Antwerpen treiben. Originell war das nicht, aber in Flandern führt zu Wahlerfolgen, was woanders nur zu dünnen Resultaten führt.

Erfolg macht attraktiv: Die rassistische, islamophobe Agitation von *pro Köln* lehnt sich durchaus an das Vorbild des *Vlaams Belang* an. Ob das nützt, das kann man jedoch mit guten Gründen bezweifeln. Rassismus und Islamophobie sind seit je Bestandteil extrem rechter Politik, selbst Kampagnen gegen den Neubau von Moscheen und gegen Muezzinrufe gibt es spätestens seit Mitte der 1990er Jahre - und dennoch konnten sie nur selten in stabile Positionsgewinne extrem rechter Parteien umgesetzt werden. Der anhaltende Erfolg des *Vlaams Belang* ist denn auch weniger auf seine Agitation, sondern eher auf eine Besonderheit seiner Lage zurückzuführen. Ihm ist es gelungen, an den traditionsreichen flämischen Separatismus anzuknüpfen, der seit dem Ersten Weltkrieg fest in Teilen der flämischen Bourgeoisie verankert ist und bis heute von starken wirtschaftlichen Interessen getragen wird. Als es der Partei Ende der 1980er Jahre gelang, in vom übrigen belgischen Establishment vernachlässigte ehemalige Arbeiterviertel einzudringen und sich dort mit rassistisch-islamophober Agitation eine Massenbasis zu verschaffen, da war ein stabiler Erfolg erreicht. *Pro Köln* aber fehlt die Verankerung zumindest in Teilen des Establishments bzw. die Anknüpfung an eine tragfähige lokale Tradition.

Seine politische Basis muss *pro Köln* daher mit kleinteiliger Aufbauarbeit erst schaffen, und dabei hilft der *Vlaams Belang*. Hatte die erfolgreiche Partei bereits zur Demonstration gegen die Ehrenfelder Moschee im Juni 2007 einen Redner entsandt, so intensivierte sich der Austausch dann im Herbst. Am 3. September 2007 besuchte *pro Köln* mit zwei Reisebussen das Hauptquartier des *Vlaams Belang* in Antwerpen und wurde dort von Filip Dewinter persönlich empfangen; für die einfachen Mitglieder von *pro*

Köln war das durchaus eine hohe, motivierende Ehrung. "Die Achse Antwerpen-Köln wird weiter ausgebaut", hieß es danach hochtrabend. Ende Oktober traf dann eine Jugenddelegation von *pro Köln* in der flämischen Parteizentrale ein und wurde aufmerksam empfangen. Auch auf der Bundesversammlung der *Bürgerbewegung pro Deutschland* am 3. November in Remagen war der *Vlaams Belang* mit einer Rednerin vertreten: Ist man selbst noch schwach, dann färbt beim Besuch eines mächtigen Freundes wenigstens ein bisschen von dessen Glanz auf den eigenen Klüngel ab. Dass *pro Köln* dafür ausgerechnet den *Vlaams Belang* nutzt, hat einfache historische Gründe. Der flämische Separatismus wurde bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts von völkischen Kräften aus dem Rheinland unterstützt; Kontakte haben sich bis heute erhalten. Manfred Rouhs pflegt denn auch schon seit vielen Jahren Beziehungen in den niederländischsprachigen Teil Belgiens. In seinem hauseigenen Verlag erschien 1997 nicht umsonst eine Schrift mit dem Titel "Flandern - Geschichte und Kultur".

Weitere Bündnispartner

Der *Vlaams Belang* kooperiert schon seit Jahren mit der FPÖ, unter anderem in der Rechtsaußen-Fraktion "Identität, Tradition, Souveränität" des Europaparlaments, die im Herbst 2007 platzte, weil sich ihre italienischen und rumänischen Mitglieder zerstritten hatten. Auch *pro Köln* hat im vergangenen Jahr die Zusammenarbeit mit der einst in Österreich regierenden und heute trotz ihrer 2005 vollzogenen Spaltung immer noch erfolgreichen Partei ausgebaut. FPÖ-Chef **Heinz-Christian Strache** trat bei der Demonstration im Juni 2007 gegen die Ehrenfelder Moschee auf und kündigte im September in der Wiener Zeitung an, die FPÖ werde die "Zusammenarbeit mit Rechtsparteien in Europa" massiv ausbauen - "egal ob mit '*pro Köln*' oder dem Vlaams Belang". Rouhs, Wolter und Beisicht ließen sich nicht lange bitten und halfen am Ende des Jahres im Grazer Kommunalwahlkampf aus. Es war der Wahlkampf, in dem die Spitzenkandidatin der FPÖ, **Susanne Winter**, **Mohammed** einen "Kinderschänder" nannte und damit die islamophobe Agitation auf die Spitze trieb. "Der muslimische Einwanderungs-Tsunami, der in den letzten Jahrzehnten unseren europäischen Kontinent mit Ausländern islamischen Glaubens überflutet hat, muß unbedingt und unverzüglich gestoppt werden", forderte sie im Interview mit der österreichischen Wochenzeitung *Zur Zeit*: "Die volkstreuen Parteien, wie der Vlaams Belang, Pro Köln oder die FPÖ, werden diesen Entwicklungen zukünftig streitbaren Widerstand entgegensetzen." Winter fuhr fort: "Deshalb werden wir ein Städtebündnis gegen die Islamisierung Europas ins Leben rufen, das am Anfang aus der Achse Antwerpen–Köln–Graz bestehen wird."

Das Städtebündnis wurde am 17. Januar 2008 gegründet. Es ist nicht der einzige Versuch, die Eurorechte neu zusammenzuschließen: Nur wenige Tage später initiierten FPÖ und *Vlaams Belang* eine neue, EU-weite Partei. Mit ihr wolle man die "Islamisierung", die "zur Selbstaufgabe Europas" führe, überwinden, sagte FPÖ-Chef Strache. Mit dabei ist die islamophobe bulgarische Partei *Ataka* sowie der ebenfalls nicht für seine Liebe zum muslimischen Glauben bekannte französische *Front National*. Nicht mitmachen dürfen NPD und DVU, teilten die Initiatoren unmissverständlich mit. Sollte es gelingen, *pro Köln* bundesweit auszudehnen, wäre dies ein möglicher Kooperationspartner im Rahmen der europäischen Rechtspartei.

»Anti-Islamisierungskongress« in Köln geplant

Einstweilen arbeitet *pro Köln* mit Hilfe von *Vlaams Belang* und FPÖ weiter daran, seine Position auszubauen. Im September wollen die Provinzler in der Domstadt einen zweitägigen "Anti-Islamisierungskongress" durchführen, teilt die *Junge Freiheit* mit. Dabei sein werden *Vlaams Belang*, FPÖ, der *Front National* sowie Kommunalpolitiker aus Italien ("Südtirol") und Frankreich ("Elsass"). Gelingt der Kongress, dann kann *pro Köln* mit Hilfe aus dem Ausland seine noch schwache Basis weiter konsolidieren.

Von Tanja Herrmann

Inhaltliche Auseinandersetzung

Der Umgang mit pro in den Kommunen

Im kommunalen Umgang mit extrem rechten Propagandaaktionen herrschen allgemein abwartende und defensive Haltungen vor. Zumeist wird seitens der Stadt darauf verwiesen, derartige Gruppen nicht unnötig stark machen zu wollen oder über öffentliche Auseinandersetzungen deren Bekanntheitsgrad unnötig zu steigern. „Die wollen doch nur die Aufmerksamkeit, aber die geben wir ihnen nicht", so die landläufigen Argumente. Oftmals werden derartige extrem rechten Erscheinungsformen gar als „Imageschaden" für Standortpolitik und politisches Management gedeutet und deshalb klein geredet: „Bei uns in XY gibt's so was nicht - wir haben hier alles im Griff", so dann der stadtoffizielle Tenor zum Thema. Solche Argumente sind in der Realität regelmäßig durch die Praxis widerlegt worden. Kleinreden und Wegschauen erweisen sich als schlechte Ratgeber im Umgang mit Rechts. In der kommunalen Auseinandersetzung mit extrem rechten Erscheinungsformen zeigt sich deutlich: Je weniger Auseinandersetzungen und Handlungsansätze gegen Rassismus und Neofaschismus – desto mehr Probleme damit.

Besonders im Fall von *pro NRW* ist präventives Handeln angesagt, da deren Strategie ja in der Tarnung als angeblich lokale Interessenvertretung von bürgerschaftlichen Anliegen besteht. Während es bei offen rassistisch auftretenden Parteien wie der NPD den meisten BürgerInnen klar ist, bei wem sie eventuell eine Petition „gegen Islamisierung" des Stadtteils oder Quartiers unterschreiben, ist dies eben im Fall von *pro NRW* nicht der Fall. Die Möglichkeit, an scheinbare oder reale Probleme in den Stadtteilen als *pro*- Bewegung anknüpfen zu können und sich als „Bürgerbewegung" kommunal zu verankern, stellt einen zentralen Gradmesser für mögliche landesweite Erfolge dar.

Die Rechtspopulisten versuchen, sich als „Stimme der schweigenden Mehrheit" zu inszenieren, und nutzen jede sich ihnen bietende Gelegenheit zur öffentlichen Selbstdarstellung. Hier zeigt sich seitens öffentlicher

Das Interview wurde geführt von Tanja Herrmann

»Genauer hinschauen«

Interview mit Ercan Telli, Geschäftsführer des Migrationsrates Oberhausen

Wann haben Sie zum ersten Mal von Aktivitäten von *pro D* mitbekommen?

Im Frühjahr 2006 verteilte eine Gruppierung unter dem Namen „Bürgerbewegung pro Deutschland - Kreisverband Oberhausen" zum ersten Mal Flugblätter in Oberhausen.

Welches Anliegen hatte diese Gruppierung?

Die Flugblätter waren aufbereitet als Unterschriftensammlungen und richteten sich gegen Moscheeinrichtungen, gegen "Islamismus" und gegen den "EU-Beitritt der Türkei".

Wussten die Leute in Oberhausen Bescheid, welchen politischen Hintergrund diese Gruppierung hat?

Die politischen Hintergründe waren weitestgehend unbekannt. Aus diesem Grunde gab es Irritationen über solch eine "neue" Form von Aufwiegelei.

Kampagnen gegen Islamismus und Moscheebau gelten bei den extrem rechten Gruppen ja nicht ohne Grund als Erfolgsthemen. Wie haben die Bürgerinnen und Bürger das in Oberhausen wahrgenommen?

Besonders Menschen aus Zuwandererfamilien und Menschen islamischen Glaubens waren irritiert und auch verängstigt.

Wie haben Politik und Verwaltung auf die Kampagnen der Rechtspopulisten reagiert?

Ein solches Treiben bereitet selbstverständlich nicht nur der Politik und Verwaltung, sondern auch der Bürgerschaft Sorgen. Diese Sorgen werden in Oberhausen sehr ernst genommen. Wir als Migrationsrat der Stadt Oberhausen wollten wissen, wer in unserer Stadt solche Aufwiegelei betreibt und haben deshalb den For-

nötig

Stellen oftmals Hilflosigkeit im Umgang mit dieser Form von rechtspopulistischer Agitation. So nutzte die Truppe etwa in Gelsenkirchen das Rathaus als Schaubühne zur Selbstinszenierung in Form einer „Diskussionsveranstaltung", bei der die Abschaffung des Integrationsrates gefordert wurde. Den Stadtoberen fiel dazu nicht mehr ein als der misslungene Versuch, die Veranstaltung jenseits rechtlicher Möglichkeiten zu unterbinden, statt sich inhaltlich mit den rechtspopulistischen Machenschaften auseinander zu setzen – ein propagandistisches Einfallstor für die Rechtsaußen-Truppe. Ähnlich in Leverkusen, wo der Stadt nach *pro NRW*-Verteilaktionen vor Schulhöfen auch nur Androhungen über das Ordnungsamt gegen diese Infiltrationsbestrebungen einfielen – auch da ohne rechtliche Handhabe. Derartige Vorkommnisse zeigen auf, dass dem Problem mit rein ordnungsrechtlichen Maßnahmen ohne inhaltliche Auseinandersetzung nicht beizukommen ist.

Dass es auch anders geht, zeigt das Beispiel Oberhausen. *LOTTA* sprach mit **Ercan Telli**, Geschäftsführer des Migrationsrates Oberhausen.

schungsschwerpunkt Rechtsextremismus der Fachhochschule Düsseldorf beauftragt, eine Begutachtung dieser Gruppe vorzunehmen. Ferner haben wir ein *Kommunales Bündnis für Demokratie und Toleranz* in unserer Stadt, worauf wir alle sehr stolz sein können. In diesem Bündnis arbeiten sehr viele Akteure von verschiedenen Parteien, Gruppen, Initiativen, Kirchen, Migrantenorganisationen etc. und setzen sich massiv für das friedliche Zusammenleben in unserer Stadt ein.

In Köln haben es die Rechtspopulisten geschafft, sich mit Unterschriftenkampagnen in Szene zu setzen. In Oberhausen hingegen scheinen deren Aktivitäten zum Erliegen gekommen zu sein. Wie ist das zu erklären?

Um es platt auszudrücken, haben wir mit der Expertise diese "Bewegung" zum Teil entzaubern können. Durch das präventive Handeln in Form einer Untersuchung, konnten wir die Menschen über die Machenschaften aufklären, bevor solche Gruppierungen breite Wirkung erzielen konnten.

Der *Migrationsrat Oberhausen* war ja die erste kommunale Einrichtung in NRW, die vorbeugend gegen die Aktivitäten des *pro*-Netzwerks aktiv geworden ist. Sie haben landesweit die erste Untersuchung über diese rechtspopulistischen Aktivitäten herausgegeben. Warum?

Durch das präventive Handeln kann ihnen Nährboden entzogen werden. Wir benennen in unserer Untersuchung, dass es sich bei dieser angeblichen *Bürgerbewegung pro Oberhausen* in Wirklichkeit um einen kommunalen Ableger des Bundesverbandes *Bürgerbewegung pro Deutschland* handelt, die auf die Gruppierung *Bürgerbewegung pro Köln* zurückgeht. *Pro Köln* wird im Verfassungsschutzbericht des Landes NRW unter der Rubrik "Rechtsextremismus" aufgeführt. Es galt, diese Informationen in die breite Öffentlichkeit zu transportieren, um den Menschen zu zeigen, dass hier versucht wird, aus den Ängsten und Sorgen der Menschen Kapital zu schlagen.

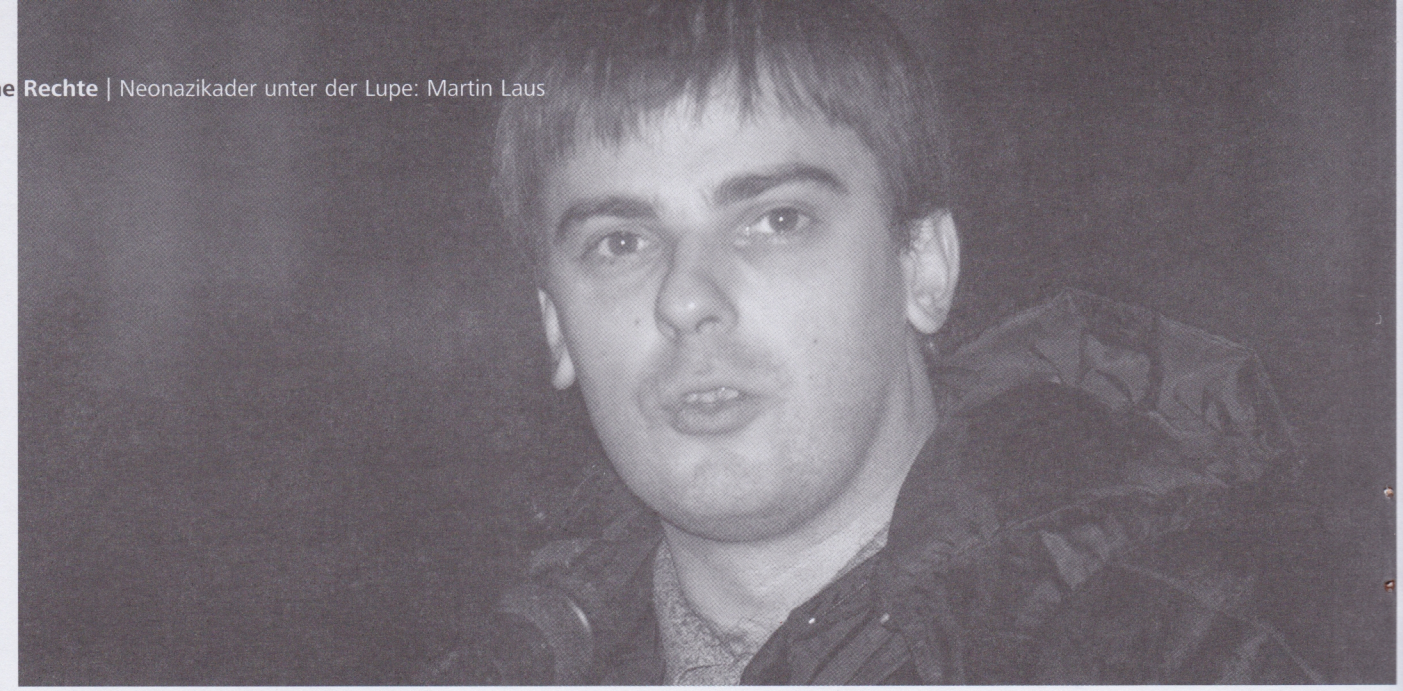
In vielen anderen Kommunen hingegen herrscht Unkenntnis über die Machenschaften der Rechtspopulisten und es zeigen sich oft hilflose Reaktionen auf deren Propagandaaktivitäten. Was ist in Oberhausen anders?

Wir können allen Kommunen empfehlen, genauer hinzuschauen, vermeintlich harmlose Anfangstatbestände ernst zu nehmen und dieses Problem offensiv anzugehen. Dies kann, wie im Oberhausener Beispiel mit einer Untersuchung passieren. Es gibt sicherlich noch andere Instrumente, um rechtspopulistischen Stimmungsmache zu bekämpfen, wie z.B. Schulprojekte, Infoveranstaltungen, Kursangebote über Bildungseinrichtungen etc.

Was empfehlen Sie zum kommunalen Umgang mit den Anti-Islam-Kampagnen der Rechtspopulisten von *pro NRW* und *pro D*?

Zunächst ist sehr wichtig, dass man nicht abwartet. Man muss sofort und vorbeugend handeln, die Strategien und Machenschaften von solchen Gruppierungen offen legen und dabei gleichzeitig Hilfestellung für Aufklärung anbieten. Eine gezielte Informationsvermittlung ist sicherlich ein geeignetes Mittel, um Aufwiegelei gegen friedliches Zusammenleben im Keim zu unterbinden.

Wir bedanken uns für dieses Interview!



Von Jan Spreuk

»Geistige Wiedergeburt«

Neonazikader unter der Lupe: Martin Laus

Sein Aufstieg in der NPD verlief steil. Bis zum Landesvorsitzenden in Rheinland-Pfalz, zum einflussreichen Leiter des Amtes Politik im NPD-Bundesvorstand und zum Präsidiumsmitglied brachte es der gebürtige Bergisch-Gladbacher Martin Laus. Doch sein Absturz aus den Höhen der Parteihierarchie ging ab 2004 noch viel schneller vonstatten als der Aufstieg. Inzwischen ist Laus nur noch NPD-Kreisvorsitzender in Mettmann/Düsseldorf. Wichtiger als die Parteipolitik ist ihm im Augenblick die „Heranbildung einer geistigen Gegenelite zum pseudo-demokratischen Vasallensystem auf deutschem Boden". So beschreibt die Deutsche Akademie, zu deren Sprecherrat der heute 39-Jährige gehört, ihr Ziel.

Erste parteipolitische Erfahrungen in der NPD und ihrer Nachwuchsorganisation JN sammelt Laus vor 20 Jahren daheim im Bergischen Land. Anfang der 90er Jahre zeichnet er verantwortlich für das in Wuppertal erscheinende JN-Blättchen *Querkopp*. 1991 wird er erstmals zum Vorsitzenden des *Nationaldemokratischen Hochschulbundes* (NHB) gewählt. Der NHB bemüht sich in jenen Jahren, sein „nationalrevolutionäres" Profil zu schärfen. Wichtigstes Instrument dabei: das unter Laus' Regie erscheinende NHB-Blatt *Vorderste Front – Zeitschrift für politische Theorie & Strategie*, das unter anderem mit dem Konzept von „national befreiten Zonen" über den *Hochschulbund* hinaus Beachtung erlangt hatte. Die Bedeutung, die der NHB in den späten 60er und frühen 70er Jahre für die NPD hatte, kann die Hochschulorganisation aber trotz aller Anstrengungen nicht mehr erreichen. 1997 gibt Laus den NHB-Vorsitz wieder ab. Doch nur für drei Jahre. Als sich herausstellt, dass auch seine Nachfolger an der Spitze der Organisation - zunächst **Alexander von Webenau**, später **Dietmar Engelhard** – nichts gegen den Abstieg des NHB unternehmen können, kehrt Laus im Oktober 2000 noch einmal für vier Jahre an die Spitze des Verbandes zurück.

Mitte 2000 wird Laus, der in Kaiserslautern Informatik mit dem Nebenfach Elektrotechnik studiert, NPD-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz. Laus, jung, dynamisch und mit intellektuellem Anstrich, soll den Landesverband, der unter dem auch in Kameradenkreisen als „Feld-, Wald- und Wiesen-Nazi" verspotteten **Wilhelm Herbi** seinen Niedergang erlebt hatte, wieder auf die Höhe der Zeit bringen: (Wieder-)Aufbau von Parteistrukturen statt Sonnenwendfeiern. Tatsächlich scheint es zunächst so, als würde das gelingen. Die rheinland-pfälzische NPD ist bei Demonstrationen wieder auf der Straße zu finden, und auch beim „Kampf um die Köpfe" – jedenfalls in Form innerparteilicher Bildungsarbeit - tut sich was.

Auch wenn sich im rheinland-pfälzischen Landesverband rasch Differenzen mit einem Parteiflügel rund um den Ex-JN-Landeschef und NPD-Landesorganisationsleiter **Sascha Wagner** entzünden, steigt Laus' Stern weiter. Als im März 2002 die NPD einen neuen Parteivorstand wählt, wird er mit einem glänzenden Ergebnis als Beisitzer im Amt bestätigt. Er bekommt sogar mehr Stimmen als Parteivize **Holger Apfel** oder **Peter Marx**. Als Amtsleiter Politik gehört er dem Parteipräsidium an und ist we-

sentlich an der Erarbeitung des Aktions- und des Europaprogramms der NPD beteiligt. Eine wichtige Rolle spielt er auch bei der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfs 2002. Im NPD-Blatt *Deutsche Stimme* wird ihm von Frühjahr 2001 bis Sommer 2004 Platz für großflächige Artikel und sogar Serien eingeräumt – ob zur US-amerikanischen Außen- und Rüstungspolitik, zur Gentechnik, zu Wahlkampfstrategien und Wahlkampfpraktischem („Gerade bei unseren Plakaten ist es aufgrund der innenpolitischen Lage der BRD erforderlich, diese möglichst hoch an Laternenmasten zu hängen... Folglich muß davon ausgegangen werden, daß die A1-Plakate in der Regel in einer Höhe von 5 bis 6 Metern hängen"), zur Wehrmachtsausstellung oder zu Globalisierung und Agenda 2010.

Keine Berührungsängste

Keine sonderlich großen Probleme scheint Laus damals mit einer Zusammenarbeit mit bekennenden Neonazis zu haben. Bei einem seiner eher seltenen öffentlichen Auftritte in NRW steht er beispielsweise bei einem Aufmarsch im Januar 2002 in Lüdenscheid mit **Hartmut Wostupatsch**, einem Ex-Kader der verbotenen *Aktionsfront nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten*, gemeinsam am Mikro. Berührungsängste plagen ihn auch nicht, als er im November 2003 vor Mitgliedern der später als kriminelle Vereinigung eingestuften neonazistischen *Kameradschaft Westerwald* referiert. Und auch als Neonazis im gleichen Monat in Marienfels gegen den Abriss eines Ehrenmals der Waffen-SS demonstrieren, ist Laus mit von der Partie.

Doch letztlich scheitert er in Rheinland-Pfalz. Der Grabenkampf mit Wagner, der den größeren Teil der Basis auf seiner Seite hat, verschärft sich. 2003 sinkt die Mitgliederzahl des Landesverbandes unter die 200er-Grenze. „Die Partei entwickelte kaum Aktivitäten", notiert der Mainzer Verfassungsschutz für 2003. Im Jahr darauf geht es noch weiter bergab: Der NPD-Landesverband, so der VS, befinde sich „in einem organisatorisch und personell kaum handlungsfähigen Zustand". Auf eine Teilnahme an den rheinland-pfälzischen Kommunalwahlen im Juni 2004 verzichtet die NPD. Noch hat Laus Rückhalt in der Bundes-NPD, die ihn immerhin für die Europawahl im Sommer auf Platz 14 ihrer Liste setzt. In Rheinland-Pfalz aber spitzt sich die Situation für ihn zu, zumal seine innerparteilichen Gegner prominente Unterstützung aus dem NPD-Parteivorstand erhalten. Ende 2004, sein Studium hat er als Diplom-Informatiker abgeschlossen, zieht Laus zurück nach NRW, nach Wuppertal. Sein Nachfolger als Landesvorsitzender wird Peter Marx.

Kameradenstreit

Kein Wort des Lobes oder des Dankes findet sich im Parteitagsbericht der *Deutschen Stimme* für Laus. Der Bundesvorstand wollte ihn weghaben, glaubt man **Jürgen Schwab**, Ex-„Vordenker" der NPD und neben Laus Mitglied des DA-Sprecherrats, der später notiert: Da er nun wieder in NRW wohnte, sei es Laus vom Parteivorstand untersagt worden, erneut für den Landesvorsitz zu kandidieren. Schwab: „Hingegen war der Parteivorstand sofort bereit, dem Saarländer Marx dieses Recht zuzugestehen."

Drei Jahre später verriet Schwab Hintergründe des parteiinternen Streits, der letztlich auch zu Laus' Abgang aus dem Bundesvorstand führte: Nach dem Wahlerfolg der NPD bei der sächsischen Landtagswahl im Spätsommer 2004 habe „Triumphator Holger Apfel" die Gelegenheit zur „Säuberung des Parteivorstandes" genutzt. Schon längere Zeit vor der Sachsen-Wahl sei Laus von Marx und Apfel „torpediert" worden, „weil jener nicht den Anforderungen der ‚Realpolitiker' entsprach". Schwab zitiert den Ex-Generalsekretär **Ulrich Eigenfeld** mit den Worten, „man könne doch nicht einen personell dünn ausgestatteten Landesverband wie den in Rheinland-Pfalz im Lausschen Stile nach einem allzu strengen Kaderprinzip führen".

Innenansichten

Schon 2002 bei einer Schulungsveranstaltung in Thüringen hatte Laus einen sehr kritischen Blick auf die real existierende NPD geworfen. In ihr, so wird Laus in einem Seminarbericht zitiert, fänden sich auch Mitglieder ein, „bei denen eine persönliche Motivation das Gruppenziel überdecke: Neurotische und mit Minderwertigkeitskomplexen behaftete Personen suchten die Gruppe, um sie als Bühne ihrer Selbstverwirklichung zu mißbrauchen". Neben den nach Lausscher Lesart brauchbaren Mitgliedern entdeckte er noch folgende Kategorien: „den Typus des ‚Papageienzüchter' (Hobbyverein, Familienersatz), den ‚Gläubigen' (Religionsersatz, heile Welt), die ‚denkende Krawatte' (Kleider statt Inhalte, Neigung zur Anpassung), den ‚Geldpumper' (Bereicherung), den ‚Sektierer' (skurrile Themen, Theorien), den egozentrischen ‚Machtpolitiker', den ‚Autisten', den ‚Asozialen' (Querulant, Provokateur) und schließlich den ‚Allwissenden' (Patentrezept für alles, Kritik, Anregungen und Schulungen unzugänglich)".

In welcher Gruppe Laus seine Intimfeinde Apfel und Marx einsortiert, ist nicht überliefert. Klar ist aber, dass er, Apfel und Marx sicher keine Freunde mehr werden. Als 2005 Marx durch einen saarländischen „Parteifreund" beschuldigt wird, V-Leute in der NPD zu decken, stimmt Laus in den Chor der Marx-Kritiker ein. Er erinnert sich, dass „Marx mich auf einer Fahrt zu einer Parteivorstandssitzung schräg von der Seite anmachte und sagte, ich solle in Rheinland-Pfalz doch nicht weiter gegen die Agenten vorgehen. Das würde mir nur Ärger bereiten".

Zurück in NRW, kandidiert Laus im Mai 2005 bei der NRW-Landtagswahl als Kandidat im Wahlkreis Wuppertal II und kommt dort auf 1,1 Prozent. Auf der Landesliste steht er nicht. Ebenso wenig bei der Bundestags-

wahl im selben Jahr. Offen bleibt, ob das an einer „gewissen Intellektuellenfeindlichkeit" liegt, die Laus seiner Partei attestiert und die eine von ihm eingerichtete Gruppe abbauen helfen soll, die in NRW regelmäßig Seminare anbietet.

Selbsternannte Elite

Vor allem aber legt Laus seinen Schwerpunkt auf die ideologische Arbeit im Rahmen der *Deutschen Akademie*, die inzwischen auch ihr Postfach in Wuppertal unterhält. Die DA war im Jahr 2000 als „intellektuelle" Vorfeldorganisation der NPD gegründet worden, hat sich inzwischen aber von der NPD entfernt, obwohl manche ihrer Mitglieder bzw. Anhänger nach wie vor Parteimitglied sind. In einer „Selbstdefinition" vom Januar 2005 heißt es, die DA sei eine „parteiunabhängige Initiative national gesinnter Deutscher, die an der geistigen Wiedergeburt ihres Volkes arbeiten". Zur „geistigen und infolge dieser zur politischen Befreiung unseres Volkes" werde „dringend die Heranbildung einer geistigen Gegenelite zum pseudodemokratischen Vasallensystem auf deutschem Boden" benötigt. Bewusst setzt sich die DA vom Parteienkonzept ab. Die „Elite", an der sie arbeitet, wird auf gerade einmal „zunächst 50 bis 100 Mitstreiter" beziffert. Den „nationalen beziehungsweise rechtskonservativen Parteien" wird vorgehalten, es unterlassen zu haben, „die notwendigen Impulse in der Theorie- und Bildungsarbeit zu setzen" und „positive Beiträge" zu einem „‚besseren', nämlich intellektuelleren Erscheinungsbild" zu leisten. Das Ziel bleibt aber von jeder Intellektualisierung unberührt und ist das gleiche wie bei jedem tumben Neonazimitläufer: das „Deutsches Reich", das „seit dem 23. Mai 1945, der Verhaftung der Reichsregierung Karl Dönitz, handlungsunfähig" sei.

Dabei versucht sich Laus – zum Beispiel bei einem DA-Seminar Anfang Dezember 2004 in Brandenburg – an einer Unterscheidung von Nationalismus und Nationalsozialismus: „Während der eine für den Befreiungsnationalismus stehe, habe der andere leider zum Beispiel in der Ukraine statt des dort gewünschten Befreiungskrieges einen Eroberungskrieg geführt", wird Laus in einem Bericht über die Veranstaltung zitiert. Nationalisten seien keine Imperialisten und wollten keine fremden Völker beherrschen, ausbeuten oder gar ausrotten. Darin werden seine Kameraden gewarnt, „vor einer blinden Rechtfertigung des Nationalsozialismus und davor, Partei für ihn schon deshalb zu ergreifen, weil ihn das System ablehne. Andererseits dürfe man auch nicht die liberalistische Propaganda über den historischen NS übernehmen, die zu einer Denkblockade führe. Statt dieser forderte der Referent eine historische Analyse, um Licht und Schatten der NS-Zeit gegeneinander abzuwägen".

NS-Marktwirtschaft

Während nicht wenige extrem Rechte von „sozialistischen" Wirtschaftskonzepten träumen, ist Laus Marktwirtschaftler. Bei einer Arbeitstagung der DA im April 2006 in Köln plädiert er für eine „Rekonstruktion der sozialen Marktwirtschaft unter nationalstaatlichen Bedingungen". Der „Staat oder sonstige Kollektive" gäben „keine fähigen Unternehmer ab". Letztendlich, so Laus, gehe es dem Nationalismus um eine leistungsfähige deutsche Volkswirtschaft, wofür privates Unternehmertum unabdingbar sei. So ganz widerspruchsfrei ist das nicht: Steuerungselement sei der Markt, der allerdings vom Staat „gelenkt" werden solle. Dabei träumt Laus – wie bei einer weiteren DA-Arbeitstagung im August 2007 - von einem „national geschlossenen Markt". Die Globalisierung müsse „überwunden" werden. „Dies könne erreicht werden, indem man die Wettbewerbsgerechtigkeit im Sinne der Volksgemeinschaft durch folgende Abgaben herstelle: Antilohndumpingabgabe, Arbeitsplatzqualitätsabgabe, soziale Sicherungsabgabe, Ausländerrückführungsabgabe."

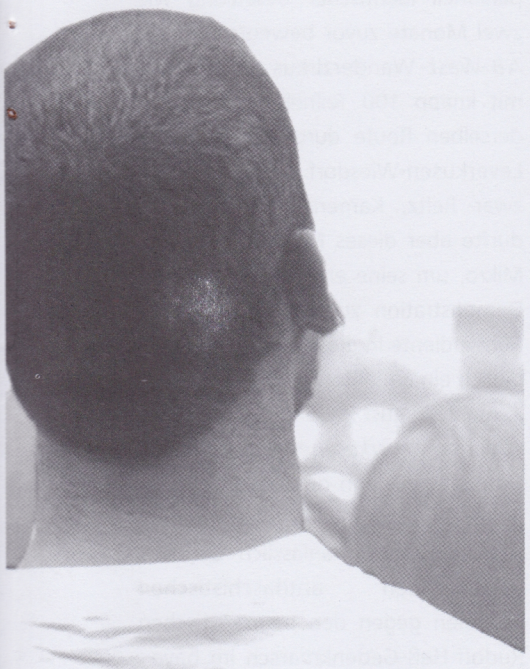
"Schwerstgestörte"

Nach wie vor beschäftigt sich Laus mit Parteien. Schwab hält ihn gar für „*den* Experten in Sachen ‚Parteienoligarchie' im Spektrum des zeitgenössischen deutschen Nationalismus". Bei einem Seminar der *Staatsbriefe* und der DA im Oktober 2007 greift er seine Thesen von 2002 noch einmal auf. Zu den schon vor fünf Jahren charakterisierten Gruppen von Parteimitgliedern fügt er nun Schwabs Seminarbericht zufolge die "psychisch Schwerstgestörten" hinzu. Und auch die "soziale Ausgrenzung" bereitet ihm Sorgen wegen der Folgen für die Struktur des Parteipersonals: Sie sorge für einen "überproportionalen Anteil der Unterschicht" an der Mitgliedschaft. "Insgesamt, so der Redner, entstehe dann eine Negativauslese an Mitgliedern und Funktionären." Wo er recht hat, hat er recht. Nur: Mit solchen Ansichten stehen Laus? Chancen, in der NPD noch etwas zu werden, denkbar schlecht.

Von AntifaschistInnen aus Leverkusen

Neonazismus im Raum Leverkusen auf dem Vormarsch?

Eine Chronologie



Spätestens als Neonazis am 9. November 2007 auf dem Bahnhof Leverkusen-Opladen nach der traditionellen antifaschistischen Gedenkdemonstration anlässlich des Jahrestages der Reichspogromnacht einige abreisende DemonstrantInnen angriffen, war klar: Auch im Raum Leverkusen hat sich die neonazistische Szene verfestigt und gibt sich nicht mehr alleine mit dem Verkleben von Aufklebern und der einen oder anderen peinlichen Aktion zufrieden.

Zirka 20 Neonazis aus dem Spektrum der *Autonomen Nationalisten* hatten diesen Angriff durchgeführt, die allermeisten waren vermummt. Sie trieben die Betroffenen ins Bahnhofsgebäude, wo sie diese mit sandbefüllten Flaschen bewarfen und mit Reizgas attackierten. Im Verlauf der Auseinandersetzung wurden auch mehrere PassantInnen verletzt, eine 24-Jährige nach Polizeiangaben durch einen Flaschenwurf ins Gesicht sogar schwer. Die Nazis verließen den Bahnhof vor dem Eintreffen der Polizei, hielten sich jedoch weiterhin in Kleingruppen in der Stadt auf. Im weiteren Verlauf des Abends kam es zu mindestens zwei weiteren Angriffen, bei denen größere Gruppen Neonazis alternative Jugendliche angingen.

Erste Gehversuche

2001 ging die Internet-Seite des *Leverkusener Aufbruchs* online. Die Seite war angemeldet auf den NSDAP- AO -Alleinunterhalter **Gary Lauck** in den USA, verantwortlich zeichnete ein gewisser "Spektator". Hinter diesem Pseudonym verbarg sich der Leverkusener Neonazi **Matthias Nagelschmidt.** Im Vordergrund seiner Page standen Aufrufe zu Veranstaltungen und Demonstrationen sowie kopierte Berichte über stattgefundene Events. Nach und nach wurden auch immer mehr eigene Artikel verfasst und veröffentlicht. Neben szeneinternen Diskussionen veröffentliche Nagelschmidt etliche Pamphlete, in denen er versuchte, auch Linke zu Mitstreitern oder gar Vordenkern der nationalsozialistischen Sache zu verbiegen. Neben **Ulrike Meinhof** traf es beispielsweise auch **Rudi Dutschke** ("Ein deutscher Weg – Die nationalrevolutionäre Dimension des Rudi Dutschke") und **Hugo Chavez**: "Hände weg von Venezuela – Am Amazonas und am Rhein: Der Ami soll der Hauptfeind sein!" So ganz logisch war der Reim nicht, der Amazonas fließt nicht durch Venezuela.

Zunächst stellte der *Leverkusener Aufbruch* also lediglich eine Homepage der lokalen Neonaziszene dar. Nach und nach traten einige Neonazis aus dem Stadtgebiet aber auch öffentlich – beispielsweise auf Demonstrationen – unter diesem Namen in Erscheinung, manchmal auch als *Nationaler Widerstand Leverkusen* (NWL). Als *Leverkusener Aufbruch* trat man schließlich dem *Aktionsbüro Westdeutschland* (AB West) bei und war von nun an auf sämtlichen AB-West-Aufmärschen anzutreffen.

Neben Nagelschmidt, der für den Internetauftritt und sämtliche Verlautbarungen des *Aufbruchs* verantwortlich war, zählte noch **Michael Böcker** zum Kern der Leverkusener Neonazitruppe. Anders als Nagelschmidt aber

Demoordner aus Leverkusen, links Michael Böcker

lag Böcker im Zwist mit dem AB-West-Vorturner **Axel Reitz**, der den Uni-Wuppertal-Studenten in einem Internet-Forum sogar einmal als den "doofen Böcker" bezeichnet hatte. Offensichtlich fühlte sich der „doofe Böcker" eher zum NPD-nahen Kreis um **Christian Malcoci**, **Ralph Tegethoff** und **Sven Skoda** hingezogen.

Ihren ersten Auftritt in der Leverkusener Öffentlichkeit hatten die Leverkusener Neonazis am 9. Januar 2002 in einer Sprechstunde der im Leverkusener Stadtrat vertretenen *Bürgerliste*. Anlass war offensichtlich die Ankündigung der *Bürgerliste*, die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" nach Leverkusen zu holen. Die Aktion beschränkte sich jedoch auf das Statement "Wir wollen die Anti-Wehrmachtsausstellung nicht in unserer Stadt" und einigem verbalen Hin und Her. Die online veröffentliche Ankündigung "Wir kommen wieder, wir durchbrechen die spießbürgerlichen Grenzen und Tabus" wurde in der Folgezeit allerdings nicht umgesetzt. Dem Anspruch, die Stadt „sauber" zu halten, kam man aber dennoch nach, wenn auch nur auf wenige Quadratmeter beschränkt. Am 8. Mai 2003 trat man mit Bürsten und Schwämmen an der Putzfront an, um unter dem Motto "Tag der Ehre - Deutsche Jugend beim Ehrendienst" die Kriegsdenkmäler in Leverkusen zu schrubben.

Ab April 2004 tauchten dann verstärkt Aufkleber des NWL im gesamten Stadtgebiet auf - darauf abgebildet ein Wehrmachtssoldat und der Spruch "So wie sie kämpften... ...kämpfen wir für Deutschland!". Auch der Platz der Synagoge wurde durch die Kleber, die mit "Nationaler Widerstand Leverkusen" und einer (auf Matthias Nagelschmidt angemeldeten) Postfachadresse beschriftet waren, in Mitleidenschaft gezogen.

Ende Mai 2004 war dann eine Handvoll "Freier Nationalisten" aus Leverkusen in der Fußgängerzone von Leverkusen-Wiesdorf anzutreffen, wo sie kurze Zeit Flugblätter mit dem Titel "Die Schande von Leverkusen" verteilten. Anlass zu dieser Aktion war die angebliche "Schändung" von Kriegsdenkmälern in den Stadtteilen Opladen und Rheindorf. In gewohnt verqueren Konstrukten erklärten Nagelschmidt und Co.: "Sie nennen sich 'Antifaschisten' (kurz: Antifa), sie agieren im Verborgenen. Das Spezialgebiet dieser jungen Zeitgenossen heißt Beschädigen, Schänden, Zerstören. Kaum jemand vermag effektiv gegen sie vorzugehen, denn sie haben eine starke Lobby: Politik und Kirche halten schützend ihre Hand über die selbsternannten Antifaschisten." Die Antwort der Neonazis auf derartigen Frevel: "Opa war in Ordnung!"...

Vom Internet auf die Straße

Nachdem die Kameraden oft genug in NRW, den benachbarten Bundesländern und auch in den Niederlanden auf Aufmärschen mitmarschiert waren, suchten sie nach Anlässen, in ihrer eigenen Stadt eine Demonstration durchzuführen. Am 9. November 2004 war es dann soweit. Parallel zur antifaschistischen Gedenkdemonstration meldete Reitz einen Fackelmarsch unter dem Motto "Gegen einseitige Vergangenheitsbewältigung" durch Leverkusen-Opladen an. Das Mitführen von Fackeln und die zunächst geplante Route blieb den rund 80 TeilnehmerInnen von der Polizei jedoch versagt. Letztendlich fand die Demo in Leverkusen-Wiesdorf statt. Worum es den Neonazis ging, das brachte der Kölner Neonazi **Paul Breuer** durch eine gerufene Parole auch ohne Fackel auf den Punkt: "Die schönsten Nächte überall - sind die Nächte aus Kristall!" Die direkt daneben stehende Polizei überhörte die Volksverhetzung großzügigerweise.

Bereits am 29. Januar 2005 standen die Kameraden erneut auf der Matte: "Gegen Intoleranz und staatliche Repression - Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden" lautete diesmal das unsägliche Motto. In fast personell identischer Besetzung wie zwei Monate zuvor bewegte sich der *AB-West*-Wanderzirkus dieses Mal mit knapp 100 TeilnehmerInnen auf derselben Route durch den Stadtteil Leverkusen-Wiesdorf. Anmelder blieb zwar Reitz, Kamerad Nagelschmidt durfte aber dieses Mal immerhin ans Mikro, um seine erste Rede auf einer Demonstration zu halten. Als große Bühne diente in diesem Fall jedoch lediglich ein Kanaldeckel.

Am 2. August 2005 schließlich marschierten *Leverkusener Aufbruch* und Unterstützer dann durch Opladen, da ihnen eine zeitgleich stattfindende Infoveranstaltung anlässlich der bevorstehenden antifaschistischen Aktionen gegen den neonazistischen Rudolf-Heß-Gedenkmarsch im bayerischen Wunsiedel wohl ein Dorn im Auge war. Das Interesse der Neonazis hielt sich jedoch in Grenzen, nur knapp 70 TeilnehmerInnen fanden sich ein. Auch der halbherzige Versuch von acht Kameraden, unter Leitung des Düsseldorfers Sven Skoda zum Veranstaltungsort der Antifa vorzustoßen, war schnell beendet, nachdem ihnen fast 70 AntifaschistInnen den Weg versperrt hatten. Unter Polizeischutz wurden die offenbar größenwahnsinnigen „Nationalen Kämpfer" zurück zu ihren Kameraden geleitet.

Leverkusener Aufbruch abgebrochen

Das Ende des *Leverkusener Aufbruchs* kam so plötzlich wie sein Auftauchen. Nagelschmidt, der zwischenzeitlich Kontakte zu diversen führenden Köpfen der bundesdeutschen Neonazi-Szene aufgebaut hatte, erklärte im Herbst 2005 in einem ellenlangen und wie gewohnt verqueren Schreiben seinen Ausstieg aus der Szene. Der *Leverkusener Aufbruch*

verschwand aus dem Internet, doch Nagelschmidts Kameraden blieben. Zwar wurde es in Leverkusen selber etwas "ruhiger", außerhalb aber waren Leverkusener Neonazis auf vielen Aufmärschen anzutreffen, einige auch als Ordner, wahlweise als Trommler, Fahnen- oder KranzträgerInnen.

Die Kameradschaft Burscheid

Während sich die Leverkusener Kameraden die Füße platt liefen, gründete sich am 26. August 2006 im benachbarten Burscheid die *Kameradschaft Burscheid* (KSB). Die – Eigenangaben zufolge – fünf Gründungsmitglieder versuchten sich an einer Homepage und traten im Burscheider Stadtgebiet durch Aufkleber und selbst gedruckte Plakate in Erscheinung. Dabei schien es ihnen egal zu sein, ob es sich um Aufkleber der JN/NPD oder der *Freien* handelte. Außerdem tauchten vermehrt Schmierereien wie "Frei, sozial, national" und KSB auf.

Zu den Vorturnern der KSB zählten der damals erst 16-jährige **Jens Knipper** und der damals 18-jährige **Marcel Huptas**. Beide waren zu diesem Zeitpunkt Mitglieder im Burscheider Jugend-Parlament. Knipper, dort auch Pressesprecher, nutzte den Speicherplatz des JuPa für den Internetauftritt der KSB und veröffentlichte dort neben Demonstrationsaufrufen und Musik zu Propagandazwecken auch einen Artikel aus einer Lokalzeitung. Diese recherchierte daraufhin wegen Urheberrechtsverletzung und deckte die Machenschaften der Kameraden auf.

Auf Grund des öffentlichen Drucks ließ Knipper verlauten, dass sich die Kameradschaft „offiziell" aufgelöst habe. Das Auftauchen von schwarzen Fahnen mit der Fraktur-Aufschrift „Burscheid" auf Naziaufmärschen sowie Aufkleber im Burscheider Stadtgebiet in jüngerer Zeit sprechen aber dafür, dass einige der Kameraden weiterhin aktiv sind.

AN Leverkusen und Leichlingen

Ab August 2007 schwappte dann eine regelrechte Flut von Aufklebern (hauptsächlich Motive der *Aktionsgruppe Rheinland*, vgl. LOTTA #29, Seite 29) und Schmierereien über das gesamte Leverkusener Stadtgebiet und angrenzende Ortschaften, wie z.B. Leichlingen herein.

Im September wurde eine weitere Gruppe in die *AG Rheinland* aufgenommen - die *Autonomen Nationalisten Leverkusen* (ANL) bzw. *Autonomen Nationalisten Leverkusen/ Leichlingen* (ANLL). Personell handelt es sich dabei um denselben Kreis, der bereits den NWL darstellte, erweitert um einige Personen aus benachbarten Gemeinden, darunter auch der heute 17-jährige Leichlinger **Niklas Berr**.

Am 23. Oktober 2007 störten mehrere Aktivisten der ANL(L) die Mitgliederversammlung der Leichlinger Ortsgruppe der Partei *Die Linke* in einer Leichlinger Gaststätte. Die Neonazis drängten die Wirtin dazu, die Veranstaltung aufzulösen und verteilten Flugblätter unter dem Titel „Mauer-Mörder stoppen – der ‚neuen Linken' den Saft abdrehen!" in der Innenstadt.

Nachdem als bisheriger ‚Höhepunkt' am 9. November die zu Beginn dieses Artikels beschriebenen brutalen Übergriffe stattgefunden hatten, kam es in den folgenden Wochen immer wieder zu weiteren Angriffen auf junge Menschen in Leverkusen und Umgebung. So wurde z.B. am frühen Morgen des 16. November 2007 ein Jugendlicher in Leichlingen von Berr mit Reizgas angegriffen. In der Nacht zum 17. November wurden in der Fußgängerunterführung am Opladener Bahnhof eine Gruppe Jugendlicher auf dem Weg in die Innenstadt von Neonazis – unter ihnen Berr – abgefangen und mit Flaschen beworfen.

Am 17. November marschierte der „Nationale Widerstand" dann zum Heldengedenken in Nassau und Nastätten auf. Vorneweg stolzierte Berr mit einem Kranz mit der Aufschrift „Tot ist wer vergessen wird – Nationaler Widerstand Rheinland Westfalen". Einen identischen Kranz warfen die Kameraden einen Tag später – am Volkstrauertag - am Kriegerdenkmal in Leverkusen-Rheindorf ab.

Niklas Berr (r.) am Transparent der AG Rheinland in Neuss

Am 24. November versuchten Neonazis, ein Auto mit jungen Menschen, die eine Veranstaltung besuchen wollten, anzuhalten und die InsassInnen anzugreifen. Im weiteren Verlauf dieser Nacht wurde eine Gruppe junger Menschen auf dem Weg zum Bahnhof aus dem Hinterhalt mit Flaschen beworfen und von zirka 12 bis 15 Neonazis in Richtung Innenstadt gejagt.

Aufgrund der extremen Zunahme rechter Gewalt fand am 21. Dezember 2007 eine HipHop-Jam gegen Rechts im *Haus der Jugend* statt. In der Nacht zuvor wurde dort die Hauswand mit neonazistischen Parolen beschmiert. Aufgrund der hohen Polizeipräsenz kam es am Veranstaltungsort zwar nicht zu Zwischenfällen, jedoch wurde um 23.30 Uhr eine Gruppe Jugendlicher in der Opladener Kneipe *Bizarre* unmittelbar nach Betreten der Kneipe von Neonazis mit Tritten und unter Einsatz von Reizgas angegriffen und nach draußen getrieben.

In den ersten Wochen des Jahres 2008 blieb es in Leverkusen verhältnismäßig ruhig. Einzig die Meldung, dass Berr eine 2,5-jährige Haftstrafe wegen Raubes antreten muss, machte Schlagzeilen. Da er zuvor bereits zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden war, wird die neue Strafe nicht zur Bewährung ausgesetzt werden. Parallel laufen Ermittlungen bezüglich diverser Übergriffe und Nazischmierereien gegen ihn und andere.

Ob sich die neonazistische Szene vor Ort durch die anstehende Haftstrafe gegen Berr und die laufenden Verfahren allerdings in ihrer Aktivität nachhaltig einschränken lässt, darf stark bezweifelt werden.

Foto: Marek Peters, www.marek-peters.com

NPD und "Freie" demonstrieren am 1. Juni 2006 gegen den Kongo-Einsatz der Bundeswehr

Von Timo Reuter

Neonazismus im Saarland

Die organisierte Naziszene in Deutschlands kleinstem Bundesland

Für das Lokalradio ist es das „schönste Bundesland der Welt", Menschen aus Norddeutschland halten es für einen Teil von Frankreich, in Wirklichkeit ist das seit 1957 zur BRD gehörende Saarland aber einfach nur das kleinste Flächenbundesland der Republik. Auch im Saarland existieren organisierte Neonazistrukturen von NPD und „Freien Kameradschaften", wie im Rest der Bundesrepublik auch. Der vorliegende Artikel beleuchtet den braunen Sumpf zwischen Rheinland-Pfalz, Frankreich und Luxemburg.

Das stark industriell geprägte Saarland ist das jüngste der alten deutschen Bundesländer. Es wurde 1957 nach einer Volksabstimmung an die Bundesrepublik Deutschland angegliedert. Nach dem Zweiten Weltkrieg war das Saarland sowohl wirtschaftlich, als auch politisch an Frankreich angebunden. 1949 erhielt das Saarland einen autonomen, staatsähnlichen Status, dessen endgültige Festsetzung die saarländische Bevölkerung jedoch am 23. Oktober 1955 ablehnte und sich für die Wiederangliederung an Deutschland entschied. Die Kampagne für Deutschland und gegen das Europäische Saarstatut wurde nicht unwesentlich von ehemaligen Nazifunktionären getragen, darunter an prominenter Stelle der *Demokratische Partei Saar* (DPS)/FDP- Politiker Dr. **Heinrich Schneider**. Im Abstimmen indes waren die Saarländer schon geübt: Bereits 22 Jahre zuvor hatte man sich schon einmal an der Urne entscheiden dürfen. Über 90 % der Wähler votierten am 13. Januar 1935 für „Heim ins Reich", also für den Anschluss des Saargebietes, das nach dem Versailler Vertrag zwischen 1920 und 1935 autonom und dem Völkerbund unterstellt war, an das Deutsche Reich.

Die NPD im Saarland

Während ihrer ersten Hochphase Ende der 1960er Jahre erreichte die NPD auch im Saarland bei den Landtagswahlen 1970 mit 3,4 % der Stimmen ihren ersten Erfolg. Tatkräftige Unterstützung erhielt die Neonazipartei von dem ersten saarländischen Ministerpräsidenten Dr. **Hubert Ney** (CDU), der 1969 zur Wahl der NPD aufrief. Nach dem Scheitern bei der Bundestagswahl 1969 verschwand die NPD wie im Rest der Republik für viele Jahre in der Bedeutungslosigkeit. Einige Jahre wurde die Saar-NPD von **Ellen-Doris Scherer** geführt, die zeitweise auch stellvertretende Vorsitzende der Bundes-NPD an der Seite von **Günther Deckert** war. Mit dem neuen Aufschwung der Partei unter **Udo Voigt** Ende der 90er Jahre trat auch die NPD Saar wieder in die Öffentlichkeit zurück. So beteiligten sich Mitglieder von NPD und JN im Februar 1999 an einem Aufmarsch gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht" in Saarbrücken, 2001 kandidierte der NPD-Funktionär **Holger Apfel** bei der Oberbürgermeisterwahl in Saarbrücken. Gegen das gegen sie angestrebte Verbotsverfahren agitierte die NPD auch im Saarland mit Unterschriften-

sammlungen und Infoständen. In den Jahren 2002 bis 2004 veranstaltete die NPD Saar mehrere so genannte „Sommeruniversitäten" und Treffen mit den Führern nationalistischer Parteien aus anderen europäischen Ländern. Hauptverantwortlich für den Aufschwung der NPD an der Saar zeichnete der wegen Wahlbetrug vorbestrafte **Peter Marx**, der bereits Ende der 70er Jahre als JN-Mitglied im Saarland aktiv war und 1986 erstmals in den NPD-Landesvorstand gewählt wurde. Marx, der noch vor der „Wende" die NPD in Sachsen mitgründete, arbeitete in den neunziger Jahren für die NPD in Frankfurt und Darmstadt, bis er im neuen Jahrtausend wieder an die Saar zurückkehrte. Unter seiner Führung schaffte die NPD Saar bei den Kommunalwahlen 2004 den Einzug in vier saarländische Kommunalparlamente: in die Bezirksräte Saarbrücken-Halberg (5,8 %, 1 Sitz) und Saarbrücken-West (8,6 %, 2 Sitze), in den Ortsrat Völklingen (10,5 %, 2 Sitze) sowie in den Stadtrat Völklingen (9,6 %, 5 Sitze). Bei der Saarbrücker Oberbürgermeister-Wahl im September 2004 kam der NPD-Kandidat und -Bundesvorsitzende Udo Voigt auf 3,9 % der Stimmen.

Bei der Landtagswahl 2004 verpasste die NPD mit 4,0 % der abgegeben Stimmen den Einzug ins Parlament zwar knapp, wurde jedoch aus dem Stand heraus (1999 war die NPD nicht angetreten) fünftstärkste Partei im Saarland und erhielt bei den Erstwählern rund 10 % der Stimmen. 2005, bei der vorgezogenen Wahl zum Deutschen Bundestag, kam die NPD nur noch auf 1,7 %, was nicht zuletzt der Konkurrenz durch die Partei „Die Linke" und ihrem im Saarland hoch geschätzten Spitzenkandidaten **Oskar Lafontaine** geschuldet sein dürfte.

Aus ihrem Einzug in die kommunalen Parlamente konnte die Saar-NPD bisher jedoch kaum politischen Mehrwert erzielen. So machte die NPD-Fraktion Völklingen vor allem durch interne Streitigkeiten, die in ein Parteiausschlussverfahren gegen einen ihrer Abgeordneten mündeten, auf sich aufmerksam. Die beiden NPD-Vertreter **Otto Becker** und **Marc Peroutka**, die im Bezirksrat Saarbrücken-West sitzen, machten bisher noch gar nicht von sich reden. Und der NPD-Sitz im Bezirksrat Saarbrücken-Halberg ist seit Marx' Umzug nach Rheinland-Pfalz, wo er im Februar 2005 den Landesvorsitz der Partei übernahm, verwaist – es gelang der NPD nicht, den frei gewordenen Platz im Rat neu zu besetzen. Nachdem Marx, einer der wichtigsten Drahtzieher der NPD, das Saarland verlassen hatte, setzte er seine Parteikarriere von 2004 bis 2006 als Fraktionsgeschäftsführer der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag und danach in derselben Funktion bei der NPD-Fraktion in Mecklenburg -Vorpommern fort.

Nach Marx' Weggang übernahm sein bisheriger Stellvertreter **Frank Franz** im Juli 2005 den Posten des Landesvorsitzenden und bemühte sich seither, in die Fußstapfen seines politischen Ziehvaters zu treten. So versuchte er, die NPD in den politischen Diskurs im Lande einzubringen, indem er sich mit seitenlangen Pressemitteilungen zeitweise zu allen mehr oder weniger relevanten Themen äußerte. Diese Bemühungen waren teilweise erfolgreich, und die regionalen Medien zitierten aus den NPD-Verlautbarungen.

Darüber hinaus betreibt Franz, der Oberfeldwebel der Bundeswehr war, die Internetfirma *naweko*. Er ist unter anderem für die Gestaltung der Webseiten der NPD Saar, der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag sowie für die Umgestaltung der Internetpräsenz des *DS-Verlags* verantwortlich. Außerdem versuchte er sich mit dem *nationalversand* zuerst im Online-Buchhandel und später als Betreiber einer mäßig erfolgreichen Auktionsplattform für allerlei rechten Kram. Nachdem antifaschistische Hacker über Weihnachten 2007 sämtliche von Franz betriebenen Internetseiten lahm gelegt hatten, war die Internetpräsenz der NPD Saar mehrere Tage lang nicht zu erreichen, sein *nationalversand* verweist bis heute auf die Webseite des *DS-Verlages*.

Zentrales Anliegen von Franz ist der Ausbau der Infrastruktur der Partei im Saarland. Die NPD kann bereits seit einigen Jahren recht problemlos kommunale Räumlichkeiten für ihre Veranstaltungen nutzen. Die Stadt Saarbrücken stellte der NPD schon mehrfach die Festhalle in Saarbrücken-Schafbrücke zur Verfügung, zuletzt am 30. Juni 2007 für ein RechtsRock-Konzert mit rund 200 Besuchern. Ähnlich verhält es sich mit der Turnhalle Saarbrücken-Brebach, die die NPD-Landesverbände Saarland und Rheinland-Pfalz am 4. Juni und am 3. September 2005 für Wahlkampfveranstaltungen nebst Konzert nutzen konnten. Dabei werden der NPD von Seiten der Stadt und den zuständigen Behörden keinerlei Steine in den Weg gelegt. Im Gegenteil ist man bemüht, die NPD-Veranstaltungen im Vorfeld zu verschweigen - um Konfrontationen mit Nazigegnern zu verhindern, wie Innenstaatssekretär **Müllenbach** während einer Podiumsdiskussion im Juni letzten Jahres erklärte.

Neben diesen kommunalen Räumen kann sie für ihre Veranstaltungen auch auf private Immobilien zurückgreifen. Gute Verbindungen bestehen seit Jahren zu dem *Hotel Budapest* in Saarbrücken-Fechingen, das schon seit den 1990er Jahren für Veranstaltungen von extrem rechten bis rechtskonservativen Gruppen genutzt wurde. Zuletzt feierte die NPD Saar in dem Hotel, dessen Besitzer **Uwe Lukacs** im übrigen Schriftführer und Schatzmeister im örtlichen CDU-Ortsverband ist, am 15. Dezember 2007 ihre Weihnachtsfeier.

In die bundesweiten geäußerten Ankündigungen der NPD, Immobilien erwerben zu wollen und Schulungszentren einzurichten, stimmte auch die Saar-NPD ein. Als Wunschobjekt kristallisierte sich schließlich das *Niedhotel* in Rehlingen-Siersburg (bei Saarlouis) heraus. Dort hatten bereits mehrere Veranstaltungen der Saar-NPD statt-

Robert Kiefer (mit Kamera), Student aus Saarbrücken, Schlagzeuger bei 'Aggressor' und Anti-Antifa-Aktivist

Peter Marx (NPD) als Redner in Saarlouis, im Hintergrund links Tim Stahn aus Ensdorf, Bindeglied zwischen NPD und „Freien"

Am gemeinsamen Fronttransparent von NPD und „Freien": Frank Franz und Peter Marx

Alle Fotos: Marek Peters, www.marek-peters.com

gefunden, darunter am 11. August 2007 das „NPD-Sommerfest". Zu diesem Anlass traten neben **Frank Rennicke** auch die Nazi-Gören *Prussian Blue* aus den USA auf. Nachdem die Befürchtung, die NPD könnte das Hotel kaufen, zu einiger Aufregung vor Ort und in der saarländischen Politik geführt hatte, kündigte die NPD an, sie hätte sich mit der Besitzerin des Hotels auf einen unbeschränkten Mietvertrag geeinigt. Bis heute ist aus dem geplanten „Schulungszentrum" jedoch noch nichts geworden: Nachdem ein Feuer das *Niedhotel* in der Nacht vom 18. auf den 19. Oktober 2007 teilweise zerstört hat, scheinen diese Pläne erst einmal auf Eis gelegt zu sein. Jedenfalls hat die NPD das Gebäude seither nicht mehr für Veranstaltungen genutzt.

Indes scheint die Partei bereits ein neues Objekt für ihre Zwecke gefunden zu haben. Ihren Neujahrsempfang am 13. Januar 2008 feierte die NPD in einem ehemaligen Ladengeschäft in der Hochstraße in Saarbrücken-Burbach. Nach Aussage des NPD-Landesvorsitzenden Frank Franz will die NPD in dem Ladenlokal ihre Landesgeschäftsstelle einrichten.

Aktuell bereitet sich die NPD im Saarland auf die Bürgermeisterwahl in der saarländischen Gemeinde Ottweiler Ende Februar vor, zu der Franz kandidiert. Im Hinblick auf die anstehenden Landtagswahlen 2009 ist für das laufende Jahr mit verstärkten Wahlkampf-Aktivitäten zu rechnen, auch wenn die Chancen für die NPD nicht zuletzt wegen der Stärke der Partei *Die Linke* wohl nicht so gut stehen dürften wie bei der letzten Wahl. Außerdem wird die Bundes-NPD ihren im letzten Jahr verhinderten Bundesparteitag, für den auch das Saarland als möglicher Austragungsort im Gespräch war, 2008 nachholen müssen: Gut möglich, dass das Saarland erneut, aufgrund der bisher guten Erfahrungen der NPD mit der Anmietung kommunaler Hallen, eine der Optionen darstellt.

Die „Freien Kameradschaften"

Mit den so genannten *Freien Kameradschaften* arbeitet die NPD auch im Saarland eng zusammen, was seit der im September 2004 proklamierten „Volksfront von Rechts" auch offizielles Programm der Partei ist. Mitglieder der *Kameradschaft Saarlautern* (Saarlouis) und der Kameradschaft *Nationaler Widerstand Köllertal* – beide Kameradschaften lösten sich, wohl um einem drohenden Verbot zu entgehen, Anfang 2005 offiziell auf – übernahmen bei NPD-Veranstaltungen Ordner- und Schutzdienste, so etwa bei dem NPD-Konzert am 3. September 2005 in Saarbrücken-Brebach.

Darüber hinaus führten NPD und die *Freien* am 1. Juli 2006 eine gemeinsame Demonstration in Saarlouis und Merzig durch. Hinter einem gemeinsamen Fronttransparent marschierten etwa 50 Nazis, begleitet und gegen Gegendemonstranten abgesichert durch rund 700 Polizisten, gegen den Kongo-Einsatz der Bundeswehr auf. Im September 2007 wanderten NPD-Mitglieder und *Freie* gemeinsam in der Nähe von Losheim (Nord-Saarland) und legten am Volkstrauertag im Fackelschein einen Kranz in Saarlouis nieder.

Ein Brennpunkt neonazistischer Aktivitäten ist seit den 1980er Jahren die saarländische Stadt Saarlouis. Sie erlangte 1991 traurige Berühmtheit, als **Samuel Yeboah** als eines der ersten Opfer der rassistischen Pogromwelle bei einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingswohnheim in Saarlouis ermordet wurde. Hervorgegangen aus der rechten Skinheadszene sowie FAP- und JN-Mitgliedern bildete sich 1997 mit der *Kameradschaft Horst Wessel Saarlautern* eine der aktivsten Neonazigruppierungen im Südwesten Deutschlands. Die Saarlouiser Nazis um Führungskader **Peter Strumpler** nahmen an zahlreichen regionalen und überregionalen Naziaufmärschen teil, veranstalteten selbst mehrere Demonstrationen und Kundgebungen und sorgten vor allem Ende der 90er Jahre für regelmäßigen Straßenterror in Saarlouis. Gemeinsam mit der Kameradschaft *Nationaler Widerstand Köllertal* versuchte die *Kameradschaft Saarlautern* mit der Gründung des *Aktionsbüro Saar* Ende 2003 weitere Nazicliquen unter einem gemeinsamen Dachverband zu organisieren. Eine Ausweitung ihrer Strukturen konnten die *Freien* damit jedoch nur bedingt erreichen. Nachdem sich die beiden aktiven saarländischen Kameradschaften Anfang 2005 offiziell für aufgelöst erklärten, firmierte die organisierte saarländische Nazi-

szene weiter als *Aktionsbüro Saar*. Die bestehenden Strukturen wurden von der proklamierten „Auflösung" nicht angetastet.

Jedoch nahmen die öffentlichkeitswirksamen Aktionen und Demonstrationsteilnahmen der vormals sehr reisefreudigen saarländischen Nazis seit Ende 2005 erheblich hab. Weiterhin sehr aktiv blieb ein überschaubarer Kreis der saarländischen Nazis, darunter der in Wadgassen wohnhafte Student **Dominik Kleer**, der auch für die Internetpräsenz des *Aktionsbüro Saar* verantwortlich ist und mittlerweile als führender Kopf der Saarlouiser Naziszene gilt. Kleer, der seit letztem Jahr an der Fachhochschule Trier / Umwelt-Campus Birkenfeld studiert, trat auf Nazidemonstrationen in ganz Südwestdeutschland als Redner, mehrmals auch als Anmelder auf und stellte seinen privaten PKW als Lautsprecherwagen zur Verfügung.

Während es in den vergangenen zwei Jahren recht ruhig um die saarländischen Kameradschaftsszene geworden ist, stellt die *Antifa Saar / Projekt AK*, die die rechte Szene seit vielen Jahren beobachtet, seit einiger Zeit Bemühungen um eine Neuformierung ihrer Kameradschafts-Strukturen fest.

Darin könnten nach Einschätzung von Beobachtern vor Ort auch zumindest Teile der zahlreich vorhandenen Nazicliquen einbezogen werden. Größere Nazicliquen gibt es vor allem in Saarlouis und im Köllertal, darüber hinaus in Saarbrücken – hier vor allem in der Fan-Szene des 1. FC Saarbrücken – sowie in Friedrichsthal-Bildstock. Der saarländischen Naziszene stehen seit längerem Räumlichkeiten in der nordsaarländischen Gemeinde Nonnweiler-Primstal zur Verfügung, die sie für Treffen, Feiern und auch Konzerte nutzt. Das Einzugsgebiet reicht dabei bis nach Rheinland-Pfalz, vor allem in die Regionen Trier und Hunsrück.

Tattoo-Studios und Szeneläden

Auch wenn die organisierte Neonaziszene außerhalb der NPD ihre Aktivitäten zurzeit merklich zurückgefahren hat, ist das Personenpotenzial der saarländischen Nazis ähnlich hoch wie in den vergangenen Jahren. Auffallend ist jedoch die zunehmende Etablierung von Tattoo-Studios und Szeneläden. So existieren im Saarland mittlerweile mehrere von Neonazis geführte Tattoo-Studios, etwa in Saarbrücken, Neunkirchen, Dillingen und Spiesen-Elversberg. In der Stadt St. Ingbert existierte bis Mitte des vergangenen Jahres der Streetwear-Laden *Strangeland*, der unter anderem *Thor Steinar*-Produkte im Angebot hatte. Der Betreiber des Ladens, **Nico Wagner**, der dem Umfeld des *Nationalen Widerstands Zweibrücken* zuzurechnen ist, musste sein Geschäft jedoch aus wirtschaftlichen Gründen wieder schließen. Dafür eröffnete Anfang Juni in Neunkirchen, wo bereits bis 1999 ein Naziladen namens *Studio 88* existierte, der Szeneladen *First Class Streetwear*. Der der Kaiserslauterer Hooligan-Szene nahe stehende Besitzer **Torsten Staudacher** vertreibt neben *Thor Steinar*-Klamotten auch Waffen und RechtsRock-CDs. Obwohl Staudacher bemüht ist, sein Geschäft als unpolitisch darzustellen, mischen in den Auseinandersetzungen um den Laden, bei denen mehrfach auch Schaufensterscheiben zu Bruch gingen, bekannte Nazis aus der gesamten Region mit. So versammelten sich während zweier gegen das Geschäft gerichteten Demonstrationen der Antifa-Kampagne „Kein Raum für Nazis – Den rechten Lifestyle aus der Deckung holen" im Juni und im November 2007 mehrere Dutzend bekannte Nazis im Laden selbst und in der Umgebung. In Neunkirchen tauchten seit der Eröffnung des Ladens eine Vielzahl von Nazi-Aufklebern sowie mehrere gegen das örtliche Jugendzentrum gerichtete Flugblätter auf, deren Urheber im Umfeld des *First Class Streetwear* zu vermuten sind.

Zwei Neonazibands mit überregionaler Bedeutung hat das Saarland auch zu bieten: während die Band *Aggressor*, deren Sänger zwischenzeitlich im Gefängnis saß, nach Veröffentlichung einer CD vorerst nicht mehr von sich reden machte – das Landesamt für Verfassungsschutz betrachtet die Band als aufgelöst –, ist mit *Jungsturm* eine der umtriebigsten südwestdeutschen Nazibands weiter aktiv. Die Band um Sänger **Frank Molina**, deren Mitglieder aus Saarbrücken und dem Saar-Pfalz-Kreis kommen, existiert seit 1997 und spielte mehrfach im benachbarten Ausland auf *Blood&Honour-* und *Hammerskin-*Konzerten. *Jungsturm* waren mit einem Titel an dem Internetprojekt *schulhof.net* beteiligt, das im April 2006 von der *Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien* (BPjM) indiziert wurde. Wenig Glück hatte die Band auch bei ihrem letzten Konzert, das am 30. Dezember 2007 im hessischen Viernheim (Kreis Bergstraße) stattfand, jedoch vorzeitig von der Polizei beendet wurde.

Resümee

Die organisierte Naziszene kann im Saarland auf gefestigte Mitgliederzahlen und eine gute Infrastruktur zurückgreifen. Neben den Möglichkeiten, als gewählte Volksvertreter in kommunalen Parlamenten an städtische Räume zu kommen, stehen NPD und *Freien Kameradschaften* zunehmend private Immobilien für ihre Veranstaltungen zur Verfügung. Im Hinblick auf die Landtagswahlen 2009 wird die NPD versuchen, ihre neue Geschäftsstelle in Saarbrücken-Burbach zu einem Anlaufpunkt für ihre Klientel auszubauen und ihre Aktionen zu intensivieren. Ähnliches lässt sich auch für die neu formierten Kameradschaftsstrukturen vermuten, ebenso dürften die Versuche fortgesetzt werden, die bestehenden Strukturen auszubauen. Daneben zeigen die Auseinandersetzungen um das *First Class Streetwear* in Neunkirchen aber auch, dass eine Etablierung neonazistischer Ideen im öffentlichen Raum nicht überall unwidersprochen bleibt.

Von Joß Fritz

Aufbau eines »Reiches Europa«

Die Zeitschrift Hagal und der Regin-Verlag

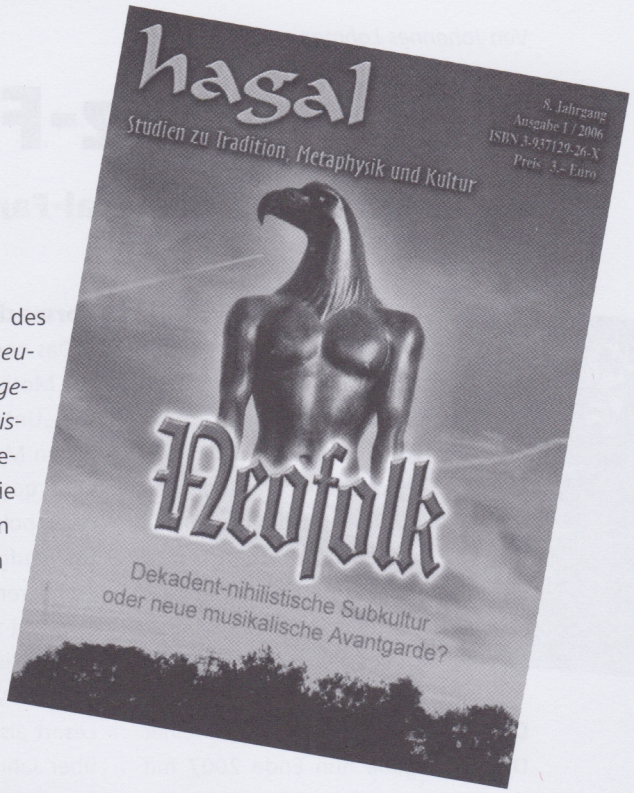
Mit "kulturellen, traditionellen, mythologisch-esoterischen sowie metapolitischen Bereichen", möchte sich die Zeitschrift *Hagal* befassen. Einst vom Dresdener Verlag *Zeitenwende* herausgegeben, stellte die Zeitschrift den Versuch einer Intellektualisierung der extremen Rechten dar. Die "Wahrung des deutschen Charakters Mitteleuropas, einschließlich seiner ethnischen Homogenität, sei die Voraussetzung, die große Aufgabe der Zukunft, die Schaffung des Heiligen Reichs in neuer Gestalt, zu bewältigen". Seit der Gründung 1998 verfügt *Hagal* über eine „Regionalredaktion Rheinland", zu der auch der heutige Schriftleiter der Zeitschrift zählt/e: **Markus Fernbach** aus Wachtendonk (Kreis Kleve), der gleichzeitig als Inhaber des *Regin-Verlages* fungiert, in dem die *Hagal* heute erscheint. Als Anschrift gibt der Verlag ein Postfach im acht Kilometer von Wachtendonk entfernten Straelen an.

Der Name der Zeitschrift, die viele Jahre im Untertitel „Die Allumfassende" hieß, steht für die gleichnamige Hagal-Rune. Eine Zeitschrift dieses Namens hatte bereits der „Urgeschichts- und Gotenforscher" **Karl Maria Wiligut** herausgegeben, der während des NS-Regimes bis zum SS-Brigadeführer aufstieg und Berater **Heinrich Himmlers** in mythologischen Fragen war. Dieser Tradition ist sich die *Hagal*-Redaktion natürlich bewusst und veröffentlichte folgerichtig auch einen Artikel über Wiligut. Politisches Konzept der Zeitschrift ist das „Reich Europa". Dieser Reichsgedanke richtet sich gegen das Gesellschaftsbild der Aufklärung und die Grundwerte der französischen Revolution von 1789. Die Verurteilung einer vermeintlichen „kulturellen Dekadenz" in der Gesellschaft findet sich in zahlreichen Ausgaben der *Hagal* wieder und richtet sich vor allem gegen den „American way of life", also gegen die USA. Die Wurzeln dieser „Dekadenz" verorten *Hagal*-Autoren in antisemitischer Manier unter anderem im „Judäo-Christentum".

Im Jahr 2001 wurde *Hagal* zur Zeitschrift der deutschen Sektion der *Synergies Europeenes*, der *Synergon*. Die rechte „Denkgemeinschaft" hatte es sich zum Ziel gesetzt, „eine wahrhaftig ‚fließende' Weltanschauung für Europa zu entwickeln", und führte Seminare über **Julius Evola**, einst Berater des italienischen Faschistenführers **Benito Mussolini**, und über andere extrem rechte Ideologen durch. Für die „Sommerakademie" 2001 wurde Fernbach mit einem Referat über „Kendo & Shinto – Kriegertum und Spiritualität der japanischen Samurai" angekündigt. *Synergon* führte auch die Herausgabe der Schriftenreihe *Junges Forum* weiter, die heute mit dem Untertitel "Tradition & Revolution" im – Eigenangaben zufolge 2002 gegründeten – *Regin-Verlag* erscheint. Diese Reihe gibt es bereits seit 1964, sie spielte eine wichtige Rolle bei der Herausbildung der Ideologie der "Neuen Rechten".

Der Regin-Verlag

Seit 2005 ist Fernbach nun Schriftleiter der *Hagal*, die mit dem Untertitel „Studien zu Tradition, Metaphysik und Kultur" im *Regin-Verlag* erscheint. *Regin* steht dabei für „über den Göttern stehende Schicksalsmächte des germanischen Mythos". In der von *Regin* fortgeführten Reihe *Junges Forum* erschienen u.a. Hefte über Evola, den rumänischen Faschistenführer **Corneliu Codreanu**, den als Leitfigur des italienischen Faschismus geltenden **Gabriele D' Annunzio** sowie den als „eurasischen Helden" bezeichneten **Baron Ungern von Sternberg**. Auch eine Schrift des „neurechten" Ideologen **Alexander Dugin** aus Russland wurde in der Reihe veröffentlicht. Der einst der extrem rechten *Pamjat*-Bewegung angehörende Dugin strebt ein "Eurasien" als Gegenmodell zur Westbindung an die USA an. In der zweiten *Hagal*-Ausgabe des Jahres 2005 mit dem Schwerpunkt „Der Hindoismus – eine indoarische Tradition" wird **Savitri Devi** hoch gelobt. Devi, die sich selbst als „Arierin" bezeichnete, gilt als Guru des esoterischen Hitlerismus. Natürlich fehlt auch **Jakob Wilhelm Hauer** von der *Deutschen Glaubensbewegung* nicht. So bietet der Verlag Hauers Buch „Werden und Wirken der Anthroposophie" an und kündigte 2005 eine Neuauflage von Hauers Buch "Eine indoarische Metaphysik des Kampfes und der Tat" an. Ein Bild des nationalistischen Schriftstellers **Ernst Jünger** aus dem Jahr 1935 offeriert der Verlag sogar als Kunstdruck. 2006 erschien im, dem *Regin-Verlag* zuzurechnenden, *Milan-Verlag* von **Ralf Wittrich** ein Nachdruck des 1933 vom NS-Staatssekretär **Fritz Reinhardt** verfassten "Sofortprogramms" zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, das u.a. in der neofaschistischen Zeitschrift *Nation & Europa* vorgestellt wurde. Von dem "jungen Historiker" **Daniel Heintz** erschien 2007 das Buch "Größte Zumutung" über "die angeblichen und tatsächlichen Verbrechen der Wehrmacht in Polen". Das mit einem



Vorwort des rechten Publizisten **Franz Uhle-Wettler** versehene Buch wird vom NPD-Organ *Deutsche Stimme* (10/2007) als "Argumentationshilfe für kritische Zeitgenossen" gefeiert. Mit **Heiner Hofsommer**s 2007 in der *Edition Vademekum* verlegten Buch "Meilensteine der deutschen Geschichte. Ein Leitfaden für die im Geschichtsunterricht Zukurzgekommenen" scheint es dem *Regin-Verlag* auch erstmals gelungen zu sein, etwas aus der Schmuddelecke herauszutreten. Das Buch des ehemaligen Schuldirektors, einst Funktionär des *Bund Freier Bürger*, wurde auch in der Zeitschrift *Der Selbständige* des *Bund der Selbständigen* (vgl.. LOTTA #15, S. 16) mit einer großen Anzeige beworben.

Die Neofolk-Szene im Blick

In der ersten Ausgabe der *Hagal* des Jahres 2006 richtete Fernbach seinen Blick auf die Neofolk-Musikszene. Interviewt wurde dort u.a. **Michael Moynihan** von der Formation *Blood Axis*, einer der Protagonisten des rechten Randes der Dark-Wave-Szene. Auch **Josef Maria Klumb** von der extrem rechten Wave-Gothic-Band *Von Thronstahl* kommt in dem Heft zu Wort. Schon 2005 hatte der *Regin-Verlag* einen Verkaufsstand auf dem *Flammenzauber- Festival* auf der Wasserburg Heldrungen in Thüringen durchgeführt, bei dem auch rechte Dark-Wave-Bands auftraten. Auch im kulturellen Rahmenprogramm der Veranstaltungen der *Synergies Europeenes/Synergon* waren rechte Dark-Wave-Gruppen anzutreffen. Tonträger rechter Bands wurden ebenfalls vom *Regin-Verlag* angeboten, der über **Claudia Fernbach** ein Bankkonto bei der *Volksbank Kempen-Grefrath* unterhält. Claudia Fernbach wurde noch 2003 von der Zeitschrift *Glauben und Wahrheit* des neofaschistischen *Bund Deutscher Unitarier – Religionsgemeinschaft Europäischen Geistes* (BDUR) als Mitglied bezeichnet. 2001 druckte die Zeitschrift einen Text von Markus Fernbach ab, den dieser für eine "Feuerrede" anlässlich einer "Sonnenwendfeier" verfasst hatte.

"nationalrevolutionär heute"

Im April 2006 trat Markus Fernbach auf einer Tagung der neofaschistischen *Deutschen Akademie* in Köln auf. Die *Deutsche Akademie* um den ehemaligen NPD-Aktivisten **Jürgen Schwab** arbeitet an einer Intellektualisierung der extremen Rechten. Sie bekennt sich zum Nationalismus und richtet sich gegen „US-Imperialismus, Überfremdung, Kulturverfall" und sieht dabei seine Bündnispartner auch bei Völkern aus dem „islamischen Kulturkreis". Auf der Tagung unter dem Motto "nationalrevolutionär heute", bei der auch der Kölner NPD-Funktionär **Benedikt Frings** referierte, hielt Fernbach ein Gastreferat über den "Hauptfeind USA". Er plädierte darin für „Eurasien als Nation" bzw. als „Reich". Fernbach ging es dabei um den „Zusammenhalt der Völker dieses Großkontinents im Kampf gegen den US-Imperialismus", heißt es auf der Homepage der Kölner NPD. Um "Konzepte wider die Hegemonialpolitik der USA" ging es auch auf einer Veranstaltung der Erlangener *Burschenschaft Frankonia*, zu der Fernbach im Januar 2007 als Referent eingeladen war. Bei der ebenfalls weit rechts angesiedelten *Burschenschaft Germania Marburg* sollte Fernbach im gleichen Jahr über den „letzten Kriegsgott", den Baron Ungern von Sternberg referieren.

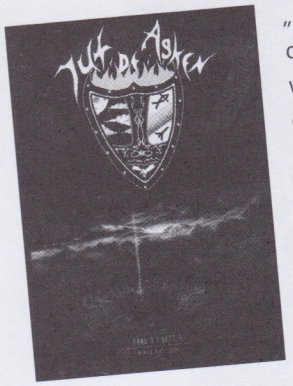
Familiärer Kreis?

Vom 26. bis zum 28. Oktober 2008 fand nahe Eisenach dann das erste „Lesekreistreffen" des *Regin-Verlages* statt. Auch hier blieb man im schon erwähnten Themen- und Referentenkreis. So sprach z.B. Frings über „Das kommende Vierte Deutsche Reich – ein christliches Wahlkaisertum", **Dominik Schwarzenbergers** über die „Ursprünge und Entwicklungen der eurasischen Idee". Im Abendprogramm interpretierte die Dark-Wave-Band *Sagittarius* Gedichte von Jünger und **Stefan George**. Eventuell finden über derartige „Lesekreistreffen" die Schriften und Referate des *Regin-Verlages* ja tatsächlich auch gelegentlich Aufmerksamkeit über den kleinen, relativ familiären extrem rechten Intellektuellen-Kreis hinaus. Der Weg zu einer größeren Anzahl Anhängern der extremen Rechten ist jedoch weit, für die allermeisten wohl viel zu weit.

Von Johannes Lohmann

Hochglanz-Faschismus

Iut de Asken - Black-Metal-Fanzine in neuem Gewand



„Es gibt nichts daran zu deuteln, dass das ´Blutvergießen-Fanzine´ bzw. dessen Nachfolger `Iut De Asken` von **Heiko Urbanzyk** zum wichtigsten Integrationsmedium für Black Metal und extrem rechte Ideologie geworden ist", urteilt das Musik-Magazin *Legacy* in einer Sonderausgabe zum Pagan Metal. Das *Iut de Asken*, das nach einer Doppelausgabe nun Ende 2007 mit der Nummer drei erschienen ist, stilisiert sich selbst zu einem Vorkämpfer wider die „Krankheit der political correctness", die in den letzten Jahren in der Metal-Szene um sich greife. Die „verkorksten Moralstandards irgendwelcher Pfaffen, gekaufter Politiker, korrumpierter Metalmagazine und roter Steineschmeißer" stünden dem „rebellischen, unkonventionellen Geist, der hinter der Musik steckt", entgegen, erklären die Heftemacher trotzig. Was als Meinungsfreiheit verkauft wird, entpuppt sich letzten Endes als nichts anderes als eine Plattform für neonazistische Versatzstücke sowie rassistische und antisemitische Stereotype. Das wird selbst in Interviews mit den wenigen nichtrechten Bands deutlich. „Eine Gruppe aus Israel wollte ich mir nicht antun und im schwarzmetallischen Untergrund stehe ich mit dieser Ansicht ganz und gar nicht alleine da", leitet Heiko Urbanzyk das Gespräch mit *Melechesh* ein und kritisiert den Sänger: „Diese Ungebundenheit und das weltmännische Gehabe, überall zu Hause sein zu können, passen mir überhaupt nicht."

Vormachtstellung der Atlantier

Das neogermanische Heidentum ist ein Motiv, das sich durch alle Texte des „Untergrundmagazins für Black / Pagan Metal und mehr" zieht. Dabei wird gegen den (angeblichen) Versuch polemisiert, eine „Art humanistisch-aufgeklärtes (Neu)heidentum zu etablieren", bei dem „Rassebewußtsein [...] schlimmstenfalls durch Ethnopluralismus ersetzt" werde. Heidentum wird gemäß extrem rechter Lesart als „eine in vorchristlicher Zeit über Jahrtausende gewachsene Naturreligion" verstanden. Im Vergleich zu *Blutvergießen*-Tagen versucht der inzwischen von Essen nach Werne an der Lippe verzogene Heiko Urbanzyk das *Iut de Asken* mit einem für Black-Metal-Verhältnisse intellektuell wirkendem Gestus zu durchdringen. Dennoch finden sich durchgängig kaum verklausulierte Bezüge auf den Nationalsozialismus. Man könne „über viele angebliche deutsche Kriegsverbrechen trefflich revisionistisch streiten", findet Urbanzyk während **Widar** von *Bilskirnir* erkärt: „Gesellschaftsfähige Konzepte, die auch für zukünftige Geschlechter Sinn machen würden, gäbe es sehr wohl, nur dass diese gewollt untergraben und verächtlich gemacht werden, weil sie einigen Herren nicht in den Kram - oder sollte ich vielleicht besser von Plan sprechen - passen." Als Layoutmaterial für das Interview dient ein Foto der Wewelsburg unterschrieben mit „Atlantean Supremacy". Auf die der theosophischen und der anthroposophischen Lehre von den Wurzelrassen entlehnten Atlantier hebt auch der notorische Neonazi **Varg Vikerness** ab, indem er den menschlichen Körper als eine Zusammensetzung aus einem physischen, ätherischen, geistigen und einem spirituellen Körper bezeichnet. Seine Erläuterungen zum Heidentum werden in einer Artikelserie abgedruckt, die, wie die Aufsatzreihe über **Oswald Spengler**, bereits im *Blutvergießen* begonnen hatte. Kontinuitäten zwischen beiden Magazinen sind auch über das Personal gegeben: So zählt neben Urbanzyk weiterhin **Envimos** (**Dave Michalak**) von der Waltroper Band *Obsidian* zur „Schriftleitung", während **Cornelius Waldner** von *Sagitarrius* die Verbindung in die Dark-Wave-Szene herstellt. Seine Begeisterung für die faschistische *Eiserne Garde*, deren Faszination er an dem „mittelalterlich anmutenden orthodoxen Mystizismus, Askese und soldatischem Geist" festmacht, bringt er sowohl in einem Interview als auch in einem eigenem Artikel zum Ausdruck.

Im Underground verwurzelt

Das *Iut De Asken* gibt sich einerseits einen exklusiven Anspruch. Die neue Ausgabe erscheint in zwei Hochglanz-Bänden auf insgesamt 140 Seiten, die zusammen mit einer CD und einem Plakat in einer edel wirkenden Papphülle ausgeliefert werden. Andererseits hält man, trotz etlicher Werbeanzeigen von Firmen, die hauptsächlich das rechte Spektrum bedienen, an dem Anspruch fest, nicht kommerziell zu sein. Das zeigen u.a. die Rezensionen, die von einer Vielzahl von Personen aus der Szene im Ruhrgebiet und darüber hinaus beigesteuert werden. Darunter auch **Hagen von Tronje** - ein Pseudonym, das bereits von **Hendrik Möbus** benutzt worden war. Mit einer Auflage von 2.000 Stück ist das Magazin fest im Black-Metal-Underground verwurzelt - was ein weiteres Mal zeigt, wie weit dieser nach rechts gerückt ist.

Foto: Marek Peters, www.marek-peters.com

Von Rainer Brahms

Rechts und trendy

Die Modemarke Thor Steinar

Seit mehreren Jahren ist Thor Steinar (TS) die Trendmarke in der extrem rechten Jugendszene. Aber die Verbreitung der Marke beschränkt sich inzwischen mitnichten auf den engeren Kreis der Szeneangehörigen.

Das modische Auftreten extrem rechter Jugendlicher hat sich verändert: Prägten einst Skinhead-Look, Markenbekleidung von Firmen wie *Lonsdale* und offen als extrem rechte Bekleidung auszumachende Marken wie *Consdaple* oder *Masterrace* das Bild, so orientiert sich ein wachsender Teil der SzeneprotagonistInnen heutzutage an so genannter Streetwear, die für viele auf den ersten Blick nicht von der Bekleidung zahlreicher nichtrechter Jugendlicher zu unterscheiden ist. *Thor Steinar* schickt sich an, zumindest zum Teil die Funktion zu übernehmen, die zu Beginn der 1990er Jahre *Lonsdale* für die rechte Szene hatte: die einer Bekleidungsmarke, deren Produkte einerseits in der rechten Jugendkultur als identitätsstiftendes Erkennungszeichen gelten und andererseits für Uneingeweihte nicht unbedingt als Szenebekleidung zu deuten ist, nicht zuletzt, weil sie auch von nichtrechten Jugendlichen getragen wird. Doch während *Lonsdale* nie Verbindungen zur extremen Rechten hatte, ist die Erfolgsgeschichte von *Thor Steinar* eng verbunden mit der deutschen Neonaziszene.

Entwicklung

Produziert und vertrieben wird *Thor Steinar* von der *Mediatex GmbH* beziehungsweise von der unter der gleichen Adresse firmierenden *Protex GmbH*. Registriert wurde die Marke 2002 im brandenburgischen Königs Wusterhausen vom zwischenzeitlich ausgeschiedenen **Axel Kopelke**, den man nach Aussagen regionaler Antifagruppen auch schon auf NPD-Veranstaltungen antreffen konnte. TS-Geschäftsführer **Uwe Meusel** erklärte zu seiner Haltung gegenüber der extremen Rechten: „Ich muss mich hier nirgendwo distanzieren." Selbst der Brandenburger Verfassungsschutz verkündete zeitweilig: „Es gibt Rechtsextremisten, die der Firma angehören."

Von Beginn an bemühte *Thor Steinar* vor allem nordisch-germanische Mystik: Schriftzüge wie "Ragnarök" oder "Ultima Thule", kombiniert mit dem aus zwei Runen gebildeten ersten Logo prägten die frühen Produkte. Die Kombination mehr oder weniger direkter Szenebezüge mit qualitativer Markenbekleidung kam an - innerhalb kurzer Zeit entwickelte sich *Thor Steinar* zur bedeutendsten Modemarke in der extremen Rechten. Nur kurzfristig gebremst werden konnte der Erfolg 2004, als die Polizei die Firmenräume von *Mediatex* in Zeesen durchsuchte und Thor Steinar-Produkte beschlagnahmte, da nach Auffassung des zuständigen Amtsgerichts das TS-Logo eine Werbung für verfassungsfeindliche Organisationen aus der NS-Zeit darstelle. Dieses Logo setzt sich aus einer waagerechten „Gibor-Rune", der so genannten Wolfsangel, und einer „Tyr-Rune" (Pfeil- oder Kampfrune) zusammen, beides Symbole, die im NS unter anderem von SS-Divisionsverbänden getragen wurden. Obwohl sowohl die Einschätzung der Justiz als auch die konkrete Strafverfolgung heute in den einzelnen Bundesländern recht unterschiedlich ist, hat *Thor Steinar* auf Grund des juristischen Drucks inzwischen ein neues Logo etabliert, um sich und Träger von *Thor Steinar*-Produkten von Strafverfolgung zu schützen. Das neue Logo besteht aus einer um zwei Punkte erweiterten „Gebo-Rune" (X).

Codes

Während Marken wie *Masterrace* offen als reine Szenemarken zu erkennen sind, ist *Thor Steinar* gekennzeichnet durch ein bewusst mehrdeutiges Auftreten, ein subtiles Spielen mit gängigen Szenecodes. Da wird ein Abbild des germanischen Kriegsgottes Tyr mit dem Schriftzug „Fight for your

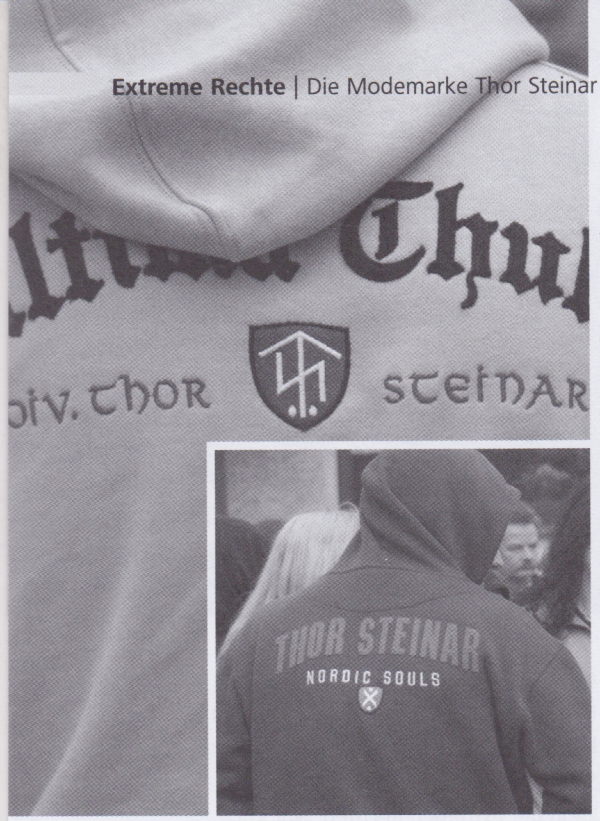


Foto: Marek Peters, www.marek-peters.com

right" oder ein „germanischer" Adler, der einen Fisch – als Symbol für das Christentum - in den Klauen hält, mit dem Spruch „No Inquisition!" kombiniert. Greift schon der Markenname *Thor Steinar* den Namen des germanisch-nordischen Gottes des Donners, Thor, auf, so bemühen diverse TS-Produkte durch Kombination von Runensymbolik mit Schriftzügen wie „Nordmark", „Asgard" oder „Ragnarök", die den Endkampf der Götter und Riesen in der von Nazis und Esoterikern gleichermaßen verehrten Schrift „Edda" bezeichnet, mittels nordischer Mystik ganz bewusst Assoziationen zum NS. Andere Aufdrucke wie „Ski Heil!" - was klar als Anspielung auf den Nazigruß „Sieg Heil" gelesen werden kann – oder ein T-Shirt mit der Aufschrift „Flugschule" und einem Bild des NS-Kampfflugzeugs Messerschmidt Me 262 sprechen eine deutlichere Sprache. Es dominieren aber gerade in letzter Zeit eher dezentere Anspielungen, so können „Ostafrika Expedition – Heia Safari" oder „Thor Steinar Expedition – Südwestafrika" – als Anspielung auf ehemals deutsche Kolonien verstanden werden. Auf bunten T-Shirts oder Girlies zur Schau getragen, werden hier aber wohl die wenigsten BetrachterInnen misstrauisch werden.

Der Erfolg der Marke gründet vor allem auf zwei Faktoren: Zum einen liefert *Thor Steinar* einer extrem rechten Jugendkultur, die sich längst nicht mehr nur am Skinhead-Outfit, sondern an den gängigen Styles alternativer Szenen orientiert, die zeitgemäße Streetwear. Zum anderen sind die gewählten Motive nicht direkt als Szenebekenntnisse zu deuten oder haben gar keinen solchen Bezug. So gilt *Thor Steinar* zwar extrem rechten Jugendlichen als Szenebekleidung, sie kann jedoch getragen werden, ohne von einer breiteren Öffentlichkeit als rechts wahrgenommen zu werden.

Bedeutung

Thor Steinar lediglich als eine weitere 'Nazimarke' zu brandmarken, wird dem Phänomen nicht gerecht. Die von ihr ausgehende Gefahr ist ungleich größer als im Falle klassischer Szenemarken. *Thor Steinar* zielt nicht allein auf einen begrenzten Kreis von Szeneangehörigen, sondern auf ein größeres Publikum - und das offenbar mit Erfolg. Tatsächlich erfreut sich die Marke insbesondere in der Ultra- und Hooliganszene großer Beliebtheit. Auch in der Rocker-Szene kommt der Mix aus modischer Streetwear mit mehr oder weniger dezenten Verweisen aufs rechte Lager offenbar gut an.

Thor Steinar bedient gesellschaftliche Modetrends, die unabhängig von der extrem rechten Jugendkultur sind und ist daher auch für Jugendliche ansprechend, die sich der Szene nicht zurechnen. Auf diese Weise trägt *Thor Steinar* in bedeutendem Maß dazu bei, dass extrem rechte Symbolik gesellschaftsfähig wird. Mittlerweile ist ein großer Teil des Angebots– von unverfänglichen T-Shirt-Motiven über weiße Hemden mit dezentem TS-Label auf der Brusttasche bis hin zu Jeans, trendigen Strickpullovern und schlichten Ledergürteln reicht die Produktpalette - weniger als früher durch klare Codes gekennzeichnet, von Ausnahmen wie dem T-Shirt „Merseburg" mit „kleinem Triskele-Stick auf der Brust" abgesehen. Offenbar hat man dies gar nicht mehr nötig: Von der Szene wird die Marke ohnehin als das angesehen, was sie letzten Endes auch ist – eine Marke *aus* der Szene. Daher kann es kaum verwundern, dass es *Thor Steinar* gelingt, sich auch unpolitische Käuferschichten zu erschließen. So konnten die Produkte beispielsweise in den Sportkleidungsgeschäften der Kette *Doorbreaker*, die in großen Berliner Einkaufszentren vertreten ist, erworben werden. Doch *Thor Steinar* hat auch mit Schwierigkeiten zu kämpfen: Das Geschäft in Berlin wurde vom Vermieter nach Protesten gekündigt, das Landgericht Magdeburg ordnete zwischenzeitlich die Räumung der Magdeburger Filiale an. Auch gegen die weiteren Läden in Leipzig und Dresden laufen Proteste. Zusätzliche Probleme stehen der Firma, die als aufgedrucktes Motiv auch die norwegische Flagge verwendet, nach einer kürzlich erfolgten Strafanzeige des Landes Norwegen wegen „widerrechtlicher Verwendung staatlicher Hoheitszeichen" ins Haus.

Nordrhein-Westfalen

Auch in der nordrhein-westfälischen Neonaziszene erfreut sich *Thor Steinar* großer Beliebtheit. Neben dem breiten Angebot im Internet können die Produkte in NRW unter anderem im Dortmunder Szeneladen *Donnerschlag* erworben werden. Zuletzt versuchte **Thorsten Kellerhof** zunächst in Bochum, dann in Dortmund, in seinem *Goaliat*-Geschäft *Thor Steinar* zu vertreiben. Antifaschistische Kampagnen konnten jedoch bewirken, dass beide Läden geschlossen wurden. Nichtsdestotrotz ist die Marke gerade in der boomenden Ultraszene und unter Hooligans in NRW weit verbreitet. AntifaschistInnen versuchten deshalb, die Fußballvereine für das Thema zu sensibilisieren, nicht ohne Erfolg. So ist das Tragen der Marke seit Mitte 2007 im Stadion von *Borussia Dortmund* untersagt. Auch in anderen Stadien regt sich Widerstand, wie das folgende Interview aufzeigt.

Das Interview führte Johannes Lohmann

Selbstbestimmter Grundkonsens gegen Rassismus

Interview mit aktiven Fußball-Fans aus Köln

Gibt es in der Kölner Szene viele rechte Fans?

Nils: Im Stadion sieht man mitunter ein T-Shirt von *Landser*, *CONSDAPLE* oder *Thor Steinar*. Dabei handelt es sich jedoch eher um Einzelfälle, organisierte Strukturen sind nicht erkennbar.

Jakob: In Köln gibt es eine Tendenz, sich „weltoffen" zu zeigen. Dennoch kommt es vor, dass mit Begriffen wie „Neger" oder „Jude" die Minderwertigkeit der Spieler auf dem Platz ausgedrückt werden soll.

Wie reagiert Ihr darauf?

Jakob: Wir versuchen zu diskutieren. Man hat den Eindruck, dass den Leuten oft gar nicht bewusst ist, was diese Beschimpfungen bedeuten. Aber wenn Fans mit klar rechten Klamotten in der Kurve stehen, wird ihnen die Wahl gelassen, diese entweder auszuziehen oder sie werden hinaus gebeten.

Betrifft das auch Thor Steinar?

Nils: Vor ein bis zwei Jahren begann diese Marke, in die Fußballszene einzudringen. Dann wurde aber relativ breit über den rechten Hintergrund von *Thor Steinar* informiert, und zumindest hier ging das wieder zurück.

Jakob: Im Bereich der Südkurve und in kostspieligen Stadion-Bereichen sieht man *Thor Steinar* so gut wie nie. Häufiger im Norden des Stadions, wo eher die Kategorie-C-Leute sind. Kleidungsstücke, die ins Militärische gehen, wie die Camouflage-Jacken von *Thor Steinar*, kommen bei diesen Fans an.

Ist ihnen der rechte Kontext bewusst?

Nils: Der erlebnisorientierte Bereich in Köln war nie offensichtlich rechtsradikal. Wegen der vielen Migranten wurden sie immer als „Zigeuner" tituliert. Aber selbst dort kann man die Marken sehen. Die meisten wissen nicht, was sie da tragen. Aber man muss verdeutlichen, dass sie damit trotzdem eine Botschaft transportieren.

Was wären denn geeignete Schritte?

Jakob: Das wichtigste ist Information und Aufklärung. Ein Verbot hingegen sehen wir sehr kritisch. Das fängt bei *Thor Steinar* an und geht dann bis zu allen Zeichen, die nicht vereins- oder verbandstreu sind. Es gibt mehrere Vereine, die rechte und linke Symbolik in einem Satz verboten haben.

Nils: Darüber hinaus halte ich an der Idealvorstellung der „Autonomie der Kurve" fest, d.h. es gibt keine Polizisten und keine Ordner. Das ist natürlich utopisch und nur in ganz kleinen Ansätzen zu verwirklichen. Aber man hat als Fußballfan viel mit Repression zu tun, es gibt Stadionverbote und ellenlange Richtlinien, gegen die man Tag für Tag ankämpft. Wenn man Selbstbestimmung und -regulierung anstrebt, stehen Verbotsforderungen in deutlichem Widerspruch dazu. Die Kurve sollte selbst einen Grundkonsens finden, bei dem Rassismus klar ausgeschlossen ist und entsprechend handeln. Das gilt dann auch für *Thor Steinar*.

Aber was macht man in Situationen, in denen diese ‚Selbstreinigungskräfte' der Kurve nicht funktionieren?

Jakob: Die Idee von Freiheit in der Kurve ist mit Rassismus nicht zu vereinbaren. Aber wenn die treibenden Kräfte Rechtsradikale sind, dann bleibt dir nichts anderes übrig, als zu repressiven Mitteln zu greifen. Die Leute dazu zu bringen, dass sie rechte Klamotten von sich aus nicht mehr tragen, ist der schwierigere Weg. Aber ich wäre der letzte, der darauf hofft, dass mir der Verein hilft. Wir sind in Köln zum Glück in der Lage, das selbst zu regeln.

Ihr habt euch auch im Rahmen der FARE (Football against Racism in Europe)-Aktionswochen im Oktober letzten Jahres engagiert...

Nils: Ja, beim Heimspiel gegen Paderborn wurde morgens auf den Vorwiesen des Stadions ein antirassistisches Fußballturnier ausgetragen. Wir haben sowohl Flyer der Kampagne gegen *Thor Steinar* verteilt, als auch unsere eigenen. Im Stadion haben wir eine Ausstellung gezeigt, die über Rechtsradikalismus im Fußball informiert, aber auch explizit Bezug auf Köln nimmt. Und wir haben einen Vortrag zum Thema rechter Lifestyle organisiert.
Parallel dazu gab es diese Aktion von DFB und DFL „Zeig Rassismus die rote Karte". Das ist zwar medienwirksam, aber einige Vereine beteiligen sich daran auch nur, weil sie es vom Verband aus müssen. Uns kam es auf Überzeugung, Eigeninitiative und Vermittlung von Inhalten an.

Wir bedanken uns für das Interview.

NPD-Demo am 8. Dezember 2007 in Essen

Aufmarsch-Splitter

8. Dezember 2007, Essen

Dem Ruf der NPD Essen und der JN „Nein zur Moschee in Essen-Altendorf" folgten etwa 250 Neonazis aus dem Spektrum der Partei selbst, aber auch der *Freien Nationalisten*. Als Redner für NPD und JN traten der Versammlungsleiter **Timo Pradel** (NPD Märkischer Kreis), **Bernd Kremer** (Kreisvorsitzender NPD Essen), **Claus Cremer** (Landesgeschäftsführer der NPD), **Stephan Haase** (NPD-Landesvorsitzender), **Christoph Schmidt** (JN Witten) und **Marcel Haliti** (JN Essen) auf. Die *Freien* wurden von **Sascha Krolzig** (Hamm), **Patrick Friese** und **Julian Engels** (beide *Aktionsgruppe Essen*) vertreten. Engels betonte in seiner Rede die – anders als in anderen Teilen NRWs – gute Zusammenarbeit der *Freien* mit der NPD. Die zunächst als Rednerin angekündigte **Daniela Wegener** versorgte als Teil des *veranstaltungsministerium.de* die Kameraden immerhin mit einer Stärkung aus der Gulaschkanone, die fester Bestandteil des Demonstrationszuges war. Zwischenzeitlich sorgten einige Eierwürfe für beschmutzte Neonazis und lauten Protest. Nach Polizeiangaben wurden einige Demonstrationsteilnehmer ausgeschlossen, weil sie „sich nicht an die Auflagen hielten oder weil sie zu betrunken waren". Wegen „unfriedlich(er)" Teilnahme – Vermummung und Mitführen von Waffen – wurden vier Personen vorläufig festgenommen. Nicht unterstützt wurde die Demonstration von der Partei *Die Republikaner*. Obwohl sie sich gegen den Neubau der Moschee in Essen-Altendorf ausspricht und „Essen muss eine deutsche Stadt bleiben!" fordert, lehnte sie die Anfrage Pradels nach einem Gastauftritt ab. Die „Art und Weise des öffentlichen Auftretens" der NPD sowie „ihr Erscheinungsbild" sei nicht im Sinne der Partei. Auch Vertreter der um eine reine Weste bemühten Partei *pro NRW* blieben der Veranstaltung trotz inhaltlicher Übereinstimmung fern.

29. Dezember 2007, Pulheim (spontan)

Rund 90 Neonazis der *AG Rheinland* setzten „im rheinländischen Puhlheim ein Zeichen gegen polizeiliche Represssion und den Überwachungsstaat" (Fehler im Original). Anlass für die spontane Demonstration war nach Angaben der *Nationalen Sozialisten Rheinland / Westfalen* eine Reihe von Hausdurchsuchungen der Polizei Anfang Dezember.

31. Dezember 2007, „Schaumburg oder Ostwestfalen" (abgesagt)

Eine für Silvester vom gemeinsamen Internetportal der *Nationalen Sozialisten in Ostwestfalen-Lippe und Schaumburg* angekündigte Demonstration gegen staatliche Repression ist kurzfristig wieder abgesagt worden. „... die Repression hielt sich in Grenzen" war dazu auf der Internetseite der *Freien Kameradschaft Gütersloh* zu lesen.

31. Dezember 2007, Kleve

Eine Kundgebung in Kleve führte der Kreisverband NPD Krefeld/Kleve an Silvester durch. Als Redner traten hier nach Angaben des Kreisverbandes zwei Mitglieder des Kreisverbandes NPD Wesel/Borken, der Kreisvorsitzende der NPD Krefeld/Kleve, **Lars Spönlein**, sowie ein gewisser **B. Hummel** aus Emmerich auf.

Bereits am 1. Dezember 2007 hatte die NPD Krefeld/Kleve mit zehn Teilnehmern eine zunächst verbotene Mahnwache unter dem Motto „Todesstrafe für Kinderschänder/ Gegen Inländerfeindlichkeit" durchgeführt. Das Bundesverfassungsgericht hatte das Verbot in letzter Minute gekippt. Und auch am 22. Dezember 2007 war der Kreisverband NPD Krefeld/Kleve wieder in Kleve auf der Straße. Gemeinsam mit dem Kreisverband NPD Wesel führte der KV einen Infotisch unter dem Motto „Todesstrafe für Kinderschänder" durch.

9. Januar 2008, Gelsenkirchen (spontan)

Unter dem Motto „Kriminelle Ausländer raus – gegen Inländerfeindlichkeit!" führte die NPD gemeinsam mit regionalen *Freien Nationalisten* in Gelsenkirchen eine Mahnwache durch. Rund 30 Personen nahmen hieran sowie einer später angemeldeten Spontandemonstration teil. Neben **Marcel Haliti** (JN Essen) sprachen auch **Julian Engels** (*Aktionsgruppe Essen*) und **Claus**

Cremer (NRW-Landesgeschäftsführer der NPD).

13. Januar 2008, Krefeld

An einem Sonntagvormittag hielten rund 25 Neonazis eine Kundgebung unter dem Motto „Recht auf Opposition / Nationale Strukturen stärken – Frei, sozial und national". Es redeten **Ingo Haller** (NPD Düren), der Krefelder Kreisvorsitzende der NPD **Lars Spönlein** sowie ein Vertreter der NPD Wesel/Borken, **M. Krug**. Am Veranstaltungsort, der Lindenstraße 147, wollte die NPD Krefeld / Kleve Räumlichkeiten für eine NPD-Zentrale Rheinland erwerben. Die für Ende Januar angesetzte Zwangsversteigerung wurde zwischenzeitlich nach umfangreichen Protesten des Bündnisses *Krefelder für Toleranz und Demokratie* ausgesetzt.

8. Februar 2008, Düren

Zeitgleich zur Mitgliederversammlung des *Dürener Bündnisses gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt* (BgR) hat die NPD Düren mit rund 55 Teilnehmern unter dem Motto „Gegen die Kriminalisierung von nationalen Bürgern" eine Demonstration abgehalten. Bei der als Trauermarsch angemeldeten Demo, sollten „symbolisch die Taten des Bündnis gegen Rechts zu grabe (ge)tragen" werden. Die Demonstration war zunächst als Fackelmarsch angemeldet worden, Fackeln und Trommeln wurden allerdings von der Polizei untersagt. Zum Mikro griffen **Ingo Haller**, Kreisvorsitzender NPD Düren, sowie **Stephan Flug**, Kreisvorsitzender der NPD Siegen.

13. Februar Stadtlohn (Kreis Borken)

30 NPD-Anhänger versammelten sich – Eigenangaben der *NPD Borken* zufolge – am 13. Februar auf dem Stadtlohner Markt, um eine Mahnwache durchzuführen. Thema: "München – Gelsenkirchen – Stadtlohn? Kriminelle Ausländer raus!" Als Redner sollen der Kreisgeschäftsführer der *NPD Wesel/Borken* **Daniel Krug** und der Kreisvorsitzende **Sascha Maier** aufgetreten sein.

Frühjahr 2008, Rheine (angekündigt)

Wie die NPD Münsterland Ende 2007 angekündigt hat, will sie in 2008 ihren regionalen Schwerpunkt auf die Region Steinfurt legen. Die bundesweite NPD-Kampagne „Sozial geht nur National" soll demnach auch hier durch Informationsstände ihren Ausdruck finden. Regionaler Höhepunkt, so **Markus Pohl**, Landesvorstandsmitglied der NPD, werde eine Kundgebung in der Stadt Rheine sein. Hier hatte die NPD 2007 einen neuen Ortsverband gegründet.

6. September 2008, Dortmund (angekündigt)

Der *Nationale Widerstand Dortmund* hat für den 6. September erneut eine Demonstration unter dem Motto „Gegen imperialistische Kriegstreiberei und Aggressionskriege" angemeldet. 2007 waren knapp 500 Neonazis dem Aufruf der Organisatoren um **Dennis Giemsch** zu einer Demo unter dem gleichen Motto gefolgt.

RechtsRock-Splitter

Dux et Patria

Die RechtsRock-Band *Dux et Patria* aus dem Raum Velbert haben jüngst eine „Demo-CD" mit dem Titel „Deutsches Jahrtausend" veröffentlicht. Erschienen ist diese beim sächsischen Label *PC-Records*.

NPD meets ROR

Im Weihnachtsgeschäft verschickte der inzwischen im niederrheinischen Rees angesiedelte *Rock-O-Rama-Versand* Werbung. Jedoch nicht nur in eigener Sache, auch ein Prospekt des *Deutsche Stimme-Versand* der *NPD* lag bei. Genutzt wurde offensichtlich ein Postverteiler der NPD.

RechtsRock-Konzerte im ostwestfälischen Minden

Am 29. Dezember 2007 fand in Minden ein Konzert unter dem Motto "Last chance to rock this year" mit den Bands *Sense of Pride*, *Cherusker*, *Alte Schule* und *Weisse Wölfe* statt. Zirka 200 Teilnehmer kamen, die Polizei war zwar vor Ort, griff aber nicht ein, sondern stellte sich einer antifaschistischen Spontandemonstration in den Weg. Schon am 6. Oktober 2007 kam es am gleichen Ort zu einem Konzert mit den Bands *Draupnir*, *Cherusker*, *Nordglanz* und *Non Plus Ultra*, an dem zirka 100 Personen teilnehmen.

Rechts-Rap

Der Bielefelder **Björn Bock**, der unter dem Namen *Bock* rappt, veröffentlichte im Internet zwei CDs mit Liedzeilen wie „Ihr betet nach Osten und wollt Deutsche sein". Bock bezeichnet sich selbst als „Headhunter", der Schwulen das Genick bricht...

Konzert „im Pott"

Die Bands *Extressiv, Cherusker, Oidoxie* und *Gegenschlag* spielten am 2. Februar 2008 vor zirka 150 Teilnehmern im Ruhrgebiet.

Weihnachtsfrank

Seit 2005 lädt der NPD Kreisverband Unna/Hamm jährlich im Dezember zu einem "Julfest" mit **Frank Rennicke** ein. Der bekannte Neonazi-Liedermacher lockte - nach NPD-Angaben - auch am 1. Dezember 2007 um die 200 "Kameraden" in den "Großraum Unna". In Unna demonstrierten am gleichen Tag 400 AntifaschistInnen gegen die NPD-Veranstaltung und den Kreisverbandssprecher **Hans Jochen Voß**, der dort wohnt und ein Versicherungsbüro betreibt. Am Vortag war Rennicke bereits beim NPD-Kreisverband Rhein-Sieg aufgetreten. An der Veranstaltung sollen 150 Neonazis teilgenommen haben.

Pro-Splitter

„Europäische Rechtspartei geplant – FPÖ-Chef **Strache**: *Pro NRW* und *pro Köln* sind Ansprechpartner in Deutschland", verkündete *pro NRW* am 25. Januar stolz auf ihrer Homepage. Nach dem Scheitern des ersten Versuches, europäische Rechtsaußen-Parteien unter dem Label ITS (Identität/Tradition/Souveränität) zu vereinen, ist nun ein zweiter Versuch gestartet worden: Als *Europäische Freiheitspartei* oder *Europäische Patriotische Partei* will man u.a. gegen eine "multikulturelle Ideologie" an den Start gehen. In Deutschland sind REPs und die *pro*-Gruppen Ansprechpartner.

Trotz seines offiziellen Rauswurfes aus der Partei wegen massiver Bedrohung zweier Kritiker bleibt das Ex-*pro*-Vorstandsmitglied **Andreas Akwara** *pro NRW* treu. „In NRW fördern wir derweil die Partei Pro NRW", lässt das Vorstandsmitglied der *BürgerBewegung-Duisburg (Sozialkapitalistische Arbeiter Bewegung)* im Internet wissen. Und setzt gleichzeitig seine Jagd nach einem aus Sicherheitsgründen anonym bleibenden Betreiber eines *pro*-kritischen Weblogs fort. „Langsam scheine ich ausreichend Hinweise auf Ihre Person zu haben", so Akwara, der wild durch die Gegend spekulierend einen Journalisten aus dem Rheinland ins Visier genommen hat. Zuvor hatte er bereits in einem „Offenen Brief" angekündigt, dass vielleicht „das Schicksal uns einmal zueinander" bringen würde: „Dann aber, baumeln Sie am Strick!"

Eine „neue Jugendoffensive" will die *Jugend pro NRW* am 12. Februar mit einer Verteilaktion vor dem Landrat-Lucas-Gymnasium in Leverkusen-Opladen gestartet haben. Geplant sei eine „landesweite Verteilung des neuen Jugendflugblattes ‚Mach mich nicht an, Mehmet' vor nordrhein-westfälischen Schulen". Schwerpunkte sind dabei neben Leverkusen insbesondere Köln und Dormagen. Als „Jugendbeauftragte pro NRW" fungiert aktuell **Marylin Anderegg**, Sprecherin der *Anwohnerinitiative gegen die Großmoschee in Köln-Ehrenfeld*. Über den Verbleib des im September 2007 gewählten „Jugendbeauftragten pro NRW", **Jan Weber**, der sich erst im Dezember in einem „Interview" im Internet vorgestellt hatte, ist bis dato nichts bekannt geworden.

Einen ihrer „*pro-NRW*-Schwerpunktwahlkämpfe" möchte die selbst ernannte „Anti-Islam-Partei" in Dormagen führen. Noch nie seien „die Chancen für eine patriotische Formation so gut wie jetzt" gewesen, „in den nächsten Dormagener Stadtrat in Fraktionsstärke einzuziehen!", so der stellvertretende *pro NRW*-Vorsitzende und lokale Hauptakteur **Daniel Schöppe** aus Dormagen-Nievenheim.

Viel vorgenommen hat sich **Uwe Berger** aus Heiligenhaus (Kreis Mettmann), der für *pro NRW* als „Bezirksbeauftragter Sauerland und Märkischer Kreis" sowie „Kreisbeauftragter Kreis Mettmann und Herne" fungiert. In Velbert und Erkrath seien „Informationsveranstaltungen und die Verteilung von Informationsmaterial" in Planung. Auch „die Arbeiten an den neuen pro NRW Portalen" seien „praktisch abgeschlossen. Künftig wird es neben der Hauptseite auch eigene Bezirksportale mit regionalen Informationen für die Bezirke Rheinland, Ruhrgebiet, Münsterland, Sauerland und Ostwestfalen sowie die darin enthaltenen Kreisverbände geben", so der neue „technische Administrator" von *pro NRW*.

Auch in Castrop-Rauxel hat sich *pro NRW* des Themas Moscheebau angenommen und fordert den „sofortigen Baustopp" einer „weiteren DITIB-Megamoschee nebst islamistischem Kulturzentrum".

Einen „Kulturkampf" hat *pro NRW* in Remscheid geortet und sich hinter den dortigen Schuldezernenten **Christian Henkelmann** gestellt, der vor einer „schleichenden Islamisierung unserer Gesellschaft" gewarnt habe, da sich die Zahl der Anträge muslimischer Eltern auf Befreiung ihrer Töchter vom Schwimmunterricht erhöht hätte. „Noch im Frühjahr wird in Remscheid um den rührigen Kreisbeauftragten **Mario Schröder** ein Verband von pro NRW ins Leben gerufen werden. Der mutige Schuldezernent Dr. Christian Henkelmann wird dabei herzlich zur Mitarbeit aufgefordert," heißt es bei *pro NRW*.

Auch im Rhein/Sieg-Kreis ist *pro NRW* jetzt „voll aktiv". Man habe sogar in der Troisdorfer Taubengasse 101 eine „Kreisgeschäftsstelle" eingerichtet, in der der stellvertretende *pro NRW*-Vorsitzende **Dieter Danielzick** Bürgerinnen und Bürger „eingehend über die Arbeit unserer Partei" informieren möchte.

In Düsseldorf-Rath möchte *pro NRW* demnächst Front gegen eine „machtvolle orientalische Prunkmoschee" machen. Gemeint ist der Umzug eines bereits vorher existierenden muslimischen Gebetsraumes eines marokkanischen Vereins in die Räume eines ehemaligen S-Bahnhofes.

NPD-Splitter

Eine Schlappe musste **Markus Pohl**, Mitglied des Landesvorstands der NRW-NPD, bei der niedersächsischen Landtagswahl einstecken. In Vechta gaben nur 0,7 Prozent der Wähler ihm als Direktkandidat ihre Stimme. An Zweitstimmen holte die NPD in dem Wahlkreis nur 0,9 Prozent, deutlich weniger als im Landesdurchschnitt (1,5 Prozent). Pohl, der bei der NPD Münster stellvertretender Kreisvorsitzender und Geschäftsführer ist, lebt nach eigenen Angaben seit 2006 in Osnabrück.

Die NPD bereitet sich auf die 2009 stattfindenden Kommunalwahlen in NRW vor. Beim ersten politischen Stammtisch der Düsseldorfer NPD in diesem Jahr ging es um die Fragen, wie viele Unterstützungsunterschriften beizubringen und welche Formalitäten bei der Kandidatenaufstellung zu berücksichtigen sind. Bei einer Schulung der NPD Düren am 18. Januar referierte **Helmut Gudat**, Kreistagsmitglied in Heinsberg. Auch bei dieser Veranstaltung, an der auch NPDler und „Freie" aus Euskirchen und dem Rhein-Erft-Kreis teilnahmen, war die Wahlvorbereitung das Thema. Dürens NPD-Kreisvorsitzender **Ingo Haller** kündigte elf weitere Schulungsveranstaltungen zur Kommunalpolitik an.

Vom kommunalpolitischen Einsatz verspricht sich die NPD nicht nur eine bessere lokale Verankerung. Auch finanziell lohnt er sich. Nach einer Änderung der NRW-Gemeindeordnung erhalten auch kleinere Gruppen mit mehreren Abgeordneten unterhalb der Fraktionsstärke Zuschüsse aus den öffentlichen Kassen. Im Falle der beiden Mönchengladbacher NPD-Stadtratsmitglieder seien z.B. nach Angaben der Stadt mehrere zehntausend Euro pro Jahr möglich, berichtete die *Westdeutsche Zeitung*.

Anspruch auf einen Personalkostenzuschuss und auf ein Büro im Kreishaus hat auch die neue Formation, die sich im Kreistag des Märkischen Kreises bildete. Der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende **Timo Pradel** und der auf dem Ticket der *Republikaner* ins Kreisparlament gewählte **Egbert Geiecke** taten sich zur „NPD-Gruppe im Kreistag" zusammen. REP-Landeschefin **Uschi Winkelsett** kündigte den Ausschluss des „treulosen" Abgeordneten aus ihrer Partei an. Für die *Republikaner* gebe es „keine Zusammenarbeit mit Parteien, die unverholen in einem neonationalsozialistischen Umfeld auftreten". Winkelsett vergaß nicht zu erwähnen, dass Geiecke als Kreistagsmitglied nicht gerade durch Fleiß aufgefallen ist. Das hatte auch Pradel in der Vergangenheit mehrfach moniert und wegen dessen häufiger Abwesenheit bei Sitzungen sogar finanzielle Sanktionen gegen seinen *Republikaner*- Kollegen gefordert.

Ihre Wintersonnenwendfeier zelebrierte die NRW-NPD Ende letzten Jahres im Raum Düren. Redner waren NPD-Landesvize **Claus Cremer**, der Dürener Kreisvorsitzende **Ingo Haller** und sein Stellvertreter **Rene Laube**.

Die NPD Unna richtete im Januar eine *Reichsgründungsfeier* zum Gedenken an die Bildung des Deutschen Reichs am 18. Januar 1871 aus. Redner waren NPD-Chef **Udo Voigt** und **Ulrich Pätzold**, der Ex-Vorsitzende der *Deutschen Partei*.

Die NPD Bielefeld stellte sich in ihrer „Weihnachtsbotschaft" hinter die Holocaustleugner **Germar Rudolf** und **Ernst Zündel**: Rudolf habe sich „nie und nimmer etwas zuschulden kommen lassen" – und dann in etwas eigenwilligem Deutsch: „Anstatt solche hervorragenden Männer zu achten und zu ehren, haben ihn die Berliner für weitere Jahre die Freiheit genommen."

Die Krefelder NPD muss ihren Traum aufgeben, an der Lindenstraße eine „Rheinland-Zentrale" der Partei einrichten zu können. Die NPD hatte bei einer Zwangsversteigerung einen rund 30 Quadratmeter großen Raum ersteigern wollen. Doch die für den 25. Januar terminierte Versteigerung fiel aus, da zwei Gläubigerbanken und die Stadt auf ihre Forderungen verzichteten.

Die NPD hat am 11. Januar in Euskirchen einen Ortsverband gegründet. Vorsitzender ist **Markus Franken**, sein Stellvertreter **M. Steidel**. Dürens Kreisvorsitzender **Ingo Haller** sagte, die *Freien Nationalisten Euskirchen* und die *Kameradschaft Aachener Land* seien an einer engen Zusammenarbeit mit der NPD Euskirchen interessiert.

René Laube wurde am 14. Januar als Nachfolger von **Eric Leu** Vorsitzender der NPD im Rhein-Erft-Kreis, sein Stellvertreter ist **K. Geiger**. Laube ist zugleich stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD Düren.

Kurzberichte

Fakten, Fakten, Fakten aus NRW

Morgentaupläne in Haltern

„Deutschland wir funkeln wie der junge Tau am Morgen", meinen die *Autonomen Nationalisten Haltern*, die sich erstmals im Januar zu Wort melden, hierbei im Unklaren lassend, ob sie selber funkeln möchten oder aber „Deutschland" funkeln soll. Die *AN Haltern*, die währenddessen auch als Unterstützer der *AG Ruhr-Mitte*, also quasi als Mitgliedsgruppe geführt werden, legen Wert darauf, „keine dumpfen Schläger mit Glatze, Bomberjacken und Stiefeln bis zum Knie" zu sein. Seit dem 11. September (sic!) 2007 ist „die bewegende Kraft in Haltern" auch im Internet vertreten. Bisher reichten die Aktivitäten der Möchtegernautonomen aus dem Kreis Recklinghausen lediglich zu Wehklagen über antifaschistische Parolen an ihren Wohnsitzen. Nun möchte man „Linksextreme Strukturen aufdecken und hinterfragen!"

Worch hat Erfolg vor Gericht

Einen Erfolg vermeldete Neonazi-führer **Christian Worch** am 19. Januar. Nach sechseinhalb Jahren habe das Bundesverfassungsgericht in einem von ihm angestrengten Verfahren entschieden. Hintergrund: Worch wollte nicht akzeptieren, dass auf Demonstrationen Parolen mit der Wortfolge „nationaler Widerstand" untersagt wurden. Worch: „Auf meine Verfassungsbeschwerde hin wurde … die Sache zur erneuten Verhandlung an das Verwaltungsgericht Arnsberg zurückgewiesen." Das BVerfG habe „sinngemäß" festgestellt, „der Begriff der ‚öffentlichen Ordnung' sei zu ungewiß, um eine solche inhaltliche Einschränkung der Versammlungsfreiheit zu rechtfertigen".

Noch eine „Kameradschaft Köln"

Nach den Inhaftierungen ihrer Vorturner **Paul Breuer** und insbesondere **Axel Reitz** hörte man lange Zeit nichts mehr von der *Freien Kameradschaft Köln/Walter Spangenberg* („gegr. 1998 durch Siegfried Lutz und Axel Reitz"). Am 28. Dezember 2007 aber meldete sich ihr aktueller „Kameradschaftsführer Helle" im Internet zu Wort. Nicht etwa, um Aktivitäten zu vermelden, sondern um kundzutun, man lege „größten Wert" darauf, festzustellen, dass man nichts mit einer weiteren „Kameradschaft Köln" zu tun habe, die kürzlich von **Alexander Klein** gegründet worden sei.

Gemeinsam zuschlagen: Björn Thom (l.) und Matthias Treml

Nazischläger verurteilt

Bewährungsstrafen von sieben bzw. acht Monaten plus Geldstrafen bzw. Sozialstunden kassierten Anfang Januar drei Neonazis aus NRW vor dem Mindener Amtsgericht wegen gemeinschaftlich begangener gefährlicher Körperverletzung. Sie waren Teil einer 20-köpfigen Gruppe, die bei der Bahnrückfahrt – von einem Neonaziaufmarsch am 24. Februar 2007 in Hildesheim kommend – Richtung Ruhrgebiet drei Jugendliche angegriffen und ihnen Kopfverletzungen zugefügt hatte, so dass diese im Krankenhaus behandelt werden mussten. „Die alarmierte Bundespolizei holte jedoch nur die Antifaschisten aus dem Zug", vermeldete die *Westfälische Rundschau*. Bei der vorherigen Gegenüberstellung im Zug – bei der diverse Neonazis vermummt blieben – konnten die Opfer nur drei der Täter sicher identifizieren: **Mario Stüber** aus Windeck (Rhein-Sieg-Kreis), den Gelsenkirchener NPD-Kandidaten **Björn Benjamin Thom** sowie den Wittener **Matthias Treml**, einer der Führungsfiguren der *Freien Kameradschaft Witten* und auf neonazistischen Demos nicht selten im Ordnerdienst anzutreffen. Der 29-jährige Treml ist Student an der (Fach)Hochschule Bochum und war dort 2007 im „Solarcar-Team"-Projekt involviert. Er nahm teil an der „World Solar Challenge", die zweijährlich 3.000 km durch Australien führt. Bei der Weltmeisterschaft der Solarmobile belegte das von der Firma *SolarWorld AG* gesponserte Bochumer Projekt 2007 den vierten Platz.

Republikaner flüchten ins Ausland

Der Niedergang der *Republikaner* setzt sich fort. Ein für Anfang Dezember in Herne geplanter Landesparteitag ist offenbar ausgefallen. In einem NPD-nahen Internetforum wird darüber spekuliert, es hätten sich lediglich etwa 15 REP-Mitglieder angekündigt, von denen wiederum kaum einer für ein Vorstandsamt habe kandidieren wollen. Den Bedeutungsverlust im Inland versucht die Riege rund um die Landesvorsitzende und geschäftsführende stellvertretende Bundesvorsitzende **Ursula Winkelsett** durch Auftritte im Ausland und durch den Aufbau von Kontakten zum *Vlaams Belang* (VB) und zur österreichischen FPÖ zu kompensieren. Im Januar nahm Winkelsett als Leiterin einer *Republikaner*-Delegation an der Gründung eines „Bündnisses gegen Islamisierung" in Antwerpen teil. Die *Republikaner* konkurrieren dabei mit den *pro*-Gruppen um die Gunst von VB und FPÖ. Der stellvertretende Landesvorsitzende **Jürgen Heydrich** hofft auf eine Zusammenarbeit zwischen *Republikanern*, VB und FPÖ auf kommunaler Ebene. Heydrich: „Die Probleme in den Städten sind nahezu identisch. Ob nun in Antwerpen, Wien oder z. B. Düsseldorf."

Neonazistische Straßenkunst"

„Nationale Sozialisten können sich kleiden wie sie möchten und sind in der Gesellschaft verankert wie jeder andere Jugendliche", heißt es auf einer neuen neonazistischen Homepage, die sich der „Straßenkunst" widmet. „Genauso ist diese Entwicklung in zunehmendem Maße auch in der Graffitiszene zu beobachten, denn wo bis vor kurzer Zeit noch stillos die Botschaften einfarbig an Wände gesprüht wurden, sind mittlerweile nationale Aktivisten auch in dieser Szene aktiv!" Darum habe man eine Internetseite geschaffen, „auf der jeder seine Entwürfe veröffentlichen kann".

„Kulturfahrt"

Statt bei einem Aufmarsch in Ettlingen die Straßen unsicher zu machen, starteten Neonazis aus dem Ruhrgebiet am 1. Dezember eine „Kulturfahrt" nach Ostwestfalen. Die Demonstration in Baden-Württemberg war verboten worden. Und so zog es die Busladung Neonazis zum Hermannsdenkmal, zu den Externsteinen und zur Wewelsburg, wie die sich *Nationale Sozialisten Westfalen/Rheinland* nennenden Autoren des Reiseberichts anschließend verkündeten. Insbesondere die Externsteine („ein heiliger Ort unserer Vorfahren") und die Wewelsburg haben es Neonazis angetan. Kleiner Wermutstropfen für die rechte Reisegruppe: Man musste möglichst unauffällig auftreten. Aber es kämen „ja nun mal wieder bessere Zeiten, wo ein Nationaler Sozialist, nicht erst Kleidung, Button und Meinung ablegen muss, um zu betreten, was einst ihm gehörte."

Rechtsanwalt verliert Zulassung

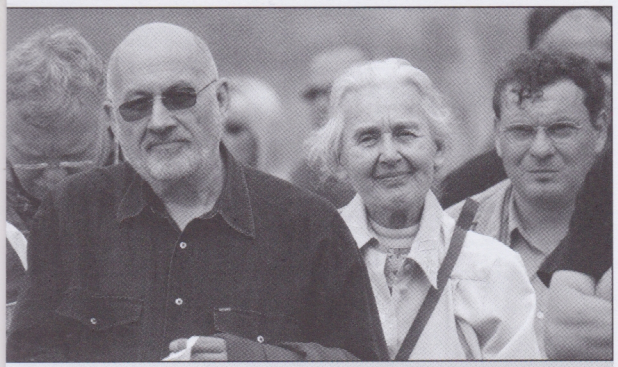
Rechtsanwalt **Claus Plantiko**, Vertreter der rechten *Unabhängigen Wählergemeinschaft* (UWG) im Bonner Stadtrat und Strafverteidiger von Auschwitz-Leugnern, ist im Dezember 2007 vor dem Bundesgerichtshof gescheitert. Das Gericht bestätigte den Entschluss der Rechtsanwaltskammer Köln, die Plantiko die Zulassung entzogen hatte. Der Jurist und ehemalige Luftwaffen-Oberstleutnant, der auch den früheren Rechtsterroristen **Manfred Roeder** verteidigte, hatte sich im Gerichtssaal unangemessen verhalten sowie in einem Verfahren eine Richterin beleidigt. Den Prozess wegen Richterbeleidigung im März 2005 nutzte er, um das Gericht abermals zu beleidigen. Diesmal verglich er es mit dem "Ausnahmegerichtspersonal" unter **Hitler** und **Stalin**.

Die Entscheidung der Anwaltskammer trat damit Ende Januar 2008 in Kraft. Plantiko will jetzt "Verfassungs- und Menschenrechtsbeschwerde einlegen".

Anti-Nokia-Kleber der AG Ruhr-Mitte

Nokia: Boykott oder Verbot?

Erwartungsgemäß versuchte die extreme Rechte, sich an die Proteste gegen die Schließung des *Nokia*-Werks in Bochum anzuhängen. NPD-Landesvize **Claus Cremer** pries ein „Konzept der raumorientierten Volkswirtschaft" als Alternative zum „kapitalistischen Globalisierungskonzept" an. *Republikaner*-Chef **Rolf Schlierer** und der *pro NRW*-Generalsekretär **Markus Wiener** meinten beinahe gleichlautend, es müsse nicht immer bzw. unbedingt ein *Nokia*-Handy sein. Und die neonazistische *Aktionsgruppe Ruhr-Mitte* sah gar die Zeit für den „nationalen und sozialistischen Befreiungskampf" gekommen. Originell auch die Forderung der *AG Ruhr-Mitte*: „Wer nicht hier produzieren möchte, darf hier auch nicht verkaufen als einheimischer Konzern." Und ihre Alternative zur *Nokia*-Produktion in Bochum? „Wir bleiben bei unserer Forderung nach einem staatlich geführten Mobilfunkunternehmen. Natürlich außerhalb dieses Staates." Zwischen all diesen Boykott- und Verbotsforderungen vertrat **Dennis Dormuth**, NPD-Vorsitzender in Münster, eine abweichende Meinung: „Der Konzern nutzt nur die Gesetze aus, die die Politiker geschaffen haben. Diese Politiker wurden auch von den *Nokia*-Mitarbeitern gewählt. sie wollten Gloablisierung – sie bekamen Globalisierung." Und außerdem: „Ich wette das ein Großteil der ‚Nokianer' einen Migrationshintergrund hat. Fragt sich wieviele ‚deutsche' Arbeitsplätze wirklich vernichtet werden."



Vor dem Aus: Horst Mahler und Ursula Haverbeck

Collegium Humanum vor dem Aus?

Nach Informationen des WDR-Magazins *Westpol* sammelt das Bundesinnenministerium nun endlich Beweise für ein Verbotsverfahren gegen das *Collegium Humanum*. Auch die Finanzbehörden nähmen derzeit die Gemeinnützigkeit des Vereins noch einmal genau unter die Lupe. *Tagesschau.de* berichtete Mitte Dezember, dass der Trägerverein des bundesweiten Zentrums der Holocaustleugner tatsächlich von den Finanzbehörden noch als gemeinnützig anerkannt ist. Von offiziellen Stellen hatte es bislang zu dieser Frage nur ausweichende Antworten gegeben. Der Verlust der Gemeinnützigkeit dürfte die Riege der Holocaustleugner sogar härter treffen als ein Verbot des Trägervereins *Collegium Humanum*: Mit dem Gedächtnisstättenverein, dem *Verein zur Rehabilitierung der wegen des Bestreitens des Holocaust Verfolgten* und der *Bauernhilfe* stehen bereits drei potenzielle Auffangorganisationen bereit.

Derweil beschimpft und bedroht die CH-Vorsitzende **Ursula Haverbeck** die Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, **Charlotte Knobloch**, die sich dafür ausgesprochen hatte, dem CH "das Handwerk zu legen". Haverbeck: „Machen Sie so weiter wie bisher, dann könnte sich ein neues Pogrom ereignen, das entsetzlich würde." In ihrem im Internet veröffentlichten Brief heißt es weiter: „Wenn Ihnen hier so vieles nicht gefällt, dann gehen Sie doch zurück in Ihr Ursprungsland, nach Innerasien."

Bonner RCDS gegen Raczeks

Die „neurechte" Wochenzeitung *Junge Freiheit* wittert linksextremistische Bestrebungen beim Bonner Ableger des *Ring Christlich-Demokratischer Studenten* (RCDS), der Studentenorganisation der CDU. Dieser hatte sich nämlich von **Thore Stein,** Erstsemester der Agrarwissenschaften an der Universität Bonn, wegen dessen Mitgliedschaft in der *Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn* (vgl. LOTTA #29, S. 44) distanziert und offensichtlich vergeblich versucht, ihn von der bereits erstellten RCDS-Kandidaten-Liste zum Studierendenparlament zu streichen. Der Pressesprecher der *Deutschen Burschenschaft,* **Norbert Weidner**, ehemaliger Kader der 1995 verbotenen FAP und aktuell *Raczek*-Mitglied, ergriff ebenso wie die JF Partei für Steins Kandidatur. Letztendlich wurde Stein mit über 30 Direktstimmen in das Parlament gewählt. [B.O.]

Schultze-Rhonhof bei Burschenschaft

Festredner des Reichsgründungskommers der *Burschenschaft Franconia zu Münster* am 19. Januar sollte der Ex-Generalmajor **Gerd Schultze-Rhonhof** sein. Nachdem die *Antifaschistische Linke Münster* die Öffentlichkeit über die extrem rechten Aktivitäten des Geschichtsrevisionisten informiert hatte, sagte die *Franconia* seinen Auftritt allerdings ab. Schultze-Rhonhof habe kürzlich einen Schlaganfall erlitten und sei noch nicht wieder genesen. Die Burschenschaft hatte mit ihrem „Alten Herren" und Hauswart **Hartmut Friedrich** passenden Ersatz gefunden. Er referierte bereits beim Reichsgründungskommers 2005 ausführlich über Schultze-Rhonhofs Machwerk „Der Krieg, der viele Väter hatte".

Gegen „Bombenterror"

„Zum Gedenken an die Opfer des Bombenterrors in Dresden" kam es in einigen NRW-Städten zu neonazistischen Aktionen. Eigenangaben zufolge „verteilten in Dortmund etwa 40 größtenteils junge Nationale Sozialisten themenbezogene Flugblätter". Die *AG Ruhr-Mitte*, insbesondere deren Gruppen in Marl und Gladbeck, wollen vom 6. bis zum 13. Februar eine ganze „Aktionswoche" durchgeführt haben. Auch die *Autonomen Nationalisten Haltern* melden „mit traurigem Gruß" Vollzug. Flugblätter seien verteilt, Aufkleber verklebt, Transparente aufgehängt, „Mauerparolen" gesprüht, Schnippsel geworfen und Kränze niedergelegt worden.

Bereits am 19. Dezember 2007, hatten die *Autonomen Nationalisten Köln* an „Kölner Bahnhöfen ... weiße Papierschnipsel" abgeworfen, „welche alle auf ein Thema hinweisen: Die Bombardierung deutscher Städte durch alliierte Bomber".

Am 16. Februar dann rollten die NRW-Nazis nach Dresden. Die *AG Rheinland* meldete, „einen eigenen Bus aus Aachen" organisiert zu haben, „der bis auf den letzten Platz gefüllt war". Auch die NPD-Dortmund, die Gruppen der *AG Ruhr-Mitte* sowie die *Autonomen Nationalisten Schmallenberg* (Hochsauerlandkreis) meldeten ihre Teilnahme. Parallel zum Aufmarsch in Dresden hätten in Recklinghausen „ein Dutzend Nationale Sozialisten Flugblätter" verteilt.

Vielleicht meinte die *AG Rheinland* ja derartige Aktionen, als sie im Dezember „einen kleinen Appell" veröffentlichte. „Wie sinnvoll sind Demonstrationen mit 100 Teilnehmern? ... Wann sind wirklich Demonstrationen von Nöten? ... Ist es nicht manchmal eventuell viel sinnvoller mit 15 Aktivsten Flugblätter zu verteilen, als mit 100 Teilnehmern eine Demonstration durchzuführen? ... Wir würden uns wünschen, wenn sich dies im Jahre 2008 verbessern wird und hoffen auf halb so viele Demonstrationen, aber dafür auf doppelt so viele Teilnehmer und doppelt so viel verteilte Flugblätter."

Björn Clemens tingelt

Björn Clemens, Rechtsanwalt aus Düsseldorf, tingelt weiter durch die Rechtsaußen-Szene. Nachdem er im vorigen Jahr einige Gastspiele bei *pro Köln* bzw. *pro NRW* gegeben hatte und auch an einem Treffen in Straßburg teilnahm, bei dem es um die Bildung einer geeinten europäischen Rechten ging, standen nun Anfang des Jahres Auftritte bei NPD und DVU auf dem Programm. Bei der „Jahresauftaktveranstaltung" der Sachsen-NPD am 26. Januar feierte er – dem Bericht der NPD zufolge – die „Bomben-Holocaust"-Rede von **Jürgen Gansel** aus dem Jahr 2005 als eine „der größten parlamentarischen Taten, die wir seit 1945 erlebt haben". Beim Berliner Landesparteitag der DVU wurde er Ende Januar 2008 als Ehrengast begeistert empfangen, wie **Gerhard Frey**s *Deutsche Volksunion* meldete. Im vorigen November war er beim „Freiheitlichen Kongress" des NPD-Blatts Deutsche Stimme gemeinsam mit dem Holocaust-Leugner Udo Walendy und anderen einer der Referenten. Für den 8. März ist Clemens auf dem „Großen Wahlkampfauftakt" der NPD Schwaben in Günzburg als Redner angekündigt.

Braun-Kohle

Dortmunds Stromversorger DEW darf sich an einem neuen Kohlekraftwerk in Hamm beteiligen. Mit 45 zu 44 Stimmen gab der Stadtrat Mitte Dezember grünes Licht für das Vorhaben. Für die Dortmunder Beteiligung sprach sich auch die dreiköpfige DVU-Fraktion aus – und bescherte damit vor allem der SPD ein Problem. „Das tut weh", sagte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende **Hermann Diekneite**, „aber wir können unser Abstimmungsverhalten in einer so zentralen Frage nicht davon abhängig machen." Es folgte eine Debatte darüber, wer nun dafür verantwortlich sei, dass die DVU zum Mehrheitsbeschaffer geworden war. „Den Sozis ist es egal, mit wem sie ihre Mehrheit finden", meinte CDU-Fraktionschef **Frank Hengstenberg**. „Durch ihre rein parteipolitisch motivierte Ablehnung der DEW-Beteiligung hat die CDU der DVU die Möglichkeit eingeräumt, zum Zünglein an der Waage zu werden", erwiderte SPD-Fraktionschef **Ernst Prüsse**. Eine Woche brauchte Prüsse schließlich, um eine Interpretation des Abstimmungsergebnisses aus dem Hut zu zaubern, die alle Mäkeleien verstummen lassen sollte: Kritik, die SPD hätte sich von den Stimmen der drei rechtsextremen DVU-Vertreter unterstützen lassen, wies er zurück. Die WR über ein Gespräch mit Prüsse: „Drei seiner Leute hätten den Auftrag gehabt, gegen das Projekt zu stimmen. Vier Ratsmitglieder der CDU, mit denen er schon vorab eine entsprechende Vereinbarung getroffen habe, hätten für die Kraftwerksbeteiligung gestimmt. Zweifel am Wahrheitsgehalt dieser Interpretation lässt Prüsse nicht gelten."

Neonazi-Gewalt in Dortmund

In der Silvesternacht griffen Neonazis eine Gruppe linker Jugendlicher vor der Dortmunder Kneipe *Rock-Café* an. Beim Eintreffen der Polizei flüchteten sie. Ein Tatverdächtiger konnte gestellt werden. Zwei Jugendliche mussten im Krankenhaus behandelt werden. Zwei Tage später, am 3. Januar, wurden erneut linke Jugendliche in der Innenstadt von Neonazis verletzt. Ein Angegriffener musste ambulant behandelt werden. Die Täter: Drei Männer im Alter von 21, 22 und 23 Jahren sowie eine 25-jährige Frau, alle aus Dortmund. Sie erwarten nun Anzeigen wegen gefährlicher Körperverletzung und – da ein Hitlergruß gezeigt wurde – auch wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Foto: Marek Peters, www.marek-peters.com

Brutalstmögliche Aufklärung: Erwin Kemna (r.)

NPD-Bundesschatzmeister unter Untreue-Verdacht

Die Staatsanwaltschaft Münster ermittelt gegen den langjährigen NPD-Bundesschatzmeister **Erwin Kemna** aus Ladbergen (Kreis Steinfurt) wegen des Verdachts der gewerbsmäßigen Untreue. Kemna soll zwischen Januar 2004 und Juni 2007 mindestens 627.000 Euro von Konten der NPD abgezweigt haben. Durch relativ komplexe Transaktionen soll er die Gelder auf Konten seiner Firmen umgeleitet haben. Kemna sagte gegenüber der Polizei aus, das Geld stamme von Darlehen, die Privatpersonen der NPD über seine Vermittlung gewährt hätten. Kemna betreibt die *Wichmann Küchen GmbH* und eine Geschenkboutique in Lengerich. Deswegen durchsuchte die Polizei am frühen Morgen des 7. Februar neben Kemnas Wohnung auch die Geschäftsräume in Lengerich, sowie Objekte in Osnabrück. Von den Razzien war auch die NPD-Bundesgeschäftsstelle in Berlin sowie der *Deutsche Stimme Verlag* in Riesa betroffen. Kemna fungiert auch als Geschäftsführer des Verlags. Der NPD-Bundesvorstand stellte sich in einer ersten Stellungsnahme hinter ihren Bundesschatzmeister. **Udo Voigt** teilte mit, er habe keine Erkenntnisse, die auf ein Fehlverhalten Kemnas schließen würden. Die Vorwürfe gegen Kemna seien nur ein Vorwand gewesen, um die NPD zu diskreditieren und sie zu durchleuchten.

Am 5. Februar nahm die Polizei zwölf Neonazis vorübergehend in Gewahrsam. Sie hatten im Umfeld der Kneipe *HirschQ* Aufkleber angebracht, einen Besucher bedroht und die Gaststätte mit Steinen, Hölzern und Bierflaschen beworfen. Nach Polizeiangaben wurde dabei niemand verletzt, noch entstand Sachschaden. Den polizeibekannten Neonazis im Alter von 18 bis 33 Jahren, die zum überwiegenden Teil aus Dortmund kommen, erwartet nun eine Anzeige wegen Landfriedensbruch.

Satt und glücklich: Marion Figge

A wie Aschenbecher...

Seit Ende letzten Jahres ist das so genannte *Veranstaltungsministerium* online. „Dieses möchte allen Kameradinnen und Kameraden bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen und Feierlichkeiten jeglicher Art unter die Arme greifen." Einen ersten öffentlichen Auftritt hatte das „Ministerium für Veranstaltung und Organisation" bei der Demonstration der NPD in Essen am 8. Dezember 2007. Eine Gulaschkanone rollte während der gesamten Demoroute mit und versorgte die hungrigen Kameraden mit Suppe, Brot und Würstchen. „Von A wie Aschenbecher über B wie Bierzeltgarnituren, (..)T wie Teller, bis hin zu Z wie Zelte und Zapfanlagen" sollen notwendige Utensilien gekauft oder gemietet werden können. Damit wollen die extrem rechten Anbieter oftmals kurzfristigen Absagen herkömmlicher Verleiher entgegenwirken. Verantwortlich für die Initiative zeichnet **Daniela Wegener** aus Bochum-Wattenscheid, mit an der Kanone steht **Marion Figge**, Mitglied des NPD-Landesvorstandes.

Rassistischer Brandanschlag in Nordwalde

Bei einem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Nordwalde (Kreis Steinfurt) am 12. November wurde glücklicherweise niemand verletzt. Zwei Molotow-Cocktails prallten von den Wänden der Wohncontainer ab und zerbrachen auf dem Gehweg. Die Polizei nahm zwei 19 und 22 Jahre alte Männer fest. Der 22-Jährige hat die Tat gestanden. Obwohl er bei seiner Vernehmung angab, für den Verlust seines Arbeitsplatzes Ausländer verantwortlich zu machen, liegt für die Staatsanwaltschaft Münster – auch wenn sie ein ausländerfeindliches Motiv nicht ausschließen will – das Tatmotiv noch im „Diffusen". Eine Tötungsabsicht schließt die Staatsanwaltschaft aber aus. Die Familie lebt seit dem Angriff in Angst. 25 linke und antifaschistische Gruppen aus dem Münsterland forderten deshalb in einer Solidaritätserklärung ein Ende der Containerunterbringung für Flüchtlinge. Laut Auskunft der Familie haben die zuständigen Behörden der Familie nun für März eine angemessene Wohnung in Aussicht gestellt.

Bild- und Tonausfall

Einige Dutzend Internetseiten von Neonazis verschwanden Weihnachten 2007 vorübergehend von der Bildfläche. Betroffen war das von **Dustin Guske** aus Hamm gegründete Internetprojekt *Public NS*, das nicht zum ersten Mal in den Genuss eines Hacks gekommen war. „Merry X-MAS – here we go again", begrüßten die Hacker diesmal die Leser verschiedener brauner Homepages. Aus NRW waren unter anderem die Seiten von *Oidoxie* und ihrem Umfeld, von „Rechtsautonomen" aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet und anderen „freien" Neonazis betroffen. Bild- und Tonausfalle beklagten u.a. Neonazis aus Herzogenrath, Hamm, Euskirchen, Aachen, Dortmund-Dorstfeld, Witten, Rheydt, Essen, Recklinghausen, Bochum und Hattingen auf ihren Seiten.

Winter muss sitzen

Nachdem das Oberlandesgericht Celle Mitte November 2007 das Urteil des Landgerichtes Bückeburg gegen den Kopf der *Nationalen Offensive Schaumburg* bzw. *Nationalen Sozialisten in Ostwestfalen-Lippe und Schaumburg*, **Marcus Winter** aus Lindhorst (vgl. LOTTA #29, S. 22 ff.), wegen eines Formfehlers kassiert hatte, ist Ende Januar erneut vom Landgericht entschieden worden: Winter wurde wegen Volksverhetzung zu einer neunmonatigen Haftstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil kann Winter jedoch noch Revision einlegen. „Sollte der Richterspruch aber rechtskräftig werden, könnten außerdem zwei bislang zur Bewährung ausgesetzte Strafen in Haftstrafen umgewandelt werden und oben drauf kommen", meldete am 29. Januar *Radio Westfalica*.

Geständiger Seemann

Mit einem Geständnis des Angeklagten hat am 11. Februar vor dem Landgericht Bielefeld der Prozess gegen den Neonazi-V-Mann **Sebastian Seemann** (27) aus Lünen begonnen. Er räumte ein, mit Kokain gehandelt und illegal rund ein Dutzend Waffen besessen zu haben. Für Anfang März sind zwei weitere Verhandlungstage angesetzt. Seemann drohen bis zu vier Jahren Haft. Nach wie vor ermittelt die Bielefelder Staatsanwaltschaft gegen Seemanns V-Mann-Führer wegen des Verdachts der Strafvereitelung. Er soll den Neonazi vor den polizeilichen Ermittlungen gewarnt haben. Noch immer ist die Identität dieses V-Mann-Führers unbekannt. Die Staatsanwaltschaft klagt, das NRW-Innenministerium sei bei den Ermittlungen nicht kooperativ.

Von Jörg Kronauer

PR-Arbeit für Militär und Krieg

Die »(Deutsche) Gesellschaft für (Wehr- und) Sicherheitspolitik«

Die ehemalige Gesellschaft für Wehrkunde aus Bonn, ein PR-Verband für die Bundeswehr, gibt sich einen neuen Namen und will einen EU-weiten Verband für Wehrpropaganda gründen. Bei den Kooperationspartnern im Ausland könnten ihre regelmäßig bekannt werdenden Kontakte zur extremen Rechten noch für Ärger sorgen.

Manche lernen's nie. Hervorragende Möglichkeiten hätte die ehemalige *Gesellschaft für Wehrkunde* (GfW) gehabt, als kürzlich zum zweiten Mal seit 1990 ihre Umbenennung auf der Tagesordnung stand. Bei der ersten Namensänderung war man eher halbherzig vorgegangen, hatte die Bonner Organisation – in der Absicht, sie zu modernisieren und zu verjüngen – "Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik" getauft. Das war ein gänzlich unzureichender Schritt, stellte der Vorsitzende des GfW-"Landesbereiches II" im vergangenen Jahr fest: Der im Vereinsnamen verbliebene "Teilbegriff 'Wehr-'" rufe an Universitäten und Schulen immer noch "Skepsis hervor" und erschwere damit den "Zugang zur jüngeren Generation". Eine nochmalige Namensänderung musste also her. Nun gut, "Panzerfreunde für Frieden und Freiheit" wäre zwar poppig, aber etwas zu dick aufgetragen; doch ein schöner branchenüblicher Euphemismus, vielleicht "Gesellschaft für Menschenrechte und Demokratie", das müsste für die Bundeswehrlobby schon drin sein. Schließlich schießt und bombt auch die Truppe inzwischen streng nach Neusprech für "Selbstbestimmung" (Kosovo) und "Frauenbefreiung" (Afghanistan). Was aber macht die GfW? Sie wird sich demnächst vermutlich in "Deutsche Gesellschaft für Sicherheitspolitik" umbenennen – ein langweiliger, unattraktiver Kompromiss.

Wichtigste PR-Organisation

Die *Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik* ist die wohl wichtigste PR-Organisation für das deutsche Militär. Rund 7.500 Personen gehören den bundesweit mehr als 100 "Sektionen" an, das sind 50 Prozent mehr Mitglieder als noch 1990. Zweck des Vereins ist die "Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik", insbesondere die "Erhaltung der allgemeinen Verteidigungsbereitschaft unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Streitkräfte". Der Einsatz für den Kriegswillen in der Bundesrepublik ist natürlich ein "ausschließlich und unmittelbar gemeinnütziges Ziel" im Sinne der Abgabeordnung, jede Spende an die GfW kann daher steuerlich abgesetzt werden. Dennoch reichen die freiwilligen Beiträge aus der Bevölke-

rung zur Finanzierung bei weitem nicht aus, und daher springt der Staat ein: Rund 200.000 Euro jährlich zahlt das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung an die GfW.

Nicht nur die Staatsgelder stellen sicher, dass die GfW ihre PR-Aktivitäten strikt an den Vorgaben der Berliner Politik und der Bundeswehr ausrichtet. Vereinspräsidentin ist die frühere Wehrbeauftragte des Bundestages, **Claire Marienfeld** (CDU), eine Vizepräsidentin kommt aus der SPD-Bundestagsfraktion (**Ursula Mogg**). Ein zweiter Vizepräsident ist **Thomas Kossendey** (CDU), der praktischerweise als Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium beschäftigt ist, sodass die Hardthöhe den Überblick nicht ganz verliert. Das würde aber auch ohne Kossendey kaum drohen, denn alle übrigen Vorstandsmitglieder der GfW heißen "Oberst", "Generalmajor" oder "Fregattenkapitän". Unter ihrer Federführung finden PR-Tätigkeiten statt, die sich rein quantitativ durchaus sehen lassen können. Exakt 129.545 mit soldatischer Präzision abgezählte Personen nahmen im Jahr 2006 an den genau 128 Seminaren, 632 Vortragsveranstaltungen und 148 Truppenbesuchen der GfW teil. Nicht weniger als 1.759 Mal berichteten die Medien über die Organisation. Das überzeugt, und daher trägt nun auch die *LOTTA* mit diesem Artikel pflichtbewusst zur weiteren Verbesserung der GfW-Medienstatistik bei.

Den mehr oder weniger staatlichen Charakter der GfW-Öffentlichkeitsarbeit zeigt unmittelbar ein Blick auf die Vortragsveranstaltungen der Organisation. Die Referenten kommen aus Ministerien, Bundestagsfraktionen, aus regierungsnahen think tanks und natürlich aus der Bundeswehr. Sie sprechen über besondere Anliegen der Streitkräfte, über die Lage an deutschen Kriegsschauplätzen (Kosovo, Afghanistan), über Rüstungsvorhaben konkurrierender Armeen und über strategische Fragen der deutschen Außenpolitik. Dasselbe Bild bietet das Publikationsorgan der GfW, die *Europäische Sicherheit*, die es an zahlreichen Bahnhofskiosken zu kaufen gibt. Im Januar 2008 machte das Blatt (Auflage: exakt 18.493 Exemplare) sogar mit einem Namensartikel von Verteidigungsminister **Franz-Josef Jung** auf, vor ein paar Jahren schrieb der damalige Außenminister **Joseph Fischer** für die Zeitschrift. Doch trotz aller Bemühungen um Seriosität geriet die GfW in den vergangenen Jahren immer wieder in die Schlagzeilen – wegen offenkundiger Rechtsaußen-Kontakte.

Kriegsverbrecher am Aufbau beteiligt

Das Problem begleitet die GfW seit ihrer Gründung am 5. Januar 1952. Damals war das Bundeskanzleramt mit seiner "Dienststelle Blank" gerade dabei, den Aufbau einer bundesdeutschen Armee vorzubereiten. Zu diesem Zweck benötigte man fachkundige Expertisen, und deren Be-schaffung war nicht ganz so einfach: Wehrkundliche Forschungen waren laut Gesetz Nr. 23 der US-Militärregierung verboten. Legal, illegal, total egal – was die Regierung der Form halber nicht selbst erledigen durfte, unternahm für sie die GfW. Man habe die Absicht, "die bei Ende des 2. Weltkrieges abgebrochene deutsche wehrkundliche Forschung wiederzubeleben ..., die militärischen Erfahrungen aus dem 2. Weltkrieg zu sammeln und auszuwerten und sie für den Fall einer Wiederaufstellung deutscher Streitkräfte nutzbar zu machen", stand 1954 in der Verbandszeitschrift. Es gebe, hatte die GfW schon ein Jahr vorher mitgeteilt, eine geregelte "Fühlungnahme" mit dem Kanzleramt bzw. mit der "Dienststelle Blank" – und zwar "in der Form, daß die Dienststelle in solchen Fragen, die für die Klärung eine Mitwirkung größerer Kreise des ehemaligen Offizierskorps oder sonstiger wehrfachlich sachkundiger Persönlichkeiten als wünschenswert oder zweckdienlich erscheinen lassen, sich der Mitwirkung der GfW bedient".

Bonn wollte für den Aufbau der Bundeswehr fachkundige Expertise, und es bekam sie auch – von erfahrenen Militärs. Die aber waren erst wenige Jahre zuvor aus dem NS-Eroberungskrieg zurückgekehrt. Einer von ihnen war **Georg Hans Reinhardt**, Präsident der GfW von 1954 bis 1963. Reinhardt hatte an den Überfällen auf Polen und Frankreich teilgenommen, operierte beim Angriff auf die Sowjetunion als Kommandeur der 3. Panzerarmee und wurde 1944 schließlich Befehlshaber der Heeresgruppe Mitte. Im Juni 1945 verhafteten ihn US-Einheiten, im Oktober 1948 wurde er verurteilt – wegen Kriegsverbrechen. „Glücklicherweise" wurde er schon im Juni 1952 äußerst vorzeitig aus der Haft entlassen, so dass er sich der GfW und damit auch dem Aufbau der Bundeswehr zur Verfügung stellen konnte. Nicht nur im Falle Reinhardt fügte sich eins zum anderen: Bonn plante eine neue Armee, die GfW stellte das Know-how bereit und nutzte dabei auch die Kenntnisse verurteilter Kriegsverbrecher.

In der Bundeswehr und den ihr nahestehenden Verbänden, etwa in der GfW, blieben Rechtsaußen-Traditionen von Anfang an erhalten. Die Traditionspflege der "Gebirgsjäger" in Mittenwald ist ein bekanntes Beispiel dafür. Gab es in den 1970er Jahren ernsthafte Bemühungen, innerhalb der Truppe ein sozialdemokratisches Gegengewicht zu schaffen, so hat sich spätestens 1990 das Blatt erneut gewendet. Der Historiker **Detlef Bald**, der bis 1996 als Wissenschaftlicher Direktor am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr arbeitete und über detaillierte Insider-Kenntnisse verfügt, bestätigte schon vor Jahren den Zusammenhang zwischen einer neuen Rechtsentwicklung bei der Bundeswehr und deren 1990 beginnender Neuorientierung auf weltweite Kriege. Im Auslandseinsatz wolle man autoritär geführte Kämpfer, "Duckmäusertum, Corpsgeist", beschrieb Bald die Entwicklung: Die Armeeführung fördere "eine ganz

eindeutig rechtslastige Motivationsstruktur".

Rechtsaußen-Kontakte und "Reinigungsprozesse"

Die Entwicklung in der Bundeswehr schlägt sich auch in den angegliederten Organisationen nieder, so etwa in der GfW. Sie wollte selbstverständlich nicht zurückstehen, als in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ein Generalleutnant a.D. vom Traditionsflügel der Bundeswehr mit seinen Thesen in Militärkreisen in Mode kam. Eine mittelhessische GfW-Sektion lud **Franz Uhle-Wettler** zum Vortrag ein. Das war Anfang 1999 – unglücklicherweise gerade zu dem Zeitpunkt, als ein *Panorama*-Team zur GfW recherchierte. Es fand heraus, dass Uhle-Wettler nicht nur den Überfall auf die Sowjetunion als "Präventivkrieg" verteidigt, sondern auch die Strafverfolgung des ehemaligen SS-Hauptsturmführers **Erich Priebke** als "absurd" eingestuft und 1989 das REP-Parteiprogramm mit erstellt hatte. Die Kontakte der staatsfinanzierten und bundeswehrnahen GfW nach ganz Rechtsaußen flimmerten am 4. Februar 1999 – kurz vor dem Überfall auf Jugoslawien – über die bundesdeutschen Bildschirme. Für die rot-grüne Regierung war das eine peinliche Situation, und so schimpfte Regierungssprecher **Uwe-Karsten Heye** in die *Panorama*-Kamera: "Es kann nicht angehen, und es wird nicht angehen, daß mit Steuergeldern rechtsradikale Agitation mit finanziert wurde oder ermöglicht wird."

Tatsächlich: Für die Bundesregierung sind extrem rechte Vorfälle in der Bundeswehr fast ein GAU, der schnellstmöglich beseitigt werden muss. Die neuen weltweiten Kriegseinsätze der deutschen Armee basieren ja auf der Versicherung, nie wieder nach NS-Manier zu wüten, sondern immer nur für Menschenrechte und das Gute zu kämpfen, am besten gleich zur Verhinderung eines "neuen Auschwitz" (Joseph Fischer). Rot-Grün griff also durch, bombardierte Belgrad und installierte wenige Tage später in der GfW einen neuen Präsidenten, den loyalen vormaligen Bundeswehr-Generalinspekteur **Hartmut Bagger**. Ein halbes Jahr später zog das *Ostpreußenblatt* entsetzt Bilanz. "Die Sektionsleiter der Gesellschaft mußten sich auf der Bundesversammlung Ostern 1999 verpflichten, zwölf Monate lang keinerlei Veranstaltungen zur Militärgeschichte und Traditionspflege durchzuführen", berichtete die Zeitung: "Außerdem mußte jede geplante Vortragsveranstaltung einer Sektion vom Landesvorsitzenden genehmigt werden." Der hatte sodann "die Verfassungsschutzberichte zu Rate zu ziehen und mußte prüfen, ob es sich bei dem Vortrag um Themen handelte, 'die mit dem Bundespresseamt abgesprochen sind'". "Von der Wehrmacht als Organisation zur Bundeswehr gibt es keine Traditionslinien", dekretierte Bagger: Wer dem nicht zustimme, "gehört nicht in die Gesellschaft für Wehrkunde. Diesen Reinigungsprozeß werden und müssen wir aushalten".

Die GfW hielt den "Reinigungsprozess" aus, aber Bagger nicht. Am 31. Mai 2000 trat er entnervt nach aufstandsähnlichen Unruhen in der Organisation vom Präsidentenposten zurück. Die Vorstellung, in Zeiten einer stabilen Rechtsentwicklung könne man breite Militärkreise von Kontakten nach Rechtsaußen abhalten, hatte sich als naiv erwiesen. Ein wenig vorsichtiger geworden ist man bei der GfW durchaus; gegenüber der Öffentlichkeit achtet die Organisation sorgfältig auf ein seriöses Image. Doch schaut man genau hin, dann entdeckt man immer wieder Berührungspunkte zur extremen Rechten, die im Militär selbst angelegt sind. So gab es etwa im März 2004 wieder Ärger, als eine GfW-Sektion in Schleswig-Holstein auf Druck von oben einen Referenten ausladen musste. Generalmajor a.D. **Gerd Schultze-Rhonhof**, in der Bundeswehr vor seiner Pensionierung territorialer Befehlshaber für die Bundesländer Niedersachsen und Bremen, hatte sein jüngstes Buch vorstellen wollen. Es behandelte die Ursprünge des Zweiten Weltkriegs und trug den Titel: "Der Krieg, der viele Väter hatte".

Europas „weltweite Interessen"

Die immer wieder aufscheinenden Rechtsaußen-Kontakte könnten sich für ein wichtiges aktuelles Projekt der GfW störend auswirken: für die Pläne zu einem europaweiten PR-Verband für das Militär. Gemeinsam mit ihrer französischen Partnerorganisation CiDAN (*Civisme Défense Armée Nation*) hat die GfW am 9. Oktober 2007 eine "Charta zur Förderung eines 'Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsbewusstseins'" verabschiedet, auf deren Grundlage ein EU-weiter Zusammenschluss mit Verbänden aus allen Mitgliedstaaten errichtet werden soll. Die EU, heißt es in dem Dokument, bedarf zur "Wahrung ihrer weltweiten Interessen" einer "Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik" sowie "europäisch organisierter und geführter, einsatzfähiger Streitkräfte". Um die künftigen EU-Kriege innenpolitisch abzusichern, wollen GfW und CiDAN den EU-weiten Kriegswillen stärken – "die Unterstützung für eine gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter den Bürgern der Europäischen Union stärken", wie es in korrektem Neusprech heißt. Sollte das Vorhaben gelingen, dann würden französische, britische oder polnische Organisationen mit deutschen Uhle-Wettler- und Schultze-Rhonhof-Fans unter einem organisatorischen Dach zusammengeschlossen – eine befremdliche Vorstellung. Sie erklärt, warum Berlin so penibel darauf achtet, Rechtsaußen-Kontakte der GfW zu unterbinden.

Von Günter Born

Das EL-DE-Haus in Köln

Gedenkstätten in NRW – Teil 3

Am 23. Oktober 1945 erschien im *Kölnischen Kurier* unter der Überschrift „Massenhinrichtungen im Kölner Gestapohaus" ein Beitrag über die Verbrechen, die in der Zeit des NS in dem Gebäude am Appellhofplatz begangen worden waren. Das 1934 / 1935 errichtete *EL-DE-Haus* (benannt nach den Initialen des Erbauers, **Leopold Dahmen**) hatte mit dem Sitz der Geheimen Staatspolizei für den Regierungsbezirk Köln seit Dezember 1935 eine der zentralen Institutionen des nationalsozialistischen Terrors im Rheinland beherbergt. Nicht zu Unrecht sprach die Zeitung daher von einem „Todeshaus". In den Kellern des Gebäudes waren tausende politische Gegner des Regimes, vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten, aber auch Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, nach Kriegsbeginn hauptsächlich Zwangsarbeiter, inhaftiert worden. Im Innenhof hatte die Gestapo im Herbst 1944 einen Galgen aufgestellt, um Hinrichtungen direkt vor Ort durchführen zu können. Mit Blick auf diesen Schauplatz nationalsozialistischer Verbrechen konstatierte der *Kölnische Kurier*: „Das Gestapo-Haus ist eines der am wenigsten beschädigten Gebäude der Innenstadt und [...] es wäre manchem Kölner zu wünschen, dass er sich diese Stätte des Grauens einmal ansehen würde."

Dieser Wunsch sollte sich zunächst nicht erfüllen. Für die folgenden drei Jahrzehnte verschwand die Geschichte des *EL-DE-Hauses* aus dem öffentlichen Gedächtnis der Domstadt. In der Nachkriegszeit bezogen städtische Einrichtungen wie etwa das Standesamt und die Rentenstelle das Gebäude. Die vormaligen Gefängniszellen fungierten als Aktendepots der Stadtverwaltung. Die Nutzung des *EL-DE-Hauses* während des „Dritten Reichs" fand lange Zeit weder anlässlich offizieller Gedenkveranstaltungen noch in lokalgeschichtlichen Veröffentlichungen besondere Erwähnung.

Kölner Erinnerungskulturen im ersten Nachkriegsjahrzehnt

In Köln setzte eine breitere Auseinandersetzung mit der lokalen NS-Vergangenheit erst Mitte der 1970er Jahre ein. Zwar waren bereits kurz nach Kriegsende Gedenktafeln und kleine Ehrenmahle errichtet worden. Diese gingen meist auf die Initiative ehemaliger Verfolgter des NS-Regimes zurück. Hingegen festigte sich in großen Teilen der Kölner Bevölkerung der immer noch lebendige Mythos, demzufolge die überwiegende Mehrheit der Einwohnerschaft aufgrund ihrer angeblichen spezifisch „kölschen" Mentalität dem Nationalsozialismus fern gestanden habe. Nicht die Empathie mit den Opfern des NS-Regimes, sondern die Klage über die Zerstörung der Stadt im Bombenkrieg, die bisweilen in den Kategorien einer griechischen Tragödie beschrieben wurde, prägte das öffentliche Bewusstsein.

Die Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit blieb im ersten Nachkriegsjahrzehnt eigentümlich abstrakt und rekurrierte vor allem auf christlich-religiöse Deutungsmuster. Dies zeigte sich besonders in der ikonografischen und ästhetischen Gestaltung der von der Stadt Köln seit dem Ende der 1940er Jahre meist in Kirchen bzw. in Kir-

chenruinen geschaffenen Gedenk- und Erinnerungsorte. Die bereits im November 1949 in der Ruine von St. Maria im Kapitol errichtete und als „Kölner Totenmal" bezeichnete Skulptur „Die Trauernde" folgte ebenso den Darstellungsformen christlicher Denkmalskultur, wie der 1952 in der Antoniterkirche angebrachte „Todesengel" von **Ernst Barlach** oder die von **Käthe Kollwitz** gestaltete Figurengruppe „Vater und Mutter", die 1959 in der zur städtischen Gedenkstätte deklarierten Ruine von St. Alban aufgestellt wurde. An die religiöse Symbolsprache knüpfte sich zudem ein Opferdiskurs, der die grundlegenden Unterschiede zwischen den Verfolgten des NS und den deutschen Leidenserfahrungen während des Zweiten Weltkriegs weitgehend einebnete. Die Präzedenzlosigkeit des Holocaust wurde erst im Kontext der von zwei Rechtsextremisten an Weihnachten 1959 verübten Synagogenschmierereien in Köln stärker wahrgenommen. Die „Täter, Opfer und Zuschauer" (**Raul Hilberg**) des NS auf lokaler Ebene gerieten dabei jedoch kaum in den Blick.

Erinnerungskulturelle Umbrüche

In dieser Hinsicht bildete die von zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen getragene Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Köln", die im Februar 1974 im Historischen Archiv der Stadt gezeigt wurde, einen erinnerungskulturellen Meilenstein. Erstmals rückten hier die Strukturen und Ausprägungen nationalsozialistischer Herrschaft „vor Ort" ins Zentrum der Betrachtung. Die breite Resonanz, die die Ausstellung hervorrief, ließ Konturen des sich während der 1970er Jahre wandelnden Umgangs mit der NS-Vergangenheit erkennen. Das Erkenntnisinteresse galt zunehmend den historischen Bedingungen sowie den konkreten Schauplätzen von „Widerstand" und „Verfolgung". Gleichzeitig wurden auch die Stimmen vernehmbarer, die kritisch auf die unbefriedigende juristische Ahndung der NS-Gewaltverbrechen hinwiesen.

In Köln war diese Entwicklung zunächst von den Initiativen Einzelner geprägt. So protestierte am 10. November 1966 der damalige Vorsitzende der VVN, **Walter Kuchta**, in der Ehrenfelder Hüttenstraße mit einem Schild gegen die oftmals von den Justizbehörden halbherzig betriebene Strafverfolgung mutmaßlicher NS-Täter. Es trug die Aufschrift: „Heute vor 22 Jahren wurden hier an dieser Stelle 11 Deutsche durch die Nazis ermordet! Frage an den Staatsanwalt: Ist das vergessen und erledigt?" In ähnlicher Weise versuchte seit Mitte der 1960er Jahre der junge Aktivist **Sammy Maedge** die Kölner Bevölkerung aufzurütteln, indem er in der Innenstadt mit selbst gebastelten Informationstafeln auf die von der Gestapo im *EL-DE-Haus* begangenen Verbrechen aufmerksam machte. Als besonders wirkungsmächtig erwiesen sich die von **Beate und Serge Klarsfeld** initiierten Aktionen gegen **Konrad Lischka**, den ehemaligen Gestapo-Chef von Paris, der, obgleich in Frankreich zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt, unbehelligt von der deutschen Justiz in Köln lebte. Nachdem die Klarsfelds im März 1971 mit ihrem Versuch gescheitert waren, Lischka nach Paris zu entführen, trugen die Proteste des Ehepaars sowie weiterer Opferverbände entscheidend dazu bei, dass sich der ehemalige Gestapo-Funktionär im Oktober 1979 doch noch vor dem Landgericht Köln wegen „Beihilfe zum Mord" an mindestens 73.000 deportierten französischen Juden verantworten musste.

Der steinige Weg zum NS-Dokumentationszentrum

Es war ein ganzes Bündel weiterer „von unten" angestoßener erinnerungskultureller Initiativen, die im Jahr 1979 einen Wendepunkt für die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in Köln markierten. So hatte bereits Anfang März eine illegale Aktion im *EL-DE-Haus* für Schlagzeilen gesorgt und breite Diskussionen um den Umgang mit dem Gebäude entfacht. Der Lehrer **Kurt Holl** und **Gernot Huber**, Fotograf des linken *Kölner VolksBlatts*, hatten sich nachts in den offiziell unzugänglichen Kellern der ehemaligen Gestapo-Zentrale einschließen lassen. Auf zahlreichen Fotos dokumentierten sie die noch erhaltenen Wandinschriften, die von den dort während der NS-Zeit Inhaftierten angebracht worden waren. Die Resonanz auf die Veröffentlichung der Bilder war gewaltig. Selbst im Ausland, etwa in Frankreich, Italien und in der Sowjetunion erschienen Berichte über die verdrängte Geschichte des *EL-DE-Hauses*. Unter dem Eindruck dieser Entwicklung beschloss der Stadtrat parteiübergreifend, die von der 1978 gegründeten „Initiative für ein Dokumentationszentrum im EL-DE-Haus" und verschiedenen Einzelpersonen geforderte Gedenkstätte mit samt einem Dokumentationszentrum einzurichten.

In der Folgezeit wurden die Wandinschriften restauriert und die Kellerräume des *EL-DE-Hauses* Anfang Dezember 1981 im Rahmen einer Feierstunde eröffnet. Die Einrichtung der Gedenkstätte bedeutete jedoch keineswegs das vermeintlich glückliche Ende einer, wie man meinen könnte zunächst defizitären, auf lange Sicht aber „erfolgreichen" Bewältigung der NS-Vergangenheit in Köln. Im Gegenteil: Die Auseinandersetzungen um das *EL-DE-Haus* rissen während der 1980er Jahre nicht ab. Vor allem hinsichtlich der im Dezember 1979 angekündigten Gründung eines NS-Dokumentationszentrums tat sich jahrelang kaum etwas. Im Historischen Archiv der Stadt war zwar eine Stelle zur Erforschung des NS in Köln geschaffen worden, doch dabei blieb es vorläufig. Von der Existenz eines „Dokumentationszentrums" konnte somit nicht die Rede sein. Vielmehr drohte, wie es in einem Schreiben der SPD-Ratsfraktion aus dem Jahr 1985 hieß, das NS-Dokumentationszentrum zu einer „Alibi-Dienststelle" zu verkommen.

Erst gesellschaftlicher Druck sollte Bewegung in die Angelegenheit bringen. Mit Flugblattaktionen und einer Demonstration vor dem *EL-DE-Haus* skandalisierte die „Initiative für ein Dokumentationszentrum" die weiterhin unzureichende städtische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in Köln. Um ihrer Kritik Nachdruck zu verleihen, besetzten Aktivisten im März 1987 sogar das im *EL-DE-Haus* untergebrachte Büro des Rechtsdezernenten der Stadt.

Netzwerke der Erinnerung

Die Proteste hatten Erfolg. Im Juni 1987 beschloss der Stadtrat erneut die Gründung eines Dokumentationszentrums. Die personelle und materielle Ausstattung der Einrichtung wurde seitdem mehrfach aufgestockt. Dennoch dauerte es weitere zehn Jahre, bis im Juni 1997 das NS-Dokumentationszentrum in den Räumen des EL-DE-Hauses eröffnet werden konnte. Dessen Kernbestandteil bildet die Dauerausstellung „Köln im Nationalsozialismus", die sich mit den konkreten und vielschichtigen Ausprägungen nationalsozialistischer Herrschaft im lokalen Kontext beschäftigt. Ferner rücken auch lange Zeit „vergessene" Opfergruppen, beispielsweise Sinti und Roma, Homosexuelle und Zwangsarbeiter ins Zentrum der Betrachtung. Mittlerweile bietet das *EL-DE-Haus* mit einer gut bestückten Bibliothek, Vortragsräumen sowie umfangreichen wissenschaftlichen und pädagogischen Begleitprogrammen ein breites Spektrum an Angeboten, die eine eingehende Beschäftigung mit der NS-Zeit in der Domstadt ermöglichen.

Die Etablierung des NS-Dokumentationszentrums führte somit nicht zu einer entpolitisierenden Musealisierung der NS-Vergangenheit. Vielmehr wurden von der Einrichtung und ihrem Umfeld bis heute zahlreiche oftmals unbequeme erinnerungskulturelle Initiativen angestoßen, die auf verdrängte Aspekte der NS-Zeit in Köln aufmerksam machten. So konstituierte sich 1989 die Projektgruppe „Messelager" im „Verein EL-DE-Haus", die u.a. durch ein internationales Symposium die Bedeutung und Funktion des Messegeländes für das KZ- und Zwangsarbeitssystem des NS thematisierte, von dem nicht zuletzt Kölner Unternehmen erheblich profitiert hatten. In diesem Zusammenhang fanden auch Forderungen nach einer Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter zunehmend Beachtung.

Aber auch durch einige bemerkenswerte Ausstellungsprojekte, wie etwa „Jüdisches Schicksal in Köln 1918-1945" (1988), „Besonderes Kennzeichen: Neger – Schwarze im NS-Staat (2002), oder „Der Lischka-Prozess" (2006), die vom Dokumentationszentrum erarbeitet bzw. unterstützt worden waren, gerieten weitere Facetten der NS-Vergangenheit in Köln und deren Nachwirken bis in die Gegenwart in den Blick. Darüber hinaus fanden und finden künstlerische Formen der Auseinandersetzung mit dem NS im *EL-DE-Haus* ihren Platz. Eine enge Kooperation besteht beispielsweise mit dem Künstler **Gunter Demnig**, der bereits 1990 mit einer aufsehenerregenden Aktion an die Deportationen der Sinti und Roma erinnerte, indem er eine kilometerlange Kreidespur durch die Kölner Innenstadt zog. Die von ihm gestalteten „Stolpersteine" – kleine Gedenktafeln aus Messing, die in das Straßenpflaster unmittelbar vor den ehemaligen Wohnhäusern ermordeter NS-Opfer eingelassen werden – finden sich mittlerweile an mehreren hundert Orten in Deutschland, Österreich und Ungarn.

Die Aktivitäten lassen erkennen, dass das NS-Dokumentationszentrum Bestandteil eines erinnerungskulturellen Netzwerks geworden ist, das sich vor allem während der letzten drei Jahrzehnte in oftmals zähen Auseinandersetzungen um die NS-Vergangenheit in Köln herausgebildet hat. Der Blick auf die wechselvolle Geschichte des *EL-DE-Hauses* nach 1945 offenbart daher zweierlei. Zum einen wird deutlich, wie lange es vor allem auf lokaler Ebene dauerte, bis das „kommunikative Beschweigen der Vergangenheit" (**Hermann Lübbe**) zu bröckeln begann. Zum anderen verweist der steinige Weg zum NS-Dokumentationszentrum auf die kaum zu überschätzende Rolle, die erinnerungskulturelle Initiativen „von unten" für die Etablierung der NS-Gedenkstätten, zumal in NRW spielten. Ohne deren beharrliche Vorstöße wäre im *EL-DE-Haus* vermutlich weder die Gedenkstätte in den ehemaligen Gefängniszellen, noch das NS-Dokumentationszentrums eingerichtet worden. Somit machen die Auseinandersetzungen um das *EL-DE-Haus* vor allem darauf aufmerksam, dass sich Erinnern und Vergessen nicht in einem jenseits der Gesellschaft gelagerten Raum vollzieht, sondern ein jeweils veränderbares und grundsätzlich ergebnisoffenes Resultat gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse darstellt. Das Kölner Beispiel zeigt, wie wichtig und erfolgreich es sein kann, sich dessen bewusst zu sein.

Kulisse für ein speziell „deutsches" Genre: den Bergfilm

Von Michael Fehrin

Die braune Traumfabrik

Film unter'm Hakenkreuz

Von 1933-45 stellte die deutsche Filmindustrie mit etwa 1.100 abendfüllenden Spielfilmen nach der amerikanischen die größte der Welt dar. 90 Prozent Unterhaltung und 10 Prozent Propaganda war, wie Joseph Goebbels oft betonte, angeblich seine Mixtur. Erstaunlicherweise glaubte man ihm selbst in der Nachkriegszeit, denn Spielfilme des Dritten Reiches wurden in der Sowjetunion, der DDR und erst recht in der BRD oft gezeigt Was machte es da schon aus, dass z.B. der Kameramann Bruno Mondi, der die junge Bundesrepublik mit schönen Bildern in „Sissi" beglückte, schon beim Durchhaltedrama „Kolberg" 1944 hinter der Kamera stand?

Propaganda – was bedeutet das?

Für Goebbels waren Filme als Propagandamittel von großer Bedeutung: „Wir sind der Überzeugung, dass der Film eines der modernsten und weitreichendsten Mittel zur Beeinflussung der Massen ist, die es überhaupt gibt. Eine Regierung darf deshalb den Film nicht sich selbst überlassen." Und **Adolf Hitler** brachte in „Mein Kampf" zu Papier: „Was konnte man aus dem Friedensvertrag von Versailles machen! ... In der Maßlosigkeit seiner Unterdrückung, in der Schamlosigkeit seiner Forderungen liegt die größte Propagandawaffe zur Wiederaufrüttlung der eingeschlafenen Lebensgeister einer Nation. Dann muss allerdings, von der Fibel des Kindes angefangen bis zur letzten Zeitung, jedes Theater und jedes Kino (!), jede Plakatsäule und jede freie Bretterwand in den Dienst dieser einzigen großen Mission gestellt werden, bis das das Angstgebet unserer heutigen Vereinspatrioten 'Herr mach uns frei' sich in dem Gehirn des kleinsten Jungen verwandelt zur glühenden Bitte: 'Herr segne unseren Kampf.'"

Was Propaganda im Einzelnen bewirken kann und zu welchem Grad Filme Menschen objektiv manipuliert haben, ist kaum messbar. Einer der erfolgreichsten Spielfilme während des Dritten Reiches war „Die große Liebe" von **Rolf Hansen**, ein Melodram mit **Zarah Leander**. Etwa 28 Millionen Menschen fieberten in diesem Film mit und hörten Songs wie „Ich weiß, es wird einmal ein Wunder geschehen" und „Davon geht die Welt nicht unter", die noch heute populär sind. In einer Szene, die nach dem Krieg geschnitten wurde, sieht man Wehrmachts- und SS-Soldaten gemeinsam friedlich schunkelnd Za-

rahs Gesang lauschen. Dieser Film galt für die Mehrheit der Zuschauer als unpolitisch, eine Gleichsetzung von Wehrmacht und SS fiel damals nicht auf (der Mythos von der bösen SS und der sauberen Armee entstand erst nach Kriegsende). Der Hetzfilm „Jud Süss" wurde KZ-Wachmannschaften vorgeführt und galt generell als großer Publikumserfolg. Aber wurden die Verbrechen und die Täter dadurch wirklich noch schlimmer?

General Ludendorff setzt erste Signale

Vor dem Ersten Weltkrieg gab es kaum eine deutsche Filmindustrie. Dies veränderte sich 1914. Gab es 1913 nur 28 Filmgesellschaften, waren es 1919 bereits 245, die große Mengen patriotischer Filme produzierten. In der Stummfilmära bevorzugte man kurze Formate. Zwar galt Film damals nicht als Kunst und der gute Schauspieler suchte die Bühne. Trotzdem entwickelte sich das Medium prächtig, was sich auch an seinem Organisationsgrad zeigte. Diverse Organisationen und Verbände der Filmindustrie entstanden. Die bedeutsamste: Im November 1917 regte General Ludendorff die Gründung der UFA an, den Zusammenschluss der führenden Hauptfilmunternehmen. Das Hauptziel lautete schon damals: Propaganda verbessern! Demokratische Einstellungen zu vermitteln, war nicht Teil des Auftrags. Die Novemberrevolution 1918 brachte eine kurze Befreiung, es fand bis 1920 keine Zensur statt. Die frühe Blüte des deutschen Sexfilms sorgte jedoch quer durch alle Parteien wieder für den Ruf nach Zensur.

Bedenkt man, dass gegen Ende der Fünfziger Jahre das Fernsehen zur Massenkultur wurde, wird klar, dass die Jahre 1933-1945 die große Zeit des Kinos in Deutschland war. Zwar gab es Qualitätsfilme wie „M – eine Stadt sucht einen Mörder" von **Fritz Lang**. Dennoch war das Meiste seicht und deutsch national eingefärbt. Und bereits vor Januar 1933 wurde der kommunistische Film „Kuhle Wampe" verboten. In dieser Zeit bildete sich auch ein speziell „deutsches" Genre: der Bergfilm. Für Kritiker wie **Kracauer** der protofaschistische deutsche Film schlechthin. Dazu gehören: Die „Weiße Hölle von Piz Palü" von **Arnold Fanck**, „Blaues Licht" von **Leni Riefenstahl** und die **Luis-Trenker**- Filme.

Bemerkenswert ist außerdem der Film „Morgenrot", 1932 gedreht und Anfang 1933 in die Kinos gekommen – ein bis dahin unerreichter U-Boot Film. 1939 wurde er wieder gezeigt, allerdings mit einer kleinen Kürzung. In der Ursprungsversion gezeigtes Mitleid mit ertrinkenden englischen Seeleuten fehlte 1939. Der Regisseur **Gustav Ucicky** drehte später NS-Filme wie „Mutterliebe" und den antipolnischen Film „Heimkehr".

Vor dem Krieg

Bereits vor 1933 versuchten Nazis, Einfluss auf Kinoprogramme zu nehmen. Berühmt für Störversuche der Nazis wurde das Beispiel von Berliner SA Männern, die 1930 Mäuse im Kino aussetzten während der pazifistische Film „Im Westen nichts Neues" lief. Wichtiger aber waren die organisatorischen Fortschritte der Nazis. Schon 1932 entstanden NS-Verbandszellen im Kinobesitzerverband. Die Nazis biederten sich mit wirtschaftlich populären Forderungen wie gegen die „2 Kracherprogramme" (welche die Kinobetreiber zwangen, zwei Filme zum Preis von einem zu zeigen), propagierten aber auch schon „die Ausschaltung der Juden aus dem Filmwesen".

Ab 1930 gab es erste „Nazi"-Kinos. Vorreiter waren **Carl Neumanns** Helios Lichtspiele. Sein Buch mit dem bezeichnenden Titel „Filmkunst, Filmkohn, Filmkorruption" ist ein seltener Bericht über diese Zeit. 1931 galten bereits 22 Kinos in Berlin als braun. Ab 1930 besaß die NSDAP eine Reichsfilmstelle, die 1932 acht Landesverbände hatte.

1933 schaltete das Propagandaministerium den alten Verband gleich, Kinobesitzer mussten nun in die vorläufige Filmkammer eintreten. Am 22. September 1933 wurde die Reichskulturkammer mit einer Unterabteilung, der Reichsfilmkammer, gegründet. Goebbels avancierte zum „Schirmherr des deutschen Films". Am 16. Februar 1934 trat ein Lichtspielgesetz über Zensur und die zu vergebenden Prädikate in Kraft, die zu finanziellen Vorteilen bei der Vergnügungssteuer führten. Darin hieß es aber auch, dass der Film nicht zugelassen würde, „wenn die Prüfung ergibt, dass die Vorführung des Films geeignet ist, das nationalsozialistische oder künstlerische Empfinden zu verletzen". Alle Kinobesitzer, Filmschaffende und Schauspieler mussten der Kammer angehören und wurden bei „Unzuverlässigkeit" ausgeschlossen, was einem faktischen Berufsverbot gleichkam. Durch die staatliche Filmkreditbank, die Aktien der großen Filmfirmen kaufte, übte man weiteren Einfluss aus. Im Februar 1942 entstand schließlich die UFI, der Zusammenschluss der verbliebenen Firmen. Obwohl die Filmindustrie nicht völlig verstaatlicht war, unter kapitalistischen Vorzeichen blieb und man mit Film gutes Geld verdienen konnte, war die politische Kontrolle über die Produktionen nun fast vollkommen. Selbstverständlich war der jüdische Kinobesitz längst arisiert.

Auf dem Höhepunkt der deutschen Macht 1942 flimmerte die buntgrausam glitzernden Nazi-Traumwelten von etwa 7.000 Leinwänden.

Doch noch der Platz an der Sonne

1933 kamen stark propagandistische Filme auf den Markt, die die „Kampfzeit der NSDAP" widerspiegeln. Zu den Bekanntesten gehören sicherlich: „SA Mann Brandt" von **Franz Seitz** und die glorifizierende, verfälschende Adaption der **Horst-Wessel**-Geschichte: „Hans Westmar, einer von vielen" (Regie **Franz Wenzler**).

Sehr populär wurde auch der Film „Hitlerjunge Quex" (Regie **Hans Steinhoff**, Herstellungsleitung **Karl**

Ritter), in dem **Heinrich George** als kommunistischer Familienvater zu sehen ist, der seinen Sohn nicht daran hindern kann, in die HJ einzutreten. Mit Karl Ritter und Hans Steinhoff begegnen wir hier zwei der bekanntesten NS-Filmer. Vor allem Steinhoff galt als strammer Nazi, der außerdem Filme wie „Mutter und Kind", „Robert Koch" und „Ohm Krüger" schuf. Seine Spur verliert sich im Jahr 1945, wahrscheinlich starb er beim Versuch, Prag zu verlassen. Karl Ritter hingegen gab sich eher unpolitisch, drehte aber militaristische Schinken wie „Legion Condor", „Über alles in der Welt", „Stukas" und „Besatzung Dora". Er floh nach Argentinien, wo er 1977 starb, konnte aber in Deutschland 1954 noch „Ball der Nationen" realisieren. Beide Männer zeichneten sich mehr durch ihre systemkonforme politische Ausrichtung als durch Talent aus.

Nicht ohne Talent war dagegen Leni Riefenstahl. Sie konnte nach dem Zweiten Weltkrieg keine „größeren" Filme mehr drehen, was manche Feministin als Rache an einer Frau in einer Männerdomäne wertete. Allerdings zeigte sich Riefenstahl unbelehrbar über den Charakter des Dritten Reiches. Ihre Bilder von den Reichsparteitagen und von den Olympischen Spielen 1936 in Berlin gelten als typische Naziästhetik. Die Parteitage wurden ähnlich religiösen Erweckungsveranstaltungen dargestellt, der sportliche Wettbewerb war eine perfekte Betrachtung des arischen Körpers. Dennoch war Leni Riefenstahl eine Ausnahme im Dritten Reich. Nicht eingebunden in die NS-Filmindustrie, arbeitete sie doch direkt im Auftrag des Führers. Dabei machte sie als Frau Karriere in einer Gesellschaftsform, der nichts ferner lag, als genau das.

Zugestehen muss man ihr fairerweise ihre ambivalente Persönlichkeit. Immerhin gab sie ihren Job als Kriegsberichterstatterin auf, als sie Zeugin eines Kriegsverbrechens an polnischen Juden wurde. Solche Anwandlungen hinderten sie trotzdem nicht daran, freundschaftliche Kontakte zu den übelsten Nazis zu pflegen, wie dem fränkischen Gauleiter und *Stürmer*-Herausgeber **Julius Streicher**.

Davon geht die Welt nicht unter...

Während des Krieges wurden die Propagandastreifen des Regimes extremer, während Unterhaltungskost wie „Die Feuerzangenbowle" oder „Baron Münchhausen" weiterhin die Menschen fesselte. In der Propaganda dominierten zu Beginn des Krieges antibritische Filme wie „Ohm Krüger" oder „Mein Leben für Irland". Ansonsten wurde den Deutschen vermittelt, dass große Männer Weltgeschichte machen. Schließlich wurden sie doch vom größten Mann der Geschichte geführt... **Robert Koch**, **Rembrandt**, **Carl Peters**, **Andreas Schlüter** usw. wurden in aufwendigen Produktionen verewigt. Und immer wieder wurde die Geschichte **Friedrich des Großen** aufgegriffen. In „Der Große König" 1942 von **Veit Harlan** wird in einem Akt der Geschichtsklitterung Preußen mit Deutschland gleichgesetzt. Alle liberalen Aspekte des Königs verschwinden, und er mutiert allein zum obersten Militär. Hauptaussage des Films ist: Das Leben des Einzelnen ist im Vergleich zum „Wohl der Nation" unbedeutend.

„Der ewige Jude" und „Jud Süss" brachten dem großen Publikum in den Kinosesseln den Antisemitismus nah. Während „Jud Süss" mit **Werner Krauss**, **Ferdinand Marian**, Heinrich George und **Kristina Söderbaum** Starkino bot, war „Der ewige Jude" ein Pseudodokumentarfilm von **Fritz Hippler**, der sich durch extreme Bösartigkeit auszeichnet. So rechtfertigt er die in der Bevölkerung nicht unbekannte Judenvernichtung propagandistisch. „Jud Süss" von Veit Harlan geht nicht ganz so weit, doch am Ende fordert das aufgebrachte Volk: „Hängt den Juden". Veit Harlan gestaltete auch den Durchhaltefilm der späten Nazizeit: „Kolberg". Filmisch ist dieser Streifen vor allem in der ersten Stunde durchaus beeindruckend. Er wurde 1943/44 mit Tausenden von Soldaten als Statisten, die dafür von der bereits kriselnden Front abgezogen wurden, gedreht. Uraufführung hatte er im Januar 1945 in der von den Alliierten belagerten Atlantikfestung La Rochelle. Mit 8,5 Millionen Reichsmark Kosten war er der teuerste Film, der während des Dritten Reiches hergestellt wurde. Das Ende des Regimes konnte auch er nicht verhindern.

Das Leben geht weiter

Gibt es ihn überhaupt, den „Nazifilm"? Fakt ist: Die Produktionen der NS-Zeit unterschieden sich nicht wesentlich von den meisten der späten Weimarer Zeit oder von denen im Westen der 50er und 60er Jahre. So konnte **Heinz Rühmann** von „Die drei von der Tankstelle" 1930 über die „Feuerzangenbowle" 1944 bis zu „Briefträger Müller" 1953 immer denselben Typ spielen und es zum beliebtesten Schauspieler der frühen Bundesrepublik bringen.

100 von den Alliierten nach Kriegsende verbotene Filme verschwanden im Giftschrank, in dem viele bis jetzt liegen. Später wurden vor allem **Leni Riefenstahl** und **Veit Harlan** von Cineasten und Freunden reiner Filmkunst wieder salonfähig gemacht. Harlan war zuvor von der BRD-Justiz zwei Mal frei gesprochen worden. Selbst jemand wie **Fritz Hippler**, der den vielleicht brutalsten und offensten Propagandafilm, „Der Ewige Jude" drehte, wurde nie belangt. Hipplers Machwerk – obwohl es nicht repräsentativ für die Propaganda des Dritten Reiches und schon gar nicht für die „normalen" Spielfilme war – könnte man als den Nazifilm schlechthin ansehen! Ihm fehlt zwar die übliche Mischung aus Dummheit, Ignoranz, Jovialität, Lust an der Volksgemeinschaft und herrlichem Kriegerleben. Aber es ist ein Film, in dem das Regime die Maske fast ganz fallen lässt und der letztlich nichts anderes ist, als die direkte Aufforderung zum Mord.

Foto: arbeiterfotografie.com

Das Interview wurde geführt von Lars H. Schmidt

Kampf um Legalisierung

Interview mit Barbara Laubenthal

In Europa leben viele Millionen Menschen ohne einen gültigen Aufenthaltsstatus als „Papierlose". 1996 entstand in Frankreich, eine soziale Bewegung von MigrantInnen, die gegen die Entrechtung und für eine Regularisierung kämpften. 2001 forderten Illegalisierte in der Schweiz und in Spanien „Papiere für alle". Die Poltikwissenschaftlerin Barbara Laubenthal hat nun die erste vergleichende Studie zur Entstehung und den Erfolgsbedingungen der Sans-Papiers-Bewegungen in Europa vorgelegt.

Wie haben die Bewegungen ihre Forderung nach „Papieren für Alle" in die Öffentlichkeit gebracht?

In allen Fällen haben sie ihre Forderungen durch radikale Aktionen in die Öffentlichkeit gebracht, durch Kirchenbesetzungen oder Hungerstreiks. Obwohl die drei Länder und das Vorgehen der dortigen sozialen Bewegungen recht unterschiedlich sind, ist das eine Gemeinsamkeit. Selbst in der Schweiz, wo soziale Bewegungen eher moderat und konsensorientiert auftreten, gab es sie. Die Bewegungen haben ihr Anliegen unterschiedlich legitimiert. Aber in allen Fällen wurde mit einer historischen Verantwortung der Aufnahmeländer argumentiert. In Frankreich mit dem Einsatz afrikanischer Soldaten im Zweiten Weltkrieg: „Unsere Großväter haben für Frankreich gekämpft und haben etwas für diese Land getan, deshalb hat Frankreich eine moralische Verantwortung uns hier ein Aufenthaltsrecht zu gewähren." Auch wurde stark mit Frankreichs Selbstbild als „Land der Menschenrechte" argumentiert. Trotz des Ideals von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" müssten Migranten unter menschenunwürdigen Verhältnisse leben. Die Migranten, die die Proteste in Spanien angeführt haben, kamen aus Ecuador und sagten, dass sie aufgrund der Kolonialgeschichte zum „Mutterland" gehörten. Die Bewegung war hier weniger konfrontativ. Es wurde mit der gemeinsamen Sprache, Kultur und Religion argumentiert. „Wir beten zur gleichen Jungfrau" war ein oft wiederkehrender Topos. In der Schweiz, wo vor allem Leute aus Ex-Jugoslawien den Protest trugen, war die historische Beziehung kürzer. Sie waren als Gastarbeiter ins Land gekommen und sagten: „Wir haben eure Schulen und eure Straßen gebaut, bedienen euch in den Restaurants. Wir haben ein Recht hier zu bleiben."

Was löste die Proteste aus?

Der Auslöser war die Rücknahme von Rechten im Bereich der Migrationspolitik. In allen drei Staaten existierten zuvor Legalisierungsmöglichkeiten. Illegaler Aufenthalt wurde bis zu einem gewissen Grad toleriert. In der Schweiz konnten Illegale sogar sozialversicherungspflichtig arbeiten. Viele dieser Regularisierungsmöglichkeiten [1] wurden zurückgenommen, Ausweisungen entschieden.

Was waren weitere Entstehungsfaktoren der Bewegungen?

Sicherlich, dass es neue Unterstützergruppen gab. In Frankreich wurde in den Neunziger Jahren eine Obdachlosen- und Arbeitslosenbewegung sehr stark. Es gab also Gruppen, die sich schon auf marginalisierte Gesellschaftsgruppen fokussiert hatten. Sie sagten: „Wir sind sans-logis", also ohne Obdach und „sans-emploi", also ohne Arbeit. In diesen Diskurs wurden auch die „sans-papiers" aufgenommen. Neue Gruppen, wie die Wohnungsloseninitiative *Droits devant* haben die illegale Migration zu einem ihrer zentralen Themen gemacht. Auch in Spanien hatte sich die Zivilgesellschaft im Bereich Migration vor Ausbruch der Kämpfe politisiert. Es waren neue Gruppen entstanden, die sich nicht nur mit sozialer Absicherung und konkreten Hilfestellungen beschäftigt haben, sondern die die Migrationspolitik explizit kritisierten und für radikalere Forderungen und Aktionen bereit waren.

Wie wichtig war die Unterstützung dieser Gruppen?

Die Unterstützung von Außen war für

[1] „Regularisierung" bezeichnet die Legalisierung des Aufenthaltes.

den Erfolg der Bewegungen sehr wichtig, für die Entstehung der Proteste aber nicht unbedingt. In Frankreich wurden die Unterstützergruppen von den ersten Aktionen überrascht. Die Migranten, die in Wohnheimen lebten, hatten sich selbstständig zusammengeschlossen und ihre Aktionen geplant, ohne jemanden zu informieren. Aber als die Kirchenbesetzungen starteten, waren die Unterstützer sofort zur Stelle. Sie sind besonders wichtig, da illegale Migranten über wenig Ressourcen verfügen, weder über Geld, Infrastruktur noch über Zugang zu den Medien. In der Schweiz waren es Antirassismus-Gruppen und Gewerkschaften, die offen für die Aktionen der Sans-Papier waren. In allen Fällen waren die Medien eine wichtige Unterstützung. Das Auftreten der Bewegungen war sehr medienkompatibel und hatte einen hohen Nachrichtenwert. Skandalisierung und Emotionalisierung waren einfach. Die Story konnte gut personalisiert werden. Die Medien haben aber nicht nur durch ihre Berichterstattung, sondern auch durch ihre politische Positionierung die Proteste unterstützt. Sie haben die Einwanderungspolitik kritisiert und einen sachlichen Diskurs für die Migranten geführt.

Wie erfolgreich waren die Bewegungen?

In Spanien wurde als Reaktion eine neue Regularisierungskampagne durchgeführt. In Spanien sind Regularisierungen zwar ein etabliertes Instrument der Migrationspolitik, aber als der damalige Ministerpräsident **Aznar** an die Macht gekommen war, wollte er keine Regularisierungen mehr durchführen. Die Einwanderungspolitik war verschärft worden. Die Legalisierungen waren also ein Erfolg der Proteste. In Frankreich ist nach den Protesten die sozialistische Regierung an die Macht gekommen und hat eine Regularisierung durchgeführt, was sicher auch auf den Druck der Bewegung und die große Medienöffentlichkeit zurückzuführen ist. In der Schweiz hat die Bewegung das Ziel kollektive Regularisierung zwar nicht erreicht, aber die Forderung hat deutlich an Legitimität gewonnen.

Warum gab und gibt es in Deutschland keine vergleichbare Bewegung?

Aufgrund meiner Ergebnisse würde ich sagen, dass es vier Faktoren gibt, die dagegen sprechen: Erstens gab es in Deutschland nie kollektive oder individuelle Legalisierungsmöglichkeiten. Es gibt somit keine Erfahrung von illegalen Migranten, auf die sie aufbauen können. Zweitens gibt es in Deutschland ein sehr hoch entwickeltes System von Registrierung und Überwachung. Es gibt einen Datenabgleich zwischen Behörden, das Ausländerzentralregister und den Übermittlungsparagrafen, der öffentliche Stellen verpflichtet, illegalen Aufenthalt zu melden. Das ist ein sehr engmaschiges, repressives System. Es führt sicher dazu, dass die Furcht vor Entdeckung unter den hier lebenden Illegalen stärker ist.

Die Angst vor Abschiebung, die auf politische Aktivitäten folgen kann..

Ja, das sind verzweifelte Leute. Auch in den anderen Ländern sind sie an die Öffentlichkeit getreten, als Abschiebungen verstärkt stattgefunden haben und Rechte zurückgenommen wurden. Die Leute waren sehr unter Druck, aber in einem anderen Kontext. Es gab eine Chance legalisiert zu werden, weil es Regularisierungen schon einmal gegeben hatte. Zudem existierten starke Argumentationsmuster, die dem Staat eine besondere moralische Verpflichtung auflegten.
Drittens wird in der deutschen Zivilgesellschaft die Forderung nach kollektiver Legalisierung für illegale Migranten vergleichsweise selten erhoben. Ich habe den Eindruck, dass sich viele Forderungen vor allem auf die geduldeten Flüchtlinge beziehen. Viertens gibt es in Deutschland eine sehr legalistische politische Kultur und keinerlei Amnestietradition wie in Frankreich und in Spanien. Es ist wohl ein Mix aus diesen Gründen, der verhindert, das hier eine solche Bewegung entsteht.
Eine Bewegung braucht einen konkreten Auslöser. In Spanien war es ein Unfall, bei dem illegale Migranten ums Leben gekommen sind. Eine umfangreiche Berichterstattung folgte, die auch die Lebenssituation der Illegalen, die Ungerechtigkeit und die Ausbeutung thematisiert hat. Die Zeitungen selbst haben eine Pro-Legalisierungsdiskurs entwickelt. Das ist natürlich auch in Deutschland vorstellbar.

Die von den Innenministern beschlossene „Bleiberechtsregelung" hat sehr harte Kriterien und wird die geweckten Hoffnungen auf einen sichern Aufenthaltsstatus deshalb für viele nicht erfüllen können. Kann aus ihr ein Konfliktpotential erwachsen ?

Eine Bewegung von abgelehnten und geduldeten Asylbewerbern, die die Bleiberechtsreglung nicht nutzen können und deshalb protestieren, ist theoretisch denkbar. Aber es würde voraussetzen, dass Migranten tatsächlich bereit sind, mit spektakulären Aktionen an die Öffentlichkeit zu gehen und dass zivilgesellschaftliche Gruppen sie dabei von Anfang an sehr stark unterstützen. Meiner Meinung nach wäre die Entstehung von Protesten am wahrscheinlichsten, wenn Migranten selbst das Gefühl hätten, gute Argumente für ein Bleiberecht zu haben und sie die Medien davon auch überzeugen könnten.

Barbara Laubenthal
Der Kampf um Legalisierung. Soziale Bewegungen illegaler Migranten in Frankreich, Spanien und der Schweiz.
Campus Verlag 2007
ISBN 978-3-593-38-360-6

Von Tanja Herrmann

88 Fragen und Antworten zur NPD

Das Buch „88 Fragen und Antworten zur NPD" diskutiert Weltanschauung, Strategie und Auftreten der NPD. Fragen, die besonders dann im Licht der Öffentlichkeit stehen, wenn wieder ein Verbot der Partei auf der politischen Tagesordnung steht. Die Herausgeber **Fabian Virchow** und **Christian Dornbusch** haben nun ein Werk zusammengestellt, das – anders als viele oftmals spezialisierte Publikationen zu der extrem rechten Partei – als Handreichung für „Gespräche und Diskussionen, im Schulunterricht oder am Arbeitsplatz, der politischen Bildungsarbeit oder im Rahmen politischen Engagements" dienen soll. Gemeinsam mit 42 namhaften Autoren aus Wissenschaft, Journalismus und Praxis, darunter **Andrea Röpke**, **Andreas Speit**, **Jan Raabe**, **Alexander Häusler** und **Rena Kenzo**, geben sie jeweils in mehreren kurzen Beiträgen Antworten zu zwölf verschiedenen Themenblöcken. Neben der historischen Entwicklung, Weltanschauung und Strategie werden hier auch Positionierungen, Führungspersonal, Geschlechterfragen, Infrastruktur, Bündnispartner und die Verbotsdebatte diskutiert. Ein letzter Abschnitt befasst sich mit der Frage, wie der NPD entgegen getreten werden kann und gibt Empfehlungen beispielsweise für Schule und Jugendarbeit, Gewerkschaften sowie ein entschlossenes Handeln auf der Straße und in den Parlamenten. Einen von den Herausgebern bewusst provokant gewählten Vorgeschmack auf die manchmal „versteckte" Ideologie der NPD gibt bereits der Titel des Buchs. Die 88 steht für das Buchstabenkürzel HH, den achten Buchstaben im Alphabet, und damit für den verbotenen Gruß „Heil Hitler".

Zwar wird nicht jeder Artikel immer dem Anspruch gerecht, auch für nicht wissenschaftlich geschulte Leser leicht lesbar zu sein. Im Großen und Ganzen jedoch laden die kurzen und ohne Fußnoten geschriebenen Artikel sowie der Aufbau zum Lesen ein. Dabei eignet sich das Buch sowohl als Nachschlagewerk als auch zum Einstieg in das Themengebiet. Den Autoren ist der Balanceakt gelungen, trotz 44 Beitragenden ein stimmiges Werk zu erstellen.

Fabian Virchow,
Christian Dornbusch (Hrsg)
88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können
Wochenschauverlag,
Schwalbach/Taunus 2008
336 S., 24,80 Euro

Von Johannes Lohmann

Schwule Nazis

Das Verhältnis der extremen Rechten zum Thema Homosexualität ist nicht frei von Widersprüchen. Obwohl es auch in der NSDAP Schwule gab – prominentes Beispiel war der 1934 ermordete SA-Chef **Ernst Röhm** – wurden Homosexuelle im Nationalsozialismus verfolgt, interniert und ermodet. Der Neonaziaktivist **Michael Kühnen** bekannte sich in den 1980er Jahren offen zu seiner Homosexualität und stieß bei vielen seiner Kameraden auf Ablehnung. Auch heute gehören Schwule zu den Opfern der extremen Rechten – und dennoch gibt es schwule Nazis.

Markus Bernhardt beleuchtet in seinem Buch dieses Phänomen und stellt es in einen gesellschaftspolitischen Kontext. Denn auch in der schwullesbischen Szene sind rassistische und menschenverachtende Positionen zu finden, wie der Autor an Beispielen zur Diskussion um Homophobie bei MigrantInnnen verdeutlicht. Insbesondere bei einigen Szene-Medien sowie Verbandsfunktionären spiegele sich ein gesellschaftlicher Rechtsruck. Von den emanzipatorischen Forderungen der Schwulenbewegung hätten sie sich schon längst verabschiedet. Flankiert wird diese Entwicklung von einem weit verbreiteten Körperkult und dem Spiel mit rechten Codes und Kleidungsstücken.

Neben einigen theoretischen Abhandlungen kommen in Interviews der erste bekennende schwule Bundestagsabgeordnete **Herbert Rusche** und der schwule Filmemacher **Rosa von Praunheim** zu Wort. **Koray Yilmaz-Güney**, Sprecher des Berliner Vereins *Gays & Lesbians aus der Türkei* (GLADT) erläutert das Bedürfnis nach einem ethnospezifischen Rückzug, für den langjährigen Aktivisten **Gottfried Ensslin** ist die Befreiung der Schwulen und Lesben ohne den Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus nicht möglich.

„Schwule Nazis" will sich nicht auf die vermeintliche Objektivität einer wissenschaftlichen Arbeit zurückziehen, sondern Position beziehen und mit dem Vorurteil aufräumen, dass Lesben und Schwule aufgrund der ihnen zuteil gewordenen Unterdrückung nicht für rechte Phrasen empfänglich wären. Die informative Mischung aus journalistischen Essays, Interviews und Dokumentation stellt einen lesenswerten Einstieg in diese Diskussion dar.

Markus Bernhardt
Schwule Nazis und der Rechtsruck in Gesellschaft und schwuler Szene
Pahl-Rugenstein Nachfolge, Bonn
2007, 164 S., 16,90 Euro

Von Rainer Brahms

Rechtspopulismus: Teil Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Unter Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wird ein Einstellungssyndrom verstanden, dessen theoretisches Konzept von WissenschaftlerInnen des *Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung* entwickelt wurde. Im Rahmen eines breit angelegten Forschungsprojekts wird dort versucht, über einen längeren Zeitraum zu analysieren, in welchem Maße gesellschaftliche Minderheiten wie beispielsweise MigrantInnen, Obdachlose oder Behinderte von abwertenden und ausgrenzenden Einstellungen und diskriminierendem Verhalten betroffen sind und warum diese in den vergangenen Jahren Bestand haben oder sogar zunehmen. Seit dem Jahr 2002 werden jedes Jahr 2.000 repräsentativ ausgewählte Personen in Deutschland interviewt.

Im Rahmen dieses Projekts sind bereits zahlreiche interessante Studien entstanden, ausgewählte Ergebnisse werden jedes Jahr in der Reihe „Deutsche Zustände" veröffentlicht.

Sven Schönfelder kommt der Verdienst zu, auf Basis einer Kombination der Umfragedaten des GMF-Surveys aus dem Jahr 2003 mit der Analyse von Leserbriefen auf der Internetseite der REP- Parteizeitung und Interviews mit hessischen Kommunalpolitikern der *Republikaner*, das Phänomen des Rechtspopulismus im Konzept gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu verorten.

Kern der Analyse ist die Frage nach dem Potential gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der deutschen Bevölkerung. Schönfelder gelingt es nachzuweisen, dass spezifische Einstellungen wie autoritäre Aggression, Fremdenfeindlichkeit, Etabliertenvorrechte und sekundärer Antisemitismus, die zentrale Elemente im theoretischen Konzept gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit darstellen, eine ebensolche Rolle im Rechtspopulismus spielen. Dieser gilt Schönfelder als eine Art Abwehrmechanismus gegen minoritäre Bevölkerungsgruppen. Für die Entstehung rechtspopulistischer Einstellungen ist ihm zufolge insbesondere eine Kombination aus sozialstrukturellen Ursachen, individuellen Einstellungen und dezidiert ideologischen, politischen Orientierungen verantwortlich.

Sven Schönfelder
Rechtspopulismus. Teil Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
Wochenschau Verlag, Schwalbach/Taunus 2008, 242 S., 24,80 Euro

Von August Lindler

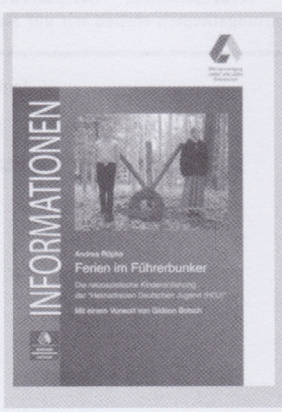
Antisemitismus und radikaler Islamismus

Der Sammelband ist Ergebnis einer Tagung des Zentrums für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin im Dezember 2005. Angefügt wurde ein Beitrag zum Antisemitismus im Iran unter **Mahmud Ahmadinedschad**, andere länderbezogene Beiträge werfen einen Blick auf die Entwicklungen in Schweden und die Niederlande. Im Zentrum der Debatte steht das Verhältnis von Antisemitismus und Islamismus in der arabischen Welt.

Während ein Beitrag das historische Verhältnis von Nationalsozialismus und Antisemitismus beleuchtet, setzen sich vier Beiträge mit dem aktuellen Verhältnis von Antisemitismus und Islamismus auseinander. Hilfreich ist hierbei die Erläuterung des Autors Michael Kiefer zu Begriff und Genese eines islamisierten Antisemitismus.

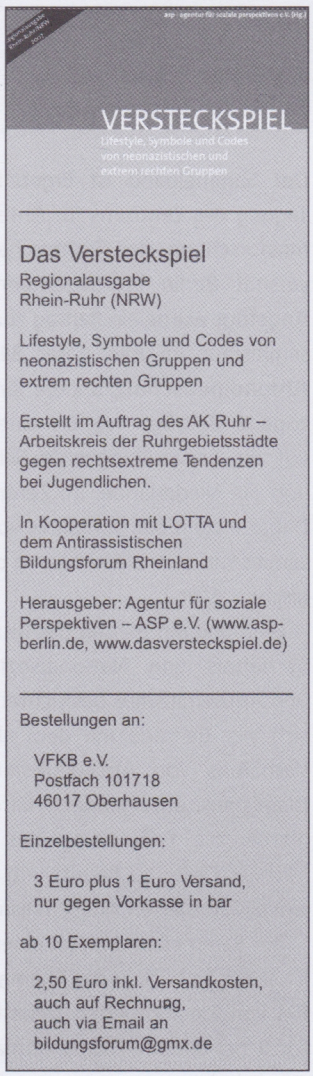
Der Sammelband bietet einen interessanten Einblick in das Thema und ist frei von ideologisierten Debatten, die sonst bei diesem Thema oftmals prägend sind.

Wolfgang Benz/Juliane Wetzel (Hrsg.)
Antisemitismus und radikaler Islamismus
Klartext Verlag, Essen 2007
218 S., 22,90 Euro



Andrea Röpke
Ferien im Führerbunker
Die neonazistische Kindererziehung der "Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ)"
Mit einem Vorwort von Gideon Botsch
Braunschweig 2007 - ISBN 978-3-932082-31-3
Broschüre 128 S. 21x15 cm - Schutzgebühr 5,- €

Herausgeber und Bezug:
Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG)
c/o Bildungsvereinigung Arbeit und Leben
Bohlweg 55 - 38100 Braunschweig - info@arug.de
Online bestellbar unter www.arug.de/shop/



Das Versteckspiel
Regionalausgabe
Rhein-Ruhr (NRW)

Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen Gruppen und extrem rechten Gruppen

Erstellt im Auftrag des AK Ruhr – Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen.

In Kooperation mit LOTTA und dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland

Herausgeber: Agentur für soziale Perspektiven – ASP e.V. (www.asp-berlin.de, www.dasversteckspiel.de)

Bestellungen an:

VFKB e.V.
Postfach 101718
46017 Oberhausen

Einzelbestellungen:

3 Euro plus 1 Euro Versand, nur gegen Vorkasse in bar

ab 10 Exemplaren:

2,50 Euro inkl. Versandkosten, auch auf Rechnung, auch via Email an bildungsforum@gmx.de

Zeitung für linke Debatte und Praxis
ak testen: 3 für 5 €
Infos + Bestellungen: **www.akweb.de**

[ABM]
Antifaschistische
Bildungsinitiative Münsterland

Wir vernetzen
antifaschistische Bildungsarbeit
Wir vermitteln
ReferentInnen zu vielen Themen
Wir organisieren
Workshops und Vorträge

z.B. die Reihe SEARCHLIGHT
06. März: Gedenkstättenpolitik in NRW
24. April: Rechter Antikapitalismus

[Antifaschistische Bildungsinitiative Münsterland]
c/o Kulturcafé Versetzt, Grevener Str. 53, 48149 MS
bildungsintiative-muensterland@no-log.org
http://muenster.antifa.net

Antirassistisches Bildungsforum Rheinland (ABR)

Das ABR hat es sich zur Aufgabe gemacht, politische Bildungsarbeit zu organisieren und zu koordinieren.
Unser Schwerpunkthema ist die fortschreitende Rechtsentwicklung in Politik und Gesellschaft. Wir stellen auf Anfrage Materialmappen, Literaturlisten und Ratgeber für die Bildungsarbeit zusammen und verfügen über einen Pool an Autor(inn)en und Referent(inn)en, die in verschiedenen Berufsfeldern mit den Themen Rassismus, Antisemitismus, extreme Rechte, Jugendkulturen und Zeitgeschichte beschäftigt sind, wie zum Beispiel der Sozialpädagogik, Geschichte, Sozialwissenschaften, Politikwissenschaften und des Journalismus.
Vom ABR organisierte Wochenend- oder Tagesseminare, Vorträge, Moderationen, Workshops und Diskussionsveranstaltungen werden schwerpunktmässig in NRW durchgeführt. Sie umfassen sowohl die schulische und außerschulische Bildungsarbeit mit Jugendlichen, die Erwachsenenbildung, Multiplikator(inn)en-Schulungen, als auch eine praxisorientierte Bildungsarbeit mit Initiativen, Vereinen, Gewerkschaften und Parteien.
Nähere Informationen, beispielsweise eine Übersicht über mögliche Veranstaltungsthemen stellen wir auf Nachfrage gerne zur Verfügung.

Antirassistisches Bildungsform Rheinland (ABR)
c/o Le Sabot, Breite Straße 76, 53111 Bonn
bildungsforum@gmx.de, Telefon: 01520-8494450

LOTTA empfiehlt

Antifaschistisches Blatt
info

Nr.78 | Frühjahr 2008

Die NPD/JN -
Zwischen Chaos und Erfolg

Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@nadir.org
web: www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Impressum

LOTTA
Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen
lotta-redaktion@no-log.org
http://www.free.de/lotta

Verlag und Druck im VFKB e.V., c/o LOTTA
V.i.S.d.P.: S. Zinflou, c/o LOTTA

ISSN: 1865-9632

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den FotografInnen und den AutorInnen. Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Lotta abonnieren!

Unsere Kontoverbindung lautet:

VFKB e.V.
Kontonummer: 994 540 460
Postbank Dortmund
Bankleitzahl (BLZ): 440 100 46

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/Person und die Nummer/n der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben	ab Ausgabe ___
O Jahresabo, Inland	13 Euro
O Jahresabo, Ausland	17 Euro
O Jahresabo, Förderabo I	20 Euro
O Jahresabo, Förderabo II	___ Euro

Archiv- Packs	
O Archiv-Pack I (Ausgaben #4, #5, #6, #7, #9)	8 Euro
O Archiv-Pack II (Ausgaben #11 bis #15)	10 Euro
O Archiv-Pack III (Ausgaben #16 bis #19)	9 Euro
O Archiv-Pack IV (Ausgaben #21 bis #25)	12 Euro

Einzelexemplare *(Vorrätig sind: #4 bis #7, #9, #11 bis #19 und ab #21)*	
O Ausgabe .... (bis Ausgabe #7)	2 Euro
O Ausgabe .... (bis Ausgabe #13)	3 Euro
O Ausgabe .... (bis Ausgabe #28)	3,50 Euro
O Ausgabe .... (ab Ausgabe #29)	4,00 Euro

O Ich überweise den Abo- bzw. Archiv-Pack-Betrag auf das o.g. Konto.
O Ich habe den Abo- bzw. Archiv-Pack-Betrag in bar beigelegt.

» Alle Preise verstehen sich inklusive Porto + Verpackung und (außer bei WeiterverkäuferInnen) nur gegen Vorkasse (bitte keine Briefmarken).
» Ein Abo verlängert sich automatisch um vier weitere Ausgaben, wenn nicht bis spätestens vier Wochen nach Erscheinen der letzten abonnierten Ausgabe gekündigt wird.
» WeiterverkäuferInnen erhalten ab 5 Exemplaren 20 Prozent Ermäßigung (2,40 Inland / 3,40 Ausland), ab 15 Exemplaren 25 Prozent Ermäßigung (2,25 Inland / 3,25 Ausland).

An die **LOTTA**
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

.....
Vorname, Name / Organisation

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail

....
Ort, Datum Unterschrift

Antifa-Themenabend jeden letzten Mittwoch im Monat um 19:30 Uhr, Eintritt frei

INPUT

Linkes Zentrum "Hinterhof", Corneliusstr. 108 (Hinterhof), Düsseldorf

Programm März bis Mai 2008

26. März 2008, 19.30 Uhr

Graue Wölfe heulen noch
Hintergrund und Wirken extrem rechter türkischer Organisationen in der BRD
Referent: *Dr. Kemal Bozay*
Ort: *Linkes Zentrum Hinterhof, Corneliusstraße 108, Düsseldorf*

23. April 2008 (Sondertermin), 19.30 Uhr

Der belgische Vlaams Belang: Vorbild für die extreme Rechte in der BRD
Referent: *Jörg Kronauer*
Ort: *Linkes Zentrum Hinterhof, Corneliusstraße 108, Düsseldorf*

28. Mai 2008, 19.30 Uhr

Pressure-Groups für eine völkische Außenpolitik
Zur Politik der „Vertriebenen"-Verbände
Referent: *Gerd Alt*
Ort: *Linkes Zentrum Hinterhof, Corneliusstraße 108, Düsseldorf*

Veranstalter: *Antifaschistischer Arbeitskreis an der FH Düsseldorf und AG INPUT, in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland (ABR)*

Weitere Informationen: *www.linkes-zentrum.de*

SCHEINT DIE SONNE AUCH FÜR NAZIS?

ANTIFA-CAMP 2008

Praxis - Workshops

Kultur & Live-Musik

Infos & Veranstaltungen zu:
Die extreme Rechte
Rechtsrock
Faschismustheorien
Antirassismus
Linke Debatte
Geschichte der Antifa
uvm.

Antifaschistische Aktion

Anmeldung bald unter:
ANTIFA-CAMP.DE
25.6.-29.6.2008

Anzeigen

Die LOTTA feiert ihre #30

PARTY

Das Antifaschistische Infoblatt feiert mit!

12. April 2008
Beginn: 21 Uhr
Eintritt: 5 Euro

Kulturausbesserungswerk
Kolbergerstr. 95a, 51381 Leverkusen